



92. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 4. September 2015

Mitteilungen der Präsidentin	9439	3 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses	9460
1 Wahl der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen		Rita Klöpper (CDU)	9460
Wahlvorschlag der Landesregierung Drucksache 16/9569	9439	4 NRW braucht ein Landesluftverkehrskonzept!	
Ergebnis.....	9439	Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 16/9584	
2 Schluss mit ideologischen Spielchen auf Kosten der Emscher-Lippe-Region – Landesregierung muss endlich den Weg für den „newPark“ freimachen		<u>In Verbindung mit:</u>	
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 16/9581	9440	Stillstand in der Luftverkehrspolitik beenden – NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 endlich fortschreiben	
Josef Hovenjürgen (CDU)	9440	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/9599.....	9466
Holger Ellerbrock (FDP).....	9442	Oliver Bayer (PIRATEN).....	9466
Rainer Schmeltzer (SPD)	9443	Christof Rasche (FDP).....	9467
Reiner Priggen (GRÜNE)	9445	Achim Tüttenberg (SPD)	9468
Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN).....	9449	Klaus Vossemer (CDU)	9469
Minister Garrelt Duin.....	9450	Arndt Klocke (GRÜNE).....	9471
Hans-Peter Müller (SPD).....	9452	Minister Michael Groschek.....	9474
Hendrik Wüst (CDU).....	9453	Ergebnis	9477
Reiner Priggen (GRÜNE)	9455	5 Abschlussbericht der Enquetekommission zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030 (Enquetekommission III)	
Dietmar Brockes (FDP).....	9455	Abschlussbericht der Enquetekommission III gemäß § 61 Absatz 3 der Geschäftsordnung Drucksache 16/9500	
Oliver Bayer (PIRATEN)	9456		
Minister Johannes Remmel.....	9456		
Norbert Römer (SPD)	9459		
Josef Hovenjürgen (CDU)	9460		
Holger Ellerbrock (FDP).....	9460		
Ergebnis.....	9460		

Zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2133 – Neudruck 9477

Astrid Birkhahn (CDU) 9477
Markus Herbert Weske (SPD) 9481
Hendrik Schmitz (CDU) 9482
Martin-Sebastian Abel (GRÜNE) 9485
Marcel Hafke (FDP) 9486
Dr. Joachim Paul (PIRATEN) 9487
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 9489
Daniela Jansen (SPD) 9491
Jutta Velte (GRÜNE) 9492

Ergebnis 9493

6 Evaluation familienpolitischer Leistungen – Wie bewertet die Landesregierung die Zielverwirklichung der familienpolitischen Leistungen in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 15
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8510

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/9549 9494

Marcel Hafke (FDP) 9494
Dr. Dennis Maelzer (SPD) 9495
Bernhard Tenhumberg (CDU) 9497
Andrea Asch (GRÜNE) 9497
Daniel Düngel (PIRATEN) 9499
Ministerin Ute Schäfer 9499
Bernhard Tenhumberg (CDU) 9501
Ministerin Ute Schäfer 9502

Ergebnis 9502

Nächste Sitzung 9502

Entschuldigt waren:

Minister Garrelt Duin
(ab 13:45 Uhr)
Ministerin Svenja Schulze
(bis 11 Uhr)
Thomas Eiskirch (SPD)
(ab 11 Uhr)
Stephan Gatter (SPD)
Uli Hahnen (SPD)
Jochen Ott (SPD)
Dr. Stefan Berger (CDU)
Regina van Dinker (CDU)
Dr. Wilhelm Droste (CDU)
Marie-Luise Fasse (CDU)
Christian Haardt (CDU)
(ab 14 Uhr)
Bernd Krücker (CDU)
Theo Kruse (CDU)
Werner Lohn (CDU)
Ralf Nettelstroth (CDU)
Robert Stein (CDU)
Stefan Engstfeld (GRÜNE)
Martina Maaßen (GRÜNE)
Hans Christian Markert (GRÜNE)
Verena Schäffer (GRÜNE)
Marc Lübke (FDP)
Lukas Lamla (PIRATEN)
Birgit Rydlewski (PIRATEN)
Kai Schmalenbach (PIRATEN)

Beginn: 10:04 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Es ist die 92. Sitzung in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich insgesamt **20 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden wir – wie jedes Mal – in das Protokoll aufnehmen.

Auch heute, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir jemandem ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren. Herr Kollege **Hanns-Jörg Rohwedder** von der Fraktion der Piraten feiert heute seinen **Geburtstag**. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen)

Darüber hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen, freue ich mich, dass auf der Zuschauertribüne ein **Ehrengast** Platz genommen hat, den ich ebenfalls in unserer Mitte, wenn auch auf der Tribüne, sehr herzlich begrüße. Es ist der neue **Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika**. Herzlich Willkommen, Mister **Keller**!

(Beifall von allen Fraktionen)

Verehrter Herr Generalkonsul, wir alle sind sehr erfreut – Sie haben das an dem Applaus gemerkt –, dass Sie bereits so kurz nach Ihrem Amtsantritt den Landtag von Nordrhein-Westfalen besuchen. Heute früh haben Sie sich bereits mit der Parlamentariergruppe Nordrhein-Westfalen/USA getroffen und – so hoffe ich – auch sehr angeregte Gespräche und Unterhaltungen führen können.

Ich freue mich, dass Sie bald auch zu einem offiziellen Antrittsbesuch in den Landtag kommen werden. Das wird der Beginn einer Vielzahl von Besuchen und Begegnungen sein, so wie das auch Ihr Vorgänger gehalten hat. Deshalb will ich Ihnen im Namen des gesamten Parlamentes gerne die offenen Türen, die guten Gespräche und die gute Kooperation anbieten, die wir auch mit Ihrem Vorgänger hatten. Wir wünschen Ihnen einen guten Start und alles Gute! Bis bald!

(Beifall von allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit können wir in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** einsteigen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

1 Wahl der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
der Landesregierung
Drucksache 16/9569

Ich geben Ihnen gerne noch einmal den Hinweis, dass der Landtag nach Art. 77 a Abs. 1 der Landesverfassung Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 1 des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen auf Vorschlag der Landesregierung eine bzw. einen Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder wählt. Dies erfordert in dieser Wahlperiode eine Mehrheit von mehr als 119 Abgeordneten.

Eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen. Deshalb können wir unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 16/9569** kommen. In diesem Wahlvorschlag wird vorgeschlagen, Frau Ministerialdirigentin Helga Block zu wählen.

Wer diesem Wahlvorschlag seine Zustimmung gibt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Stimmt jemand gegen diesen Wahlvorschlag? – Das ist Herr Kollege Kern von den Piraten. – Möchte sich jemand enthalten? – Das sind die übrigen Mitglieder der Piratenfraktion, soweit sie heute an der Sitzung teilnehmen.

Damit stelle ich mit dem Einvernehmen der beiden Schriftführer fest, dass die Wahl mit mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitglieder des Landtags erfolgt ist und der Wahlvorschlag dementsprechend **angenommen** wurde.

Mit diesem Ergebnis ist Frau Helga Block als neue Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit gewählt.

Da Frau Block auf der Zuschauertribüne sitzt und die Wahl verfolgt hat, kann ich sie auch direkt ansprechen. Liebe Frau Block, ich gratuliere Ihnen im Namen des Hohen Hauses zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg und auch Freude bei der Erledigung Ihrer vielfältigen und umfangreichen Aufgaben. Die Unterstützung des Hauses haben Sie in breiter Mehrheit gesehen. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit nutzen und dem scheidenden Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit danken. Auch er hat mit seiner Familie, mit seiner Ehefrau, seiner Tochter und seinem Sohn, auf der Tribüne Platz genommen. Deswegen kann ich mich bereits an dieser Stelle persönlich an Herrn Lepper wenden.

Lieber Herr Lepper, ich danke Ihnen im Namen des Hohen Hauses für die überzeugende und erfolgreiche Ausübung Ihres Amtes seit Ihrer Wahl im Januar 2010. Wir wünschen Ihnen für den nun beginnenden neuen Lebensabschnitt, den man allgemein als Ruhestand bezeichnet, was ich mir bei Ihnen aber aufgrund unserer persönlichen Begegnung nur schwer vorstellen kann, viel Zeit, viel Kraft, viel Spaß und vor allen Dingen viel Gesundheit, damit diese Lebensphase sehr lange dauert. Vielen Dank und alles Gute!

(Beifall von allen Fraktionen)

Da ich den Tagesordnungspunkt noch nicht abgeschlossen habe, will ich gerne – etwas ungewöhnlich – mit Blick rechts und links zu den beiden Schriftführern das Abstimmungsergebnis korrigieren. Herr Schulz hat uns eben darauf aufmerksam gemacht, dass er zugestimmt hat.

Das Abstimmungsergebnis werden wir so korrigieren: Die Zustimmung ist durch SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Herrn Kollegen Schulz von den Piraten erfolgt. Die Gegenstimme war bei Herrn Kollegen Kern von den Piraten. Und die restlichen Piraten, soweit sie zu diesem Zeitpunkt im Raum waren, haben sich enthalten.

Damit haben wir das Ergebnis für das Protokoll endgültig festgestellt. Auch die Datenschutzbeauftragte weiß jetzt, wie sie gewählt worden ist.

Wenn Sie einverstanden sind, verlasse ich nun den Tagesordnungspunkt 1.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

2 Schluss mit ideologischen Spielchen auf Kosten der Emscher-Lippe-Region – Landesregierung muss endlich den Weg für den „newPark“ freimachen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9581

Ich eröffne die Aussprache, und als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion der CDU Herr Kollege Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Vor zwei Jahren hatten wir hier im Hause eine Diskussion zum newPark, in der es darum ging, dass die Bürgerschaft des Landes verweigert wurde. Wir haben als Region überparteilich angekündigt, dass wir dieses Projekt allein wuppen wollen, dass wir es schaffen werden, dieses Projekt zu stemmen. Und auf diesen Weg hat sich der Kreis Recklinghausen gemacht. Wir haben den Kauf beschlossen.

Dann ging es wieder los: das Hineingrätschen, das Behindern und das Kaputt-machen-Wollen eines Projekts, das in der Emscher-Lippe-Region dringend benötigt wird.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben erlebt, dass die Region den Kauf beschlossen hat und die Landwirtschaftskammer diesen Kauf zu Recht prüft und abwägt, ob es sinnhaft ist, den Landwirten ein Vorkaufsrecht einzuräumen oder ob der öffentlichen Hand der Zuschlag gegeben wird.

Die Landwirtschaftskammer kam zu dem Befund, dass die Rechtsposition des Kreises eine deutlich große Gewichtung hat, und hat deshalb vor Ort einen Kompromiss erarbeitet, der sowohl vom Kreis Recklinghausen als auch von den Landwirten und der Landwirtschaftskammer akzeptiert war.

Dieser Kompromiss wurde dem Ministerium Mitte August vorgestellt. Leider hat das Ministerium dann die Landwirtschaftskammer veranlasst, diesen Kompromiss so nicht umzusetzen, belegt durch die Gespräche des Geschäftsführers der VGV mit der Vertreterin der Landwirtschaftskammer, die darauf hingewiesen hat, dass der Kompromiss, den die Kammer anzubieten vorhatte, nicht die Zustimmung des Ministers gefunden hat und die Anweisung erteilt wurde, den Verkauf an die Landwirte zu forcieren.

Die Veranstaltung, die wir hier in diesem Umfeld erleben durften, gestaltete sich aus meiner Sicht wirklich abenteuerlich. Es gab am 17. August dieses Jahres eine Infoveranstaltung der Landwirtschaftskammer, um den Landwirten das Prozedere der Bieterveranstaltung, die zwei Tage später, am 19. August, folgen sollte, zu erläutern. Teilnehmer waren auch ein Vertreter des Ministeriums und ein Vertreter des BUND. Die Landwirtschaftskammer trug dabei noch mal ihre Rechtsauffassung vor.

Dieser Rechtsauffassung wurde von dem Vertreter des Ministeriums ausdrücklich widersprochen. Er erläuterte, dass der Verkauf an die Landwirte der einzig mögliche Weg sei.

(Zuruf von der CDU)

Am 19. August kam es zum Bieterverfahren. Im Rahmen dieses Bieterverfahrens hat sich am Abend des 19. August herausgestellt, dass die Flächen nicht gänzlich ein Gebot erhalten haben. 100 ha blieben als Restflächen zurück.

Dann wurde flugs am nächsten Tag ein erneuter Bietertermin angesetzt. Zu diesem Bietertermin erschienen erneut ein Vertreter des Ministeriums, der BUND-Vertreter und Landwirte. Lange Zeit ging es hin und her, weil für diese 100 ha eher wertlosen Geländes kein Gebot zu erreichen war. Erst am Ende des Tages, kann man sagen, fand sich dann ein Landwirt, der bei Gegenzeichnung durch den

BUND-Vertreter bereit war, ein Gebot für diese Flächen abzugeben.

Das alles ist ein ganz normaler Vorgang in diesem Land: So macht uns zumindest die Ministerpräsidentin weis.

Meine Damen und Herren, das, was dort abgelaufen ist, ist schon abenteuerlich genug. Dann kommt es plötzlich zur Kehrtwende im Ministerium. Es hat angeblich einen Koalitionskrach gegeben, bei dem sich dann Herr Duin durchgesetzt hätte. Herr Duin, bei allem Respekt für Ihr Engagement: Es tut mir leid genug, unter welchen Bedingungen Sie Wirtschaftspolitik, wenn man das so nennen kann, in diesem Land betreiben müssen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Dann kam es zu einem sogenannten Kompromiss. Dieser Kompromiss sah vor, jetzt von dem Vorkauf abzusehen, aber den Verkauf unter Auflagen zu genehmigen. Allerdings ist es der Rechtsabteilung beim Umweltminister, die ja begabt ist, Projekte zu verhindern, gelungen, den Eindruck zu erwecken, als habe man nachgegeben; aber gleichzeitig hat man Kriterien und Auflagen in diesen Kompromiss hineingebaut, die das Umsetzen dieses Projektes vor Ort unmöglich machen. Meine Damen und Herren, so kann Wirtschaftspolitik in diesem Land Nordrhein-Westfalen nicht aussehen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer jetzt glaubt, das sei nur ein Problem der Emischer-Lippe-Region, es gäbe ja noch drei weitere Flächen, die im LEP für die großflächige Ansiedlung von Industrie identifiziert seien: Liebe Genossinnen und Genossen auf dieser Seite, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der Seite, ich kann Ihnen nur eines sagen: Keine dieser Flächen hat Rechtskraft! Keine einzige dieser Großflächen hat Rechtskraft! Das Land Nordrhein-Westfalen kann zurzeit einem ansiedlungswilligen Großunternehmen keine Fläche in Nordrhein-Westfalen anbieten. Und das nennt man hier Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nicht nur, dass der Umweltminister die Öffentlichkeit täuscht, er führt auch die Inhaber der Landesplanung, nämlich die Ministerpräsidentin und ihren Wirtschaftsminister, permanent vor. Die bedanken sich artig und höflich und müssen sich bieten lassen, dass der Umweltminister von weisen Entscheidungen der Ministerpräsidentin redet. Es ist ihm wieder gelungen, derart zu täuschen, dass ihm selbst die Ministerpräsidentin auf den Leim gegangen ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wenn gleich wieder Herr Priggen ans Mikro tritt und erklärt, dass Herr Remmel doch nur den Landwirten helfen wollte: Meine Damen und Herren, der Land-

wirt, der glaubt, dass Herr Remmel im hilft, der glaubt auch, dass Ostern und Weihnachten am selben Tag stattfinden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Remmel hat doch nur eines vor: Er möchte dieses Industriegebiet verhindern. Und dabei war bereit, in Kauf zu nehmen, dass sich Betriebe erweitern können, die er an anderer Stelle beim Bau ihrer Ställe massiv behindern will. Das ist Politik à la Remmel!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es gab ja Schiedsrichter, die auch das eine oder andere Spiel in gewisser Weise beeinflusst haben. Die Ränge glaubten an ein faires Fußballspiel – genauso wie wir in der Region glaubten, wir hätten eine faire Chance.

Am Ende aber musste sich einem der Eindruck aufzwingen, dass das Ergebnis feststand, obwohl bei den Rängen der Eindruck erweckt werden soll, hier sei noch etwas offen. So wird in Nordrhein-Westfalen Wirtschaftspolitik betrieben: auf niedrigstem Niveau.

Ich frage mich eigentlich auch – da tut mir der Wirtschaftsminister schon fast leid –, ob nicht mittlerweile der Kurdirektor in Bad Zwischenahn mehr Einfluss auf Wirtschaftspolitik hat als der Wirtschaftsminister in diesem Land auf die Wirtschaftspolitik dieses Landes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Hier haben wir eine Region, die mit der höchsten Arbeitslosigkeit gebeutelt ist, eine Region, die Realfläche verliert, auf der man Gewerbe und Industrie ansiedeln kann. Der Kreis Recklinghausen hat seit 2010 62 ha Gewerbe- und Industriefläche verloren. Ich will Ihnen auch erklären warum, damit auch Herr Priggen es endlich begreift:

Wir haben geltendes Baurecht, Herr Priggen, und geltendes Baurecht sorgt dafür, dass heute Wohnen und Arbeit nicht mehr zusammengehen. Wenn das heute geltende Baurecht vor 100 Jahren gegolten hätte, wäre das Ruhrgebiet gar nicht entstanden, meine Damen und Herren. Das ist die Realität, unter der wir zurzeit Baurecht betreiben, meine Damen und Herren!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen noch einmal an dieser Stelle: Geben Sie der Region endlich die Chance, das, was sie versucht, selbstständig durch eigene Kraft auf den Weg zu bringen, auch tun zu dürfen, meine Damen und Herren.

Herr Priggen und Herr Remmel, akzeptieren Sie doch einfach das, was in der Region ausgehandelt worden ist! Der Kreis Recklinghausen steht unter den Umständen, die dort vor Ort mit der Kammer und mit den Landwirten erarbeitet worden ist, nach

wie vor bereit. Die Landwirte können in den vorhandenen Verträgen bis zur Realisierung des Projektes Pächter bleiben. Sollte es aus anderen Umständen nicht zur Realisierung kommen, wird Landwirten diese Fläche zum Kauf angeboten.

Das ist der Kompromiss, der vor Ort erarbeitet worden ist. Zu diesem Kompromiss steht der Kreis, zu diesem Kompromiss steht die Politik im Kreise Recklinghausen. Dann akzeptieren Sie diesen Kompromiss, und lassen Sie endlich zu, dass Wirtschaftspolitik in diesem Land wirklich auch passieren kann! Alles andere wäre ein Skandal, meine Damen und Herren! – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu den Äußerungen des Kollegen Hovenjürgen ist in der Sachdarstellung nichts hinzuzufügen. So war es, so ist es, das müssen wir diskutieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich fünf Problemkreise ansprechen.

Erster Problemkreis: Landesentwicklungsplan – Theorie und Praxis, Schein und Wirklichkeit. Der Landesentwicklungsplan soll die strategischen Ziele der Landesentwicklung darstellen. Seine Ziele sind zu beachten. Der Entwurf, Kollege Rimmel – Sie hatten mich darauf noch einmal aufmerksam gemacht; da stimme ich Ihnen ja zu –, ist nicht zu beachten, ist zu berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, diese Fläche, über die wir heute reden, war schon im Landesentwicklungsplan VI, dem Vorläufer dieses gültigen Landesentwicklungsplans, vorhanden. Seit Jahrzehnten soll diese Fläche entwickelt und genutzt werden können.

Heute zeigt sich, dass wir in einem Diskussionsprozess sind, der deutlich macht: Diese Landesregierung nimmt die eigenen Ziele nicht ernst und stellt die Ziele des Landesentwicklungsplans ins Belieben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Interessant ist, dass der Kreis die Ziele der Landesentwicklung gegen die Landesregierung durchzusetzen sucht. Das kann nicht richtig sein. Das ist nicht nur schlimm für die Wirtschaftspolitik und die Umweltpolitik des Landes, sondern das ist auch ein Affront gegenüber denjenigen, die sich bei dem Entwurf des Landesentwicklungsplans mit 10.000 Seiten Stellungnahmen, mehr als 1.000 Anregun-

gen und in 50 Veranstaltungen des Landes engagiert haben. Sie merken nun, die Landesregierung stellt die Ziele ins Belieben und meint sie ja doch nicht so ernst.

Zweitens. Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Es gilt nicht nur im Landesentwicklungsplan, Flächen vor konkurrierender Nutzung planerisch zu sichern, nein, der nächste Schritt ist zwingend: Die Flächen müssen verfügbar gemacht werden. Das bedeutet nicht, dass das Land Großgrundeigentümer werden soll. Nein, wir können mit den Grundeigentümern und mit den Nutzern entsprechende Verträge schließen, die auch den Kaufpreis heute schon definieren – gegebenenfalls mit Preisgleitklauseln –, die auch definieren den Verzicht auf Einrede derjenigen, die heute Flächeneigentümer sind, wo später eine entsprechende landespolitisch abgesicherte Entwicklung stattfinden soll.

Drittens. Wir müssen uns auch um den Problemkreis Ausgleichs- und Ersatzflächen kümmern. Der Kollege Rimmel hat ja recht, wenn er sagt, die Landwirtschaft klagt darüber, dass Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgenommen werden. Herr Rimmel, Ihre Argumentation wäre umso glaubwürdiger, wenn nicht gerade nachwachsende Rohstoffe und Ausgleichs- und Ersatzflächen gerade der Landwirtschaft dringend benötigte Flächen für die Nahrungsmittelproduktion entziehen würden.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch hier gilt es, Konsequenzen zu ziehen, Konsequenzen dahin gehend, dass man die Ausgleichs- und Ersatzflächen anders versteht. Es geht in unserem dicht besiedelten Industrieland nicht mehr darum, zusätzliche Naturschutzflächen zu definieren. Wir sollten uns erst einmal darum kümmern, die bestehenden zu sichern, zu entwickeln und aufzuwerten. Das ist der Naturschutz der Zukunft, nicht in die Fläche zu gehen und sie liegenzulassen. Das ist wichtig. Entwickeln statt liegenlassen.

Meine Damen und Herren, der alte Landesentwicklungsplan VI und auch dieser sind der beste Naturschutzplan gewesen, den wir jemals hatten. Auf diesen LEP-VI-Flächen hat sich leider nichts getan. Sie sind immer naturschutzwürdiger geworden und werden somit immer schwerer für eine gewerblich-industrielle Ansiedlung nutzbar zu machen sein. Deswegen sind heute schon die Ausgleichsmaßnahmen für die Flächen und die Konzeption zu entwickeln.

Viertens. All diese Konsequenzen hätte ich von unserer Ministerpräsidentin als Chefin der Landesplanung erwartet.

(Beifall von der FDP)

Das ist eine Führungsfrage.

(Ralf Witzel [FDP]: Wo ist sie eigentlich?)

Diese Führungsfrage lässt sich nicht damit festmachen, dass man Konsens bis zum Nonsens sagt und erklärt: Ich will die Inwertsetzung beschleunigen, indem ich die Verfahren verkompliziere, indem ich einen langen Pachtzeitraum in den Raum stelle. Nein, es hätte praxisorientierter Führung bedurft. Die vermisse ich bei dieser Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der vermeintliche Lösungsansatz, den Sie gewählt hat, ist das, was ich seit 1965 unter dem Stichwort „Verwaltungsvereinfachung“ in Nordrhein-Westfalen kenne: Verwaltungsvereinfachung durch mehr Detailregulierung. Sie sagt Verfahrensbeschleunigung beim LEP VI durch mehr Hindernisse. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fünftens. Meine Damen und Herren, jede Region hat das Recht auf eine eigene Vision. Wenn sich das auf dieser Fläche nicht verwirklichen lässt, Herr Kollege Hovenjürgen, dann bleibt es so, wie es ist. Wir reden nur über Risiken und nicht über Chancen, wir reden nicht über verpasste Chancen. Das ist eine Führungsaufgabe der Ministerpräsidentin, die leider auch in diesem Punkt versagt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es ist ein Affront gegen all diejenigen, die beim Landesentwicklungsplan mitgearbeitet haben. Das ist das Kernproblem. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Kollegen von der Opposition, Sie verwundern mich schon sehr, aber nicht deshalb, dass Sie heute einen Antrag mit der üblichen Oppositionsrhetorik wie „reingrätschen“ „Projekt unmöglich machen“, „täuschen“ und „tricksen“ stellen, sondern vielmehr deshalb, dass Sie dafür auch noch den Redeblock II reklamieren. Wir alle haben doch schon Ihre vergeblichen Angriffe, die eine Koalitionskrise, Zwist in der Landesregierung und Skandale hochspielen wollten, zur Genüge in der Wirtschaftsausschusssitzung am 26. August, in der Fragestunde vorgestern und auch in der gestrigen Haushaltsdebatte gehört.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Wiederholung macht es weder besser noch überzeugender.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber sei es drum! So haben wir alle Gelegenheit, heute zum vierten Mal die Mär von ideologisch motivierter Verhinderungstaktik zu widerlegen, ja, zum wiederholten Male zu versuchen, Ihnen verständlich zu machen, dass wir newPark wollen, dass die Feststellung der Fläche im LEP rechtlich verbindlich und darum absolut ernst gemeint ist und auch umgesetzt wird, anders als es Herr Ellerbrock gerade versucht hat darzustellen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Herr Rimmel hat gesagt, die Fläche ist überflüssig! Was stimmt denn jetzt?)

Oder wie es Minister Duin in der Fragestunde mit den Worten von Minister Rimmel sagte: Wir freuen uns über jeden dort entstehenden Arbeitsplatz. Und das ist auch ernst gemeint, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Das werden wir sehen!)

– Genau, das werden wir sehen, wie wir so vieles sehen, was Sie vorher negiert haben.

Weil wir die Umsetzung dieses landesbedeutsamen und flächenintensiven Großvorhabens wollen, war und bleibt es auch folgerichtig, dass bei unterschiedlichen Interessenlagen, nämlich die von der Ministerpräsidentin gestern in der Haushaltsdebatte dargelegten wirtschaftspolitischen und landwirtschaftlichen Interessen, eine Verständigung gefunden wurde, die die Realisierung des Projektes definitiv ermöglicht.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Schmeltzer, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hovenjürgen zulassen?

Rainer Schmeltzer (SPD): Gleich, ich führe erst einmal weiter aus. Ich bin mir sicher, Herr Hovenjürgen wird noch einmal eine Zwischenfrage stellen wollen. Dann gerne.

Über die dafür notwendigen Formulierungen haben wir in der letzten Woche in der Wirtschaftsausschusssitzung schon einmal debattiert. Da ist, weil der Kollege Hovenjürgen fast ausschließlich auf Kündigungsfristen verwiesen hat – das haben Sie heute gar nicht, Herr Hovenjürgen; Sie haben mich überrascht –, die nach meiner Kenntnis in der Verständigung an keiner Stelle auftauchen, klar geregelt, dass die landwirtschaftliche Nutzung, also die Verpachtung der Fläche an Landwirte, so lange erfolgt, bis die rechtlichen Voraussetzungen für eine andere als landwirtschaftliche Nutzung der Grundstücke geschaffen sind, also die Realisierung von newPark. Was soll daran falsch sein?

Diese Frage, Herr Hovenjürgen, hat Ihnen die Ministerpräsidentin gestern hier von diesem Pult aus auch schon gestellt. Sie haben sie unbeantwortet

gelassen und – fast untypisch für Sie – noch nicht einmal mit einem Zwischenruf quitiert.

Genau so werden jetzt noch landwirtschaftliche Flächen genutzt, also bis zur Realisierung von newPark. Es gibt also die Planungssicherheit für die Landwirte, und jeder dieser Landwirte weiß seit geraumer Zeit, dass diese Fläche zur Industrieansiedlung vorgesehen ist. Durch die Formulierung, dass die Verträge erst dann enden, wenn die notwendigen Voraussetzungen vorliegen, ist es ein faires und auch ein rechtssicheres Verfahren auch den Landwirten gegenüber.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Schmeltzer, Herr Kollege Hovenjürgen hat sich wieder eingedrückt. Also muss ich Sie fragen ...

Rainer Schmeltzer (SPD): Er hat einen nervösen Finger. – Gerne.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Schmeltzer, zu Beginn Ihrer Rede haben Sie ausgeführt, dieses Projekt sei gewollt; das hat auch der Wirtschaftsminister so ausgeführt. Allerdings hat der Umweltminister gesagt, dieses Projekt sei überflüssig. Können Sie diesen Widerspruch auflösen?

Rainer Schmeltzer (SPD): Ganz einfach: Schauen Sie in den Koalitionsvertrag, schauen Sie in unsere Vereinbarung.

(Lachen von der CDU)

Dieses Projekt ist sowohl von der Landesregierung, wie auch in der letzten Woche formuliert, als auch von den regierungstragenden Fraktionen gewollt. Daher ist die Frage klar zu beantworten. Herr Duin hat sie beantwortet. Ich habe sie jetzt beantwortet. Vielleicht glauben Sie es jetzt endlich mal.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ich bin mal gespannt, was der Umweltminister sagt!)

Aber bei Ihnen sind es ja keine Glaubensfragen, wie ich immer wieder feststelle.

Übrigens ist dies auch ein Verfahren des Interessenausgleichs, dass das mehr als 50 Jahre alte Grundstücksverkehrsgesetz in seinen zentralen, übersichtlichen Paragrafen an jeder Stelle erkennbar werden lässt. Oder, um es mit den Worten des Ministers aus der Fragestunde zu formulieren: Ich bin fest davon überzeugt, dass die jetzt gefundene Formulierung die Planungssicherheit der in Rede stehenden landwirtschaftlichen Betriebe vor Ort deutlich erhöht. – Dem ist nichts hinzuzufügen.

Eine weitere Mär, die Sie in der Öffentlichkeit zu etablieren versuchen, ist, dass Ersatzmaßnahmen auf der Fläche selbst ausgeschlossen seien.

Das wurde nicht ausgeschlossen. Ausgleichsflächen außerhalb newPark stellen zu müssen, ist vielmehr an die Bedingung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit geknüpft. Wenn die wirtschaftliche Zumutbarkeit für die Erwerber nicht gegeben ist, können Ausgleichsflächen auch auf der Fläche unmittelbar ausgewiesen werden. Genug Fläche dafür ist gewiss vorhanden. Es ist also klar formuliert: Wenn es wirtschaftlich vertretbar ist, liegt die Ausgleichsfläche außerhalb. Wenn es wirtschaftlich nicht zumutbar ist, liegen die Ausgleichsflächen auf den vorhandenen Flächen.

Was, bitte schön, soll daran kompliziert, unüberwindbar oder gar ein Verhinderungsgrund sein? – Nichts.

Für mich war in der Fragestunde erstaunlich, dass bei all den vorbereiteten Fragen innerhalb der CDU-Fraktion – Ihre Kollegen kamen ja kaum mit dem Abhaken nach – nach einer Frage des Kollegen Rehbaum der Zwischenruf des Kollegen Hovenjürgen – Zitat – „Jetzt kommen wir zu des Pudels Kern!“ zu vernehmen war.

Jeder der Anwesenden, der auch nur ansatzweise glaubte, dass jetzt eine spannende Phase der Fragestunde zu erwarten sei, wurde enttäuscht oder eines Besseren belehrt. Denn nach der Beantwortung der Frage, unter anderem mit dem Hinweis von Minister Duin „Wir wollen den Erfolg dieses Projektes“, war die Fragestunde mangels weiterer Fragen beendet. Dem, Herr Kollege Hovenjürgen, entnehme ich, dass des Pudels Kern die Aussage „Wir wollen den Erfolg dieses Projektes“ war und somit das Thema zur Zufriedenheit der CDU an diesem Tag abgehandelt war.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen stehen zu dem landesbedeutsamen, flächenintensiven Großvorhaben newPark so, wie diese Fläche im LEP ausgewiesen ist. Wir achten geltendes Recht und leisten uns keine Abwägungsausfälle wie Schwarz-Gelb bei Datteln.

Die im Koalitionsausschuss gefundenen Formulierungen ermöglichen die Realisierung des Projektes und geben den vor Ort befindlichen landwirtschaftlichen Betrieben Planungssicherheit. Wir halten uns an Recht und Gesetz und beugen keine bestehenden Gesetze.

Bei den unterschiedlichen Ansätzen, die ich anfangs schon dargestellt habe, halte ich es an dieser Stelle deutlich mit Umweltminister Johannes Rimmel, wenn er feststellt: Die Ministerpräsidentin ist wie in jedem Fall sehr weitsichtig und weise und hat uns auch den Weg gewiesen, wie wir das gemeinsam hinbekommen.

Eine Koalition funktioniert eben mit Diskussionen und weisen und weitsichtigen Einigungen. Eine solche Einigung liegt vor, und das ist auch gut so. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Schmeltzer, wenn Sie noch einen Moment hierbleiben würden. Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Hovenjürgen vor, dem ich hiermit das Wort erteile.

Rainer Schmeltzer (SPD): Alles andere hätte mich überrascht.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke schön, Herr Präsident. – Herr Schmeltzer, Sie haben auf die Pachtverhältnisse abgehoben. Die Pachtverhältnisse sollen jetzt in unbefristete Pachtverträge umgewandelt werden. Dies löst eine andere Rechtssituation aus; das wissen Sie. Sie schafft für jeden, der dort pachtet, die Möglichkeit, eine Kündigung zu beklagen. Auch die Kündigung ist genau beschrieben. Sie darf erst erfolgen, wenn Baurecht vorhanden ist. Baurecht kann aber erst erteilt werden, wenn die Erschließung darlegbar ist. Die Erschließung kann erst erfolgen, wenn man kündigt; denn auch für die Erschließung sind Flächen notwendig.

All das sind Dinge, die den Ablauf erschweren; das wissen Sie.

Gleichzeitig weise ich noch einmal darauf hin: Sie haben hier ein Landesplanungsziel formuliert, das Ihr Umweltminister so nicht teilt. Stimmen Sie zumindest der Feststellung zu, dass wir zurzeit im Lande Nordrhein-Westfalen keine großflächige Ansiedlungsmöglichkeit haben, weil diese Flächen nicht vorhanden sind, weil keine der vier im LEP identifizierten Flächen für großindustrielle Ansiedlungen Baurechtskraft hat?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Danke sehr, Herr Präsident. – Lieber Herr Kollege Hovenjürgen, wir alle kennen diese vier ausgewiesenen Flächen. Wir haben sie auch in dem überarbeiteten Entwurf des LEP ausgewiesen.

Ich sage es an dieser Stelle noch einmal sehr deutlich: Wir weisen in diesem LEP nicht aus, was wir nicht wollen oder was wir nicht ernst meinen. Wir meinen es ernst mit diesen Flächen, also auch mit der Fläche für newPark. Die Landesregierung hat eine Einigung erzielt. Der Koalitionsausschuss hat eine Einigung erzielt. Das gilt.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es gibt immer unterschiedliche Meinungen in einer Koalition. Ich erinnere an Ihre fünfjährige Episode. Herr Lindner lässt ja keine Möglichkeit aus, sich mehr und mehr von Dingen zu distanzieren, die seinerzeit beschlossen wurden.

Wir stehen zu newPark. Wir stehen zu der Verwirklichung. Diese Vereinbarung, die letzte Woche getroffen wurde, reißt dort überhaupt nichts ein. Sie gibt die Möglichkeiten klar vor.

Und um auf Ihre Kündigungsfristen einzugehen: Es ist klar formuliert in der Genehmigung, es ist klar formuliert in dem Papier in Punkt 1 mit allen darunter stehenden Unterpunkten, dass die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sein müssen und bis dahin die Landwirte die Flächen nutzen können. Das widerspricht nicht dem Vorhaben von newPark, und es widerspricht auch nicht der landwirtschaftlichen Nutzung bis zur Realisierung.

Ihre Diskussion mit den Kündigungsfristen ist zwar eine sehr unterhaltsame, bringt uns jedoch in der Sache überhaupt nicht weiter. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion der Grünen spricht Herr Kollege Priggen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Gegenruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie müssen es ja wissen!)

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe gestern sehr konzentriert Herrn Lindner und Herrn Laschet im Rahmen der Haushaltsdebatte zugehört, als sie auf newPark zu sprechen kamen.

Es ist ja nicht ganz einfach – Herr Hovenjürgen hat es eben auch gemacht –, es gibt eine Reihe von Behauptungen über Gespräche, wo man nicht dabei war, die man nicht recherchieren kann. Aber Herr Lindner hat gestern eine bemerkenswerte Bemerkung gemacht, und da konnte ich recherchieren. Er hat gesagt: Frau Ministerpräsidentin, wir kennen das schon. Genau an diesem Standort newPark – das ist 15 Jahre her – gab es bundesweit eine Suche von BMW nach einem neuen Standort. Infrage kamen auch die Rieselfelder in der Emscher-Lippe-Region. Bärbel Höhn hat dann hier im Landtag – ich erinnere mich noch an die Debatten – alle Register gezogen, damit BMW nicht auf die Rieselfelder in der Emscher-Lippe-Region geht und dort ein neues Werk aufbaut, sondern BMW woanders hingehet. – Das war die Aussage.

Ich erinnere mich an die Diskussion und erinnere an die Versuche, Johannes Rimmel zum „Lord Voldemort“ der Planungsarbeit hier in NRW zu machen.

(Heiterkeit von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Christian Lindner [FDP]: Jetzt schon?)

Ich habe dann Mitarbeiter gebeten, einmal zu recherchieren, wie das mit BMW damals tatsächlich gewesen ist.

Am 13. Juli 2000 hat BMW öffentlich bekanntgemacht, dass sie ein neues Werk bauen wollen, weil in Pfaffenhofen die Kapazitäten nicht ausreichen. Daraufhin haben sich 250 Standorte europaweit beworben. Ich habe alle Protokolle des Jahres 2000, alle Redebeiträge von Bärbel Höhn durchsuchen lassen – sie hat 19 Mal geredet –: Nicht einmal war BMW hier im Landtagsplenum Thema.

(Heiterkeit von Dietmar Brockes [FDP])

Frau Höhn hat gar nicht dazu geredet. Wir haben es im Wirtschaftsausschuss gehabt. – So viel zum Wahrheitsgehalt der Behauptung, die die FDP aufstellt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Landesregierung hat damals drei Standorte mit Priorität angemeldet. Der Staatssekretär hat das damals im Wirtschaftsausschuss vorgetragen. Das waren die Rieselfelder mit Priorität eins und an Nummer zwei Euskirchen – die Standorte, die schon mehrfach in der Diskussion waren. Am 25. Juli 2000 ist die Bewerbung der Emscher-Lippe-Agentur abgegeben worden, und am 8. November 2000 – vier Monate später – kam die Absage von BMW betreffend die Rieselfelder. Null Debatte mit Höhn, alle Behauptungen falsch, aber immer vorge-tragen.

Das Spannende ist aber: Ich habe jetzt einen Kronzeugen, den ehemaligen FDP-MdL Dr. Jens Jordan. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen noch. Die Quelle ist „Datteler Morgenpost“ vom 23. November 2000.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Ja, Sie müssen sich das schon anhören, wenn Sie immer Behauptungen aufstellen und im Brustton der Überzeugung hier Aussagen in den Raum stellen. Wenn man dem mal nachgeht, stimmt nichts davon.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Dieser Kollege der FDP hat in der Sitzung gesagt: BMW ist wegen der kommunalpolitischen Querelen gegangen – nicht wegen etwas anderem –, weil der Stadtrat in Datteln zweimal die Ansiedlung konditioniert abgelehnt hat. Das war die Realität.

(Carsten Löcker [SPD]: Waltrop!)

Ich komme gleich auch noch auf Herrn Laschet zu sprechen, weil Sie immer Behauptungen aufstellen, die in der Sache nicht stimmen.

Fakt ist: Wir haben vier Standorte für landesbedeut-same flächenintensive Großvorhaben. Wenn der industriepolitische „Jumbo“ kommt, dann wollen wir bereit sein. Wir alle wollen die Arbeitsplatzansied-lung möglich machen. Wir wären auch froh gewese-n, wenn BMW gekommen wäre. Dass sie sich letztendlich entschieden haben, nach Leipzig zu ge-hen, hat mit der Förderkulisse im Osten zu tun. Es hatte nichts damit zu tun, dass sie von der Landes-politik nicht gewünscht waren; die Landespolitik wollte BMW haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben vier Standorte: Datteln/Waltrop mit 330 ha Hektar, Euskirchen/Weilerswist 220 ha, Gei-lenkirchen-Lindern 240 ha und Grevenbroich-Neu-rath 300 ha. Die haben wir schon lange.

Das ist genau das Spiel: Josef Hovenjürgen stellt sich hin und sagt: Kein Gebiet ist genehmigt. Und fertig. Sie waren fünf Jahre in der Landesregierung. Armin Laschet war Minister in der Landesregierung. Alle Gebiete sind Konsens und sind vorbereitet. Drei Gebiete sind im Eigentum eines Besitzers und kön-nen – und das ist politisch gewollt – tatsächlich an den Markt gebracht werden.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat in den fünf Jahren an dem Zustand dieser Flächen nichts ge-ändert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist klar, wir wollen Ansiedlungen. Es ist auch kei-ne große Ansiedlung in Nordrhein-Westfalen wegen einer Standortfrage, die wir hätten beeinflussen können, nicht gekommen, sondern wir wollen sie. Wir wissen genau, dass wir diese industriellen Ar-beitsplätze brauchen.

Armin Laschet hat gestern gegenüber der Minister-präsidentin eine bemerkenswerte Bemerkung ge-macht. Er hat zum Verkauf der newPark-Fläche ge-sagt: Egal, wie ihr das Recht anwendet ...

(Zuruf von der CDU)

– Indirekt hat er zum Rechtsbruch aufgefordert, um das ganz klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch von der CDU)

– Doch, so war es.

(Minister Johannes Remmel: Hat er wirklich! Genauso hat er es gemacht! – Widerspruch von der CDU – Lutz Lienenkämper [CDU]: Das hat doch überhaupt keiner verstanden! – Unruhe)

In aller Ruhe! Es wird noch besser.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Priggen, ich bitte einen Moment um Ihre Aufmerksamkeit.

Reiner Priggen (GRÜNE): Der Präsident ist so nett und hält die Zeit an, wenn Sie sich aufregen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Es gibt eine Frage. – Aber ich möchte zunächst einmal Herrn Minister Rimmel bitten,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unglaublich ist das!)

sich bei einer solchen Debatte etwas zurückzuhalten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es war gestern schon so, dass vonseiten des Präsidiums eingegriffen werden musste, weil Mitglieder der Landesregierung in dieser Form in die Debatte eingegriffen haben. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, das nicht zu tun.

Nun gibt es eine Frage vom Kollegen Schemmer. Würden Sie die zulassen, Herr Kollege Priggen?

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, natürlich.

Bernhard Schemmer³⁾ (CDU): Herr Priggen, Sie hatten gerade „indirekt zum Rechtsbruch aufgefordert“ in Richtung Herrn Laschet gesagt. Ich hatte aus der Diskussion, die wir vorgestern hatten, und der Art, wie – teils wahr, teils weniger wahr – Fragen beantwortet worden sind, den Eindruck, dass versucht wurde, Recht zu finden,

(Zurufe von der SPD: Frage!)

um die Verträge zu unterlaufen. Meine Frage daher: Stellt sich die Frage,

(Heiterkeit von der SPD)

wie man Recht bewegt, nicht gerade, weil von dieser Landesregierung und von Minister Rimmel etwas gesucht wurde, um auf jeden Fall den Kauf durch den Kreis Recklinghausen kaputtzumachen?

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Das stimmt!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Priggen, bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Es war schwer, die Frage zu verstehen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will versuchen, Ihnen eine Antwort zu geben. Kollege Laschet hat ja nicht nur diesen ersten Satz bemerkenswerterweise gesagt, sondern dann hat er noch gesagt: Wir haben das Gleiche erlebt bei Dat-

eln. Damit wollte er den Eindruck erwecken, dass auch bei der Planung des Kraftwerks Datteln hier von der Landesregierungsseite aus der Prozess torpediert wurde.

Da kann ich nur sagen: Der Kollege Laschet war im Kabinett. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Diskussion über alle Kraftwerksstandorte. Es geht um das Kraftwerk Datteln – für alle, die es nicht kennen –, in direkter Nachbarschaft von newPark, was im newPark hätte gebaut werden können, weil das ein ausgewiesener Atomkraftwerksstandort war, aber nicht an dem Standort, wo man es unbedingt wollte.

Da ist Herr Laschet in der Landesregierung hingegangen – er hat hier auch damals stellvertretend für Christa Thoben sogar geredet – und hat einen Planungsprozess genauso mitgemacht: Wir wollen das Kraftwerk dahin haben, also lassen wir das Verfahren laufen, egal wie das Recht aussieht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist das!)

Dann ist das Oberverwaltungsgericht Münster und nicht der Kollege Rimmel hingegangen und hat denen, die geplant haben, ins Stammbuch geschrieben:

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Kollege Hovenjürgen, Geduld. Sie waren auch dabei, und Sie kennen das. – Dann hat Ihnen das Oberverwaltungsgericht Münster ins Stammbuch geschrieben, dass es hier einen Abwägungsausfall gegeben hat. Dann muss man erklären: Es gibt bei Planungen immer die Notwendigkeit, abzuwägen, wie hier zwischen den Interessen der Landwirte, den Interessen des Kreises und anderen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: BUND!)

Und in dieser Abwägung müssen Sie eine Entscheidung treffen. Das hat die Regierung gemacht. Damals beim Kraftwerk Datteln: Man kann in der Abwägung Defizite haben, man kann Fehler haben. Das OVG hat gesagt: ein Abwägungsausfall. – Das kannte ich überhaupt noch nicht, weil jede Verwaltung abwägt. Das ist nicht gemacht worden. Und diese Aufforderung, genauso vorzugehen, das macht die Landesregierung bei diesem Projekt nicht. Wir haben die Konsequenzen aus dem Murks, den Sie da gemacht haben, heute noch zu ertragen. Sie werden nicht müde, uns das vorzuwerfen, aber Sie haben die Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung – das ist klar – hat im LEP diese Festlegung getroffen. Daran halten wir uns. Ich kann auch persönlich sagen: Ich wünsche dem Kollegen Duin und der Landesregierung Erfolg bei der Ansiedlung.

Wenn ich mir etwas wünschen dürfte, würde ich sagen: Kollege Duin, die neue Fertigung des elektrischen Passats mit 400 km Reichweite als neuer

Standort für die Autoindustrie, von mir aus wirklich gerne als CO₂-freies Autowerk hier von Volkswagen in Datteln, ja. Ich wäre nicht nur derjenige, der Ihnen und Remmel den roten und grünen Teppich ausrollt. Ich würde auch den ersten Wagen aus der ersten Baureihe bestellen, wenn wir es schaffen würden.

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Insofern: Ja, schaffen Sie es! Lassen Sie uns das hinkriegen! Aber, Kollege Hovenjürgen und andere, machen Sie sich doch nichts vor – ich kenn doch die Melodie, wie Sie jetzt angelegt wird –: Das Planen an diesem Standort ist außerordentlich komplex.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die, die die Region so ein bisschen kennen, wissen um die hohen Emissionsvorbelastungen aus den drum herum liegenden Kohlekraftwerken und aus der Kupferhütte. Wir wissen genau, wie schwierig es war, dafür zu sorgen, dass das Kraftwerk Lünen die Genehmigung bekam, indem es einen Handel mit der STEAG machte, auf ihr Kraftwerk in Herne zu verzichten. Dafür kriegten die Finnen die Betriebsmannschaft bei Lünen abgezogen, und STEAG übernahm das. Nur so konnte man das zulässige Emissionslimit einhalten.

Für jede Ansiedlung, die dahin kommt, muss man in diesem schwierigen Gelände, wo immer wieder in dem Konflikt zwischen Emissionen und Beeinträchtigungen geklagt wird, wissen, dass das nicht einfacher wird. Insofern meine ich das wirklich so. Wir werden dabei unterstützen, da etwas hinzukriegen, was herausragend ist. Aber es ist nicht einfach.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Papke vor.

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege Priggen, dass Sie die Frage zulassen. – Nachdem ich Ihnen aufmerksam zugehört habe, will ich gerne zum Kern des Problems zurückkehren und Ihnen die Frage stellen, ob Sie die mehrfach öffentlich getätigten Äußerungen von Herrn Minister Remmel teilen, dass das Projekt überflüssig ist.

Herr Remmel hat in herzerfrischender Offenheit immer wieder deutlich gemacht, dass er persönlich das Projekt newPark für überflüssig hält. Mich würde interessieren – unabhängig von der Darstellung, die Sie gerade getätigt haben –, ob Sie diese Bewertung, dass das Projekt überflüssig ist, teilen.

(Beifall von der CDU)

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Dr. Papke, danke für die Frage. Als Erstes traue ich Ihnen, genauso wie dem Kollegen Lindner, nicht mal zu, dass die Behauptung, dass er das gesagt habe, überhaupt stimmt. Das kann ich in der Kürze nicht recherchieren. Die Bemerkung von Lindner konnte ich gestern recherchieren. Insofern glaube ich Ihnen das überhaupt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich habe Ihnen eben sehr klar unsere Position und meine persönliche dazu gesagt. Und das ist die Vereinbarung in der Koalition.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wie ist Ihre Position?)

Wir wären froh für jeden guten Arbeitsplatz, den wir da hinkriegen. Ich will aber auch nicht verhehlen, um das ganz klar zu sagen: Es gibt nicht nur diesen einen Standort. Wir sind in der Pflicht auch für andere Regionen. Wir haben so viele Flächen, um die wir uns kümmern müssen. Wir haben uns zu kümmern um 170 ha bei Opel in Bochum.

(Zurufe von der FDP)

Wir haben uns zu kümmern – das macht die Montaggrundstücksgesellschaft sehr gut – um 11.000 ha, die aus der Steinkohle Zug um Zug zur Verfügung stehen.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, das wollen Sie alles nicht hören, weil Sie nur der Regierung ans Zeug flicken wollen. Aber wir machen die Arbeit, und wir kümmern uns darum.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, ...

Reiner Priggen (GRÜNE): Wir haben uns um den Strukturwandelprozess im rheinischen Braunkohlerevier zu kümmern, wo an den Standorten in Frimmersdorf, in Weisweiler, beim Goldenberg nach Entscheidung des Unternehmens sukzessive Hektarflächen frei werden. Wir reden über mehr als 400 ha. Auch da müssen wir dafür sorgen, dass jetzt etwas eingeleitet wird, damit wir keine Brüche haben. Darum kümmern wir uns.

Ihnen geht es nur darum, denen, die die Arbeit machen, ans Zeug zu flicken. Das ist in Ordnung. Das ist politischer Wettbewerb, aber die Regierung ist handlungsfähig, die Fraktionen tragen das, und die Regierung kommt zu vernünftigen Ergebnissen. Und das machen wir an der Stelle auch.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, es liegt eine Zwischenfrage des Kollegen Hegemann vor. Würden Sie die zulassen?

Reiner Priggen (GRÜNE): Ja, natürlich. Bitte schön.

Lothar Hegemann (CDU): Herr Kollege, Sie wissen, dass die Vorbelastung für Datteln 4 aus zwei Kraftwerken bestand, nämlich Datteln 3 und Knepper. Sie wissen auch, dass die beiden mittlerweile geschlossen sind, dass das also keine Argumentation ist.

Jetzt die Frage an Sie: Sind Sie bereit, mit Ihrer Meinung – ich unterstelle, das ist alles ehrlich gemeint und die gesamte grüne Fraktion steht hinter Ihnen – auch nach Recklinghausen zu fahren und den Grünen in Recklinghausen zu erklären, dass Sie nicht weiterhin von einer Lebenslüge sprechen und nicht davon sprechen, mit allen Mitteln diesen newPark zu verhindern. Ihre Mitgliedschaft ist doch so übersichtlich; Sie kennen sich doch alle.

(Beifall von der CDU)

Das wär doch wirklich jetzt hilfreich, wenn Sie hingehen würden.

Reiner Priggen (GRÜNE): Erstens, Herr Hegemann, Ihre einleitende Bemerkung über die abgeschalteten Uraltblöcke bei Knepper und die alten Blöcke, die in Datteln auf der anderen Kanalseite sind: Das ist ja nur ein Teil.

Sie kennen sicherlich die Gerichtsurteile. Der BUND war mit der Klage hinsichtlich Lünen beim Europäischen Gerichtshof erfolgreich, sodass die Naturschutzverbände gehört werden müssen, und er war bisher zusammen mit dem Landwirt mit den Klagen bei Datteln erfolgreich. Es macht keinen Sinn, dass ein Kraftwerksbau für eine Milliarde in der Gegend herumsteht und es sich nicht nach vorne oder hinten bewegt. Es macht auch keinen Sinn, dass die Trianel in ein Gemeinschaftskraftwerk ihr Geld investiert und es dann nicht laufen kann.

Abgesehen von der Sinnhaftigkeit dieser Kraftwerke überhaupt: Alle, die dort gebaut haben, die Sie in die Investitionen getrieben haben, weinen heute bittere Tränen, da sie Ihnen auf den Leim gegangen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Stadtwerke Dortmund, die Stadtwerke Münster machen zweistellige Millionenverluste pro Jahr, und RWE will jetzt tatsächlich den Stadtwerken für einen Euro ihre Anteile am Block II in Hamm abkaufen. Sie haben sie in Investitionen gehetzt, die unsinnig waren.

Alle Diskussionen, die wir hierzu führen können, kann ich gerne an jedem Standort, bei jedem grünen Ortsverband führen. Das habe ich jetzt 25 Jahre gemacht, da habe ich auch keine Angst. Ich mache das auch mit Ihnen zusammen, Herr Hegemann. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident Uhlenberg! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Wir Piraten haben aus unserer Gegnerschaft zum newPark nie einen Hehl gemacht, weder die lokalen Piraten auf kommunaler Ebene noch wir hier im Landtag.

Medial war in letzter Zeit ja einiges los. Die „Recklinghäuser Zeitung“ hatte in der letzten Woche herausgefunden, dass die Grünen bereits im Jahr 1961 am Grundstücksverkehrsgesetz mitgeschrieben hätten. 1961, liebe Grünen und Grüninnen, ihr seid er tappt. Dem investigativen Qualitätsjournalismus entgeht es nicht, wenn ihr durch Zeitreisen Konfusion und Verwirrung im Raum-Zeit-Kontinuum anrichtet, besonders nicht in Recklinghausen.

(Unruhe – Michele Marsching [PIRATEN]: Es stand so in der Zeitung!)

Der Rest der Pro-newPark-Kampagne einiger Medien war von ähnlicher Qualität und Validität. Die Mär von 10.000 Arbeitsplätzen wird weiterverbreitet, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ihre geschätzte Aufmerksamkeit für den Abgeordneten Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): ... obwohl die in Rede stehende Fläche seit Anbeginn des Projekts um 90 % geschrumpft ist.

Minister Duin soll mit Rücktritt gedroht haben. Er selbst bestreitet das. Man droht nicht mit Rücktritt, man macht es, so sagte er es im Wirtschaftsausschuss. – Das ist auch glaubwürdig und plausibel. Denn die Androhung, vom Amt zurückzutreten, würde beim politischen Gegner zu einem Schulterzucken führen: „Na, dann mach doch!“ Das ist also gar keine Drohung.

Das mediale Schaulaufen ist unwürdig als Nekrolog, denn das Projekt ist mausetot. Es hilft nicht, so zu tun, als triebe man eine Sau durchs Dorf, wo in Wirklichkeit eine tote Sau am Ringelschwanz vom Dorfrand auf den Schindanger gezerrt wird.

Was ist eigentlich mit dem Gutachten von PriceWaterhouseCoopers, das auf unsere Anregung hin veröffentlicht wurde und dessen Risikobewertung die Grundlage für die verweigerte Landesbürgschaft ist? Seit 50 Jahren ist das Planieren und Versiegeln von Grünland das Allheilmittel gegen Arbeitslosigkeit, und seit 50 Jahren funktioniert das nicht. Man könnte ja Vor- und Nachteile abwägen, aber es gibt

keine Vorteile abzuwägen, sondern nur leere Versprechen. Und es gibt eine Lokalpolitik, die nicht über den Tellerrand schaut, die die freien Gewerbeflächen in der Nachbarschaft nicht sieht – Kirchturmspolitik, eines der größten Probleme im Ruhrgebiet.

Zwei Mal hat man im Groppenbruch, im nordwestlichen Dortmund, ganz in der Nähe, Grünland für ein Gewerbegebiet planieren wollen. Zwei Mal ist es daran gescheitert, dass es keine Investoren, keine Interessenten gab. Aber fünf Kilometer weiter wird eine halbe Fee 10.000 Arbeitsplätze herbeizaubern, dort, wo es bisher auch keine Interessenten gibt.

Wir machen hier Landespolitik. Und wenn die lokalen Kirchturmspolitiker nicht zusammenarbeiten wollen oder können, obwohl sie sich auf hochspannenden Unterbezirksdelegiertenversammlungen immer wieder treffen, müssen wir sie durch eine vernünftige Landesplanung dazu bringen.

Die VGV, die Vestische Vermögensgesellschaft Kreis Recklinghausen mbH, ist nur ein intransparentes Konstrukt, mit dem man die Finanzierungsbelange des newPark-Projekts ohne Diskussionen in den demokratisch gewählten politischen Gremien abwickeln möchte. Der Kreis Recklinghausen trägt das Ausfallrisiko. Er kann Geld und Land nicht wieder im Verhältnis eins zu eins tauschen, wenn das Projekt scheitert. Dann hat er ein baulich erschlossenes Gelände, das niemand haben will, und gebundenes Kapital in zweistelliger Millionenhöhe.

Das Areal gehört zu den verkehrstechnisch am lausigsten erschlossenen Ecken des Kreises Recklinghausen. Es bedarf weiterer Millioneninvestitionen, um eine passende Straßenanbindung in Richtung der A 2 herzustellen, von einer Anbindung an das Bahnnetz ganz zu schweigen. Mit dem ÖPNV ist der newPark zurzeit, je nach Wohnort im Kreisgebiet, schlechter zu erreichen als Essen, Bochum oder Düsseldorf. Man ist aus Herten mit Bus und Bahn genauso schnell in Düsseldorf wie am newPark-Gelände.

Man will da produzierende Unternehmen anlocken, aber denen in der Nähe, wie dem Chemiepark Marl, keine Konkurrenz machen. Auch viele Logistiker haben abgewunken. Man hat Angst vor Wanderungsbewegungen innerhalb des Kreisgebiets. Was bleibt dann übrig? – Die Hoffnung auf New Technologies, auf Hightech-Unternehmen. Aber die Robotik, die IT usw. haben bereits ihre Zentren. Die gehen jetzt nicht auf eine grüne Wiese am Rande des Ruhrgebiets. Je mehr man aber Spezialtechnologie in den Kreis holen möchte, umso geringer ist die Chance, dafür auch die benötigten Fachkräfte im Kreisgebiet zu finden. Die Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt sind damit marginal.

Wir stehen an der Schwelle zur Industrie 4.0 in einem Gebiet, dessen Politiker bisher noch jeden Strukturwandel verpennt haben. Und SPD, CDU

und FDP versuchen, die Probleme der Gegenwart mit den Lösungen der 1960er-Jahre zu beantworten, ohne über die Fragen der Zukunft nachgedacht zu haben, und das ist lächerlich.

(Beifall von den PIRATEN)

Die lokalen Landwirte verlieren Anbauflächen, das kostet auch Arbeitsplätze. Gleichzeitig steigen die Pachtpreise überall wegen des ungebremsten Drucks auf die Fläche. Dann wollen die antragstellenden Fraktionen den Landwirten durch einjährige Pachtverträge die Möglichkeit der mittel- und langfristigen Planung für ihre Betriebe nehmen und ein Druckmittel aufbauen. Und wer nicht brav ist, der bekommt dann im nächsten Jahr keinen Vertrag mehr.

Welche Schäden newPark darüber hinaus für die Umwelt, die Natur und das lokale Klima anrichten würde, hatte ich bei den vorherigen Debatten hier schon klargestellt. Irgendwelches geplante Getrickse mit fehlenden Umweltverträglichkeitsprüfungen und gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichsflächen wird Ihnen schon in der ersten Verwaltungsgerichtsinstanz auf die Füße fallen. Da werden Sie genauso ein Fiasko erleben wie mit Datteln und Lünen, falls Sie sich wirklich so weit vorwagen sollten.

Requiescat in pace, newPark.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Fragestunde vorgestern, gestern in der quasi Generaldebatte, heute und in der letzten Woche im Ausschuss – es vergeht fast kein Tag, an dem wir nicht über das Thema „newPark“ sprechen. Für mich und für die Landesregierung ist das immer wieder eine gute Gelegenheit, deutlich zu machen, dass wir zu newPark stehen und uns darüber freuen, dass sich newPark auf den Weg gemacht hat.

Wir begrüßen es, dass sich der Kreistag des Kreises Recklinghausen durchgerungen hat, den Ankauf durchzuführen, und trotz der schwierigen Situation die Finanzmittel dafür bereitgestellt hat.

Das gibt auch noch einmal Gelegenheit, deutlich zu machen, dass nach diesem Kaufprozess, nach den Kaufverhandlungen, mit der zuständigen Abteilung bei RWE ein rechtlich einwandfreier Vorgang in Gang gesetzt wurde, nämlich die Prüfung des Vorkaufsrechts. Genauso, wie Herr Hovenjürgen es in der zeitlichen Chronologie gerade richtig dargestellt hat,

(Zuruf von der CDU)

gab es den Moment, in dem dieses Vorkaufsrecht durch Landwirte hätte ausgeübt werden können. Es gab genügend Landwirte und andere, die sich für diese Flächen interessierten.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht überprüft!)

Meine Damen und Herren, es ist dieser Landesregierung zu verdanken, dass es nicht zur Ausübung dieses Vorkaufsrechts gekommen ist, weil wir das mildere Mittel, nämlich eine Genehmigung mit Auflagen, gewählt haben.

(Beifall von der SPD)

Das ist dieser Landesregierung zu verdanken, sonst wären diese Flächen in anderen Händen.

Dass es darüber eine Diskussion gegeben hat, wie eine solche Genehmigung mit Auflagen aussehen kann, ist hinreichend dokumentiert.

(Zurufe von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Ich will deshalb nur auf zwei Dinge noch einmal ausdrücklich hinweisen:

(Unruhe)

Erstens. Wir haben eine Genehmigung mit Auflagen auf den Weg gebracht, die unter anderem die Nutzung der Fläche durch die Landwirte solange ermöglicht, bis es zur konkreten Realisierung von newPark, bis es zur konkreten Ansiedelung kommt. Ich sehe keinen Grund, irgendetwas anderes zu formulieren. Warum soll man die Nutzung durch die Landwirte früher beenden, als die Realisierung von newPark tatsächlich ansteht?

(Beifall von der SPD und den PIRATEN)

Zweitens. Wir haben miteinander vereinbart und das ist – die regionalen Vertreter wissen das ja sehr genau – angesichts der Diskussionen, die vor Ort geführt werden, ein elementar wichtiger Punkt, das zu ermöglichen und zu realisieren. Datteln und Waltrop können das Projekt nicht einseitig blockieren und keine einseitigen Entscheidungen treffen, die der weiteren Entwicklung im Wege stehen würde.

Meine Damen und Herren, ich komme deswegen zu dem Schluss: Der Kreis Recklinghausen und vor allen Dingen die Menschen vor Ort können sich darauf verlassen, dass der LEP gilt. Wir wollen den Rahmen dafür setzen, dass es rechtssicher vorangeht. Dieser Standort ist und bleibt landesbedeutsam.

(Zuruf von der CDU)

Wir werden aber auch nicht müde, eines deutlich zu machen – und da springen Sie, Herr Hovenjürgen, und einige andere aus der Region zu kurz –: Sie erwecken den Eindruck, als hinge das Wohl und Wehe der Zukunft der Emscher-Lippe-Region einzig und allein vom newPark ab. Ich bin der festen Überzeugung, die Emscher-Lippe-Region kann mehr, als

nur darauf zu schauen, wann der newPark Realität wird.

(Beifall von der SPD)

Diese Region hat sehr viel mehr Potenzial.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen ...

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Zu einem späteren Zeitpunkt. – Deswegen – auch da waren der Kollege Hovenjürgen, der Kollege Müller und andere mit vor Ort – organisieren wir, dass in dieser Region etwas vorangeht. Deswegen gibt es zum Beispiel einen Förderbescheid weit vor dem Ende des Bergbaus, um zu sehen, was wir mit den Flächen von „Auguste Victoria“ machen, damit dort nicht erst, wenn der Bergbau tatsächlich zu Ende ist, angefangen wird, zu überlegen, was wir jetzt machen. Vorausschauende Wirtschaftspolitik, untermauert ganz konkret mit entsprechenden Förderbescheiden für die Entwicklung in dieser Region, meine Damen und Herren, ist das, was wir tun.

(Beifall von der SPD)

Ich persönlich habe mit „Umbau 21“ einen regionalen Schwerpunkt – ich darf das dort sagen und sage das auch in anderen Landesteilen – wie keinen zweiten im Land gesetzt, der deutlich macht, dass das Wirtschaftsministerium, dass die Landesregierung den Strukturwandel in der Emscher-Lippe-Region in besonderer Weise in den Fokus nimmt. Dazu gehört auch die Entwicklung von newPark. Wir haben zum Beispiel vorletzte Woche ein Fördergespräch mit der Geschäftsführung von newPark, der newPark GmbH und dem Bürgermeister der Stadt Datteln sowie dem Landrat Cay Süberkrüb über die Förderung der newPark GmbH ab 2016 geführt.

Sie, Herr Hovenjürgen, und alle, die Sie sich mit diesem Thema auseinandersetzen, wissen sehr genau: Ohne die Unterstützung der Landesregierung gäbe es die newPark GmbH schon lange nicht mehr. Wir sind diejenigen, die diesen Prozess überhaupt ermöglichen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU)

Es geht außerdem um viele andere Dinge. Wenn in einigen wenigen Wochen die Wirtschaftsförderer und andere Akteure vor Ort zu einem von uns initiierten Workshop zusammenkommen, um unter Beteiligung zum Beispiel von NRW.INVEST, die genau dafür zuständig ist, landesbedeutsame Flächen in dem Marketing, in der Vermarktung auch international weiter voranzubringen, dann sehen Sie: Hier wird konkret an der Realisierung gearbeitet, und es wird nicht irgendetwas verhindert oder blockiert oder irgendetwas anderes, was Sie die ganze Zeit als Popanz aufbauen.

Meine Damen und Herren, es geht darüber hinaus weiter bei „Umbau 21“. Nächste Woche sitzen wir wieder zusammen: der Chef der Hochschule, Prof. Dr. Kriegesmann – nur, um ein paar Namen zu nennen, damit Sie einmal die Dimension erkennen, mit welcher Energie wir an diesem Thema arbeiten –, die Vertreter der Industrie- und Handelskammer, Vertreter der Handwerkskammer, der Vorstandsvorsitzende der RAG, der Personalvorstand von Evonik, der Vorstandsvorsitzende von BP – alles große Unternehmen, aber eben auch kleine und mittelständische Unternehmen, persönlich engagierte Persönlichkeiten, die unter meinem Vorsitz daran arbeiten, dass die Emscher-Lippe-Region eine Perspektive hat mit newPark, aber eben auch darüber hinaus.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist das, was wir angeschoben haben, was wir nach Kräften finanziell unterstützen. Deswegen, sehr geehrter Herr Rohwedder: Tot ist nicht der newPark. Tot ist das Pferd, auf dem Herr Hovenjürgen weiter versucht, zu reiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Müller.

Hans-Peter Müller (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg kurz etwas sagen: Herr Priggen, der Dattelner Rat hat die Ansiedlung nicht abgelehnt. Wenn, dann kann es höchstens der Waltroper Rat gewesen sein.

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Das ist ganz wichtig für mich, weil ich zu der Zeit Fraktionsvorsitzender der SPD dort war.

Ich könnte die Rede mit dem Zitat des Filmtitels „Und täglich grüßt das Murmeltier“ bereits beenden, aber ich will und kann den Stillstand nicht akzeptieren.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, haben Sie sich mit dem Grundstücksverkehrsgesetz schon einmal auseinandergesetzt? Das ist ein Gesetz, welches sicherlich seine Berechtigung hat. Aber was hat das Gesetz mit den Gegnern von newPark zu tun?

Die Rieselfelder waren ab 1898 die Antwort der Region auf die fehlende Möglichkeit, die Abwässer zu klären. Kurz gesagt: Die Rieselfelder waren die Kloake Dortmunds. Heide- und Kieferbiotope auf 1.000 ha sandigen Böden konnten mit Industrie- und Siedlungsabwässern für die Landwirtschaft nutzbar gemacht werden. Damals war das eine kreative Lösung der Emscher-Lippe-Region für das Problem

der zunehmenden Abwässer. Von der Idee bis zum ersten Spatenstich benötigte man damals drei Jahre.

Machen Sie an diese Jahre jetzt einmal getrost eine Null dran, wenn wir auf den Zeitraum bis zur Antwort der Emscher-Lippe-Region auf die dringende Anforderung in Bezug auf Arbeitsplätze zu sprechen kommen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Antwort unserer Region – gestützt auf den LEP – sind Arbeitsplätze auf einer Fläche von 156 ha und eine ökologische Aufwertung innerhalb der weiteren Fläche in der stillgelegten biologischen Kläranlage und ehemaligen Düngemaschinerie der Rieselfelder.

Im Jahr 2012 sprach sich ein Landwirt, der ehemalige Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Ortsvereins Datteln, für die Nutzung als Industriefläche aus. Die Landwirtschaft in den Rieselfeldern stieß aufgrund der mit Schwermetallen belasteten und zu versanden drohenden Böden keinesfalls mehr auf gute Bedingungen. Die Landwirte der Region kennen die Planungsziele für die Rieselfelder seit Jahrzehnten. Sie wussten von ihren Rechten und von der Möglichkeit der Auflagen. In einer Versammlung in Waltrop – wann das war, ist schon erklärt worden – beschloss man mit breiter Mehrheit, das Vorkaufsrecht nach Grundstücksverkehrsgesetz nicht zu nutzen.

Die Geschäftsführer der Vestischen Grunderwerbs- und Vermögensgesellschaft – kurz VGV genannt – wollten gerade ins Auto steigen, um die mit der Landwirtschaftskammer einvernehmlich miteinander vereinbarten Auflagen zu unterzeichnen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Da wurde das Verfahren wieder aufgenommen. Hierbei teilten sich diesmal ein Umweltaktivist – getarnt als Käufer und Nebenerwerbslandwirt – und das zuständige Ministerium die Hauptrollen. Uns in der Region ist es nicht verständlich, dass diese nur vorgeschobene Kaufabsicht zur landwirtschaftlichen Nutzung zu einer Verschärfung der Auflagen führen kann,

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von der CDU und der FDP)

Auflagen, die nach unserer Einschätzung vor Ort weder akzeptabel noch juristisch haltbar sind.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau so ist es!)

Wenn man dann auch noch weiß, dass der BUND laut Presse ankündigte, bis zur letzten Baugenehmigung im newPark klagen zu wollen,

(Hanns-Jörg Rohwedder [PIRATEN]: Bravo!)

und dass der besagte Umweltaktivist und stellvertretende Landesvorsitzende des BUND eine Waldfläche kaufte, die zur Bereitstellung der B474n ein

Baustein ist, dann wird das ganze Ausmaß dieser Kampfstrategie vollends klar.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Was bleibt der NRW-Regierung als Lösung? Ich beneide die Ministerpräsidentin nicht; denn sie kann bei juristischen Angriffen auf die Landesplanung nicht auf politische Beschlüsse pochen. Die Regierungschefin darf nicht als Richterin entscheiden, sondern sie muss sich den Herausforderungen der Gesetzgebung stellen.

Da nun das Landwirtschaftsministerium, wie man früher im Fußball sagte – ich habe früher einmal Fußball gespielt –, mit einer gekonnten Blutgrätsche aufgrund der ideologischen Ausrichtung anweisend in das Verfahren eingreift

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

– so empfinden wir das vor Ort –,

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von der CDU und der FDP)

wird in der stark gebeutelten Emscher-Lippe-Region noch festzustellen bleiben, ob das erneute Aufrollen des Verfahrens dem Gesetzestext entsprochen hat. Dies ist aber nicht die Aufgabe des Landtages oder der Ministerpräsidentin, sondern wieder einmal die Aufgabe der Juristen.

Die juristisch spitzfindigen und mit Geld ausgestatteten Strategien der Umweltaktivisten führten in ganz Deutschland zu Verzögerungen und oft zum Stillstand von Projekten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Absurd ist im Fall von newPark, dass sich ein BUND-Funktionär damit hervortut, die Landwirtschaft zu schützen, obwohl Umweltverbände – der BUND mit an vorderster Front – beim Thema „Schutz der Tierarten“ nicht gerade als Freunde der Landwirte bezeichnet werden können.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und der FDP)

Diesem Aktivisten ist anscheinend jedes Mittel recht, und zu viele Gesetze bieten im gesamten Verfahren bis zur letzten Baugenehmigung oftmals ungewollt Angriffspunkte für Projektgegner und zu wenig Schutz für die Planer und Entwickler von Industrie, Gewerbe, Straßen oder auch Windparks.

Meine Damen und Herren der CDU und der FDP, unserem Engagement vor Ort wird Ihr Beschlussentwurf nicht gerecht. Lassen Sie es doch sein, newPark als Oppositionspolitik auszuschlachten. Wenn wir in der Region das Vorgehen des Ministeriums im Verfahren verurteilen, dann kann man diese Betroffenheit sicherlich auch hier drastisch äußern.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Als Landtagsabgeordneter von NRW sollte man sich dann aber der eigentlichen Problematik widmen. Insbesondere vergraulen zu lange Verfahren ansiedlungswillige Unternehmen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD, der CDU und der FDP – Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist es!)

Ihr Beschlussentwurf ist ein oppositionelles Spielchen. Vor diesen Karren lasse ich mich nicht spannen. Sie versuchen davon abzulenken, dass auch in Ihrer Regierungszeit die Entwickler von Arbeitsplatzprojekten in vielen Regionen – Stichwort: „Dateln 4“ – keinesfalls bessere Chancen hatten.

Im Kampf um das Projekt „Arbeitsplätze in der Emscher-Lippe-Region“ und im Festhalten an der Fläche von industriepolitischer Bedeutung im LEP weiß ich die Ministerpräsidentin und den Wirtschaftsminister an unserer Seite.

Sehr geehrte Ministerpräsidentin, sehr geehrter Wirtschaftsminister Duin und mit Blick auf die B474n auch sehr geehrter Herr Minister Groschek, ich vertraue darauf, dass Sie an der Seite der Region stehen und uns mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dabei unterstützen, Arbeitsplätze auf dem newPark-Areal zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren der CDU und FDP, wir lehnen Ihren Antrag ab, weil Sie die eigentlichen Hinderungsgründe bei newPark und anderen Projekten nicht aufgreifen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie formulieren oberflächlich und in oppositioneller Form einen Beschlussentwurf, der den Problemen unseres Landes nicht gerecht wird. Die Menschen hoffen auf Hilfe und nicht auf Wortgefechte. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass für Projekte von landespolitischer Bedeutung nicht weiterhin zusätzliche Gelder für Gerichtsverfahren, juristische Gutachten und Zeit verschleudert werden, sondern rechtssichere beschleunigte Verfahrenswege erarbeitet werden.

(Christof Rasche [FDP]: Am besten mit einer Blutgrätsche!)

Sonst führt dies weiterhin zum täglichen Gruß des Murmeltiers in unserem Land. Lassen Sie uns die Zeitschleife durchbrechen, endlich Arbeitsplätze schaffen und den vielen arbeitssuchenden Menschen eine Chance bieten. – Glück auf.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Wüst.

Hendrik Wüst (CDU): Verehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich ge-

wusst hätte, welche Sternstunde des Parlamentarismus sich heute vollziehen würde, hätte ich einen dunklen Anzug angezogen; denn man erlebt nicht häufig, dass ein Abgeordneter einer Regierungskoalition so glasklar und schonungslos mit dem eigenen Koalitionspartner abrechnet.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Herr Müller, dafür haben Sie meinen Respekt, auch wenn Sie genau den wahrscheinlich nicht haben wollen. Aber wir haben Ihnen mit dem Antrag gerne die Gelegenheit gegeben, das heute auszuführen.

Es war von Kampfstrategie und Blutgrätsche die Rede und davon, dass Sie Frau Kraft nicht beneiden. Ich beneide Frau Kraft auch nicht. Früher habe ich gelegentlich mit ihr die Klinge gekreuzt, manchmal auch die Keule. Aber mit so einem Koalitionspartner kann man nicht sonderlich glücklich werden und vor allen Dingen keine ordentliche Wirtschaftspolitik machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eines kann ich Ihnen, Herr Müller, und allen anderen Sozialdemokraten allerdings auch sagen: Es steht nirgendwo in Stein gemeißelt, dass man mit genau diesem Koalitionspartner Politik für dieses Land machen muss.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben am Ende ja noch versucht, ein bisschen Frieden mit Ihren eigenen Leuten und mit dem Koalitionspartner zu machen, Herr Müller, und haben gesagt, Sie wüssten Herrn Duin an Ihrer Seite. Sie haben ihn aber lebhaft widerlegt, indem Sie die Anekdote erzählt haben, die Landwirtschaft hätte sich an einem Abend geeinigt, man wolle das Vorkaufsrecht eben nicht ausüben, und dann sei durch die sogenannte Kampfstrategie der Grünen eben doch etwas anderes herausgekommen.

Herr Duin hat eben ausgeführt, es läge an dieser Landesregierung. Er hat genauer gesagt: Es ist dieser Landesregierung zu verdanken, dass das Vorkaufsrecht überhaupt vom Tisch gekommen ist.

(Beifall von Guido van den Berg [SPD])

Andersherum ist die Wahrheit, Herr Duin: Es mag Ihr Verdienst gewesen sein, dass es nachher wieder verschwunden ist, aber es war das Verdienst von Herren Rimmel, dass es zwischenzeitlich überhaupt wieder aufgelebt ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das ist doch genau das, was Herr Müller meint, wenn er von Kampfstrategie spricht. Die Landwirte wollten erst nicht, dann gab es die ominöse Weisung, Nichtweisung, schriftlich nicht angewiesen,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

mündlich aber doch, und man will nicht so genau werden. Man sagt: Nein, schriftlich haben wir es

nicht angewiesen. Es gibt aber Protokolle der Gespräche, dass mündlich sehr wohl vorgetragen wurde, was man will. So kam es dann am vorvergangenen Wochenende eben dazu, dass besagter BUND-Funktionär, den Herr Müller auch beschrieben hat, auf einmal Verträge querzeichnete – besser gesagt: nicht Verträge, sondern Interessenbekundungen –, und Herr Schmeltzer erklärt: Hier geht alles nach Recht und Gesetz; wir machen keine Rechtsbeugung.

Wenn man so mit der Ausübung des Vorkaufsrechts umgeht – die Landwirte wollen am Ende gar nicht richtig, weil sie bestimmte Flächen nicht gebrauchen können, man bittet aber den BUND-Funktionär zum Querzeichnen –, Herr Schmeltzer, dann ist man auf dem Weg des Rechtsbruchs. Genau deswegen haben Sie nachher wahrscheinlich kalte Füße bekommen; so tolldreist wollten Sie es dann doch nicht treiben.

(Beifall von der CDU)

Dann kam eben die andere Idee mit dem Kompromiss.

Lassen Sie uns die letzten anderthalb Minuten noch über den Kompromiss sprechen. Bisher Vertragsstand ist: halbjährlich kündbar. In Zukunft: unbefristeter Pachtvertrag, zweijährige Kündigungsfrist. – Und das wollen Sie der Öffentlichkeit als Verbesserung verkaufen? Das ist keine Verbesserung, das ist eine schlechtere Rechtsposition für die Entwicklung dieser Region, in die die Landesregierung die VGV als Eigentümerin hineinzwingt. Dann verkaufen Sie das nicht als rechtliche Verbesserung.

(Beifall von der CDU)

Der Minister hat eben auf NRW.INVEST verwiesen. Ich habe die Ehre, für den Landtag, für meine Fraktion gemeinsam mit den Kollegen aus anderen Fraktionen unter dem Aufsichtsratsvorsitz Ihres Staatssekretärs im Aufsichtsrat von NRW.INVEST zu sitzen. Es ist, glaube ich, kein Geschäftsgeheimnis, wenn ich verrate, dass Flächen in der Regel – so beschreibt es auch NRW.INVEST – innerhalb eines Zeitraums von sechs Monaten verfügbar sein müssen, sonst habe man im internationalen Standortvergleich keine Chance. Das sage nicht ich, sondern das sagt schwarz auf weiß – ich gebe es Ihnen gerne – die Company, in der Herr Staatssekretär Horzetzky Vorsitzender des Aufsichtsrats ist.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Also erzählen Sie bitte nicht, das sei irrelevant oder eine Marginalie. Es ist ein ganz wesentlicher Faktor, wie schnell Fläche verfügbar ist, weil man danach bemessen kann, wann man am neuen Standort produzieren kann.

(Beifall von der CDU)

Sie geben einer Region Steine statt Brot, versuchen hier mehr oder weniger gekonnt, einen Konsens

schönzufärben, der in Wahrheit nichts anderes ist als eine Belastung. Das ist nicht sonderlich redlich, nicht sonderlich ehrlich. Sie halten sich dabei wahrscheinlich an einen großen Christdemokraten, nämlich an Konrad Adenauer, der Anleihe bei Pferdenges genommen hat und zwischen drei Steigerungen der Wahrheit unterschieden hat: ...

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Hendrik Wüst^{*)} (CDU): ... der einfachen, der reinen und der lautereren Wahrheit. – Für das, was Sie hier erzählen, müsste er noch eine vierte Kategorie erfunden haben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Wüst, das war aber eindeutig ein großkoalitionäres Angebot; anders kann ich das nicht sehen.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Wenn sie die SPD auffordern, mit jemand anderem eine Regierung zu bilden, bleiben nur Sie.

Völlig faszinierend ist für mich der völlige Verzicht der CDU auf eine eigene profilierte, inhaltliche Politik in allen Bereichen – aus reiner inhaltlicher Armut.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Mein Gott noch mal! Sie sind in Berlin und an vielen anderen Stellen in einer Großen Koalition, kriechen aber jetzt schon anderthalb Jahre vor der Landtagswahl über den Fußboden nach drüben und sagen: Wir wären auch zufrieden, wenn wir neben Hannelore sitzen dürften. – Mein Gott noch mal! Wo ist eigentlich bei Ihnen die Würde?

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Lothar Hegemann [CDU]: Das hat Sie wohl getroffen!)

An Herrn Kollegen Hans-Peter Müller: Sie haben recht. Der Rat der Stadt Waltrop hat am 21. September 2000 und am 26. Oktober 2000 negativ votiert. Das hat offensichtlich in der Standortfrage dazu geführt – es war jedenfalls ein Grund dafür –, dass Euskirchen Priorität bekam und newPark herausfiel.

Ich will Ihnen aber auch eines sagen: Sie haben im Dattelner Rat Verantwortung bei allen Genehmigungsschritten getragen, die zum Kraftwerk führten. Es hilft nichts, mit solchen Tiraden gegen den

BUND, anerkannte Naturschutzverbände und andere vorzugehen. Man kann sich das Recht nicht biegen, wie man will.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Das OVG hat es Ihnen ins Stammbuch geschrieben. Wenn man aus der ganzen Geschichte eines lernt, dann das, dass man gut beraten ist, sorgfältig abzuwägen und zu sehen, welche unterschiedlichen Interessen es gibt. Sonst wird es wieder ein Kampffeld.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Reiner Priggen^{*)} (GRÜNE): Man kann wünschen und man kann wollen, aber eine gewisse Präzision im Handeln ist an der Stelle auch nötig und allen Beteiligten gut angeraten. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Brockes.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Müller, auch ich spreche Ihnen meinen absoluten Respekt aus. Endlich macht einmal ein SPD-Abgeordneter hier im Parlament aus seinem Herzen keine Mördergrube, sondern sagt das, was er denkt, und vertritt es hier auch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das würde ich mir von der Sozialdemokratie öfter wünschen; denn das macht Ihre eigentliche Position deutlich.

Auch wenn Sie nachher noch versucht haben, die Kurve zu bekommen, soll es an uns nicht scheitern. Wir können gerne den Beschlussvorschlag ändern. Wir können gerne formulieren: Der Landtag fordert die Teile der Landesregierung auf, die bisher eine ideologische Verhinderungstaktik vertreten, diese aufzugeben. – Das ändern wir gerne. Ich sehe es auch so, dass zumindest der Wirtschaftsminister versucht, es zu realisieren. Aber leider ist das nicht die Position der gesamten Landesregierung, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Schmeltzer, Ihr eigener Kollege hat Ihnen eben widersprochen. Sie haben sich hier hingestellt und gesagt, alles sei geklärt. Wir sehen, es ist noch nicht einmal in Ihrer Fraktion geklärt. Dann müsste auch nicht der Kreis Recklinghausen gegen die Entscheidung klagen, an deren Spitze im Übrigen ein SPD-Landrat steht.

Herr Kollege Priggen, ich habe Sie in diesem Hohen Hause selten so scheinheilig und entlarvend erlebt wie heute.

(Zuruf: Sie haben es nötig!)

Sie führen eine Debatte über alte Zeiten, über BMW. Sie suchen in Plenarprotokollen nach Zeugen. Dabei weiß doch jeder: Frau Ministerin Höhn hat immer alles Mögliche verhindert. Hätte sie damals

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

das hier im Parlament gesagt, dann wäre die Koalition unter Ministerpräsident Clement hinüber gewesen, meine Damen und Herren. Es ist doch logisch, dass sie das nicht getan hat.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Meine Damen und Herren, es ist traurig, dass die eigentlich für Landesplanung zuständige Ministerpräsidentin heute nicht das Wort ergreift.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Das wäre heute eigentlich die wichtige Botschaft gewesen. Wir konnten an unterschiedlichen Ausführungen genau sehen, dass sich diese Koalition nicht einig ist.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Nur die Ministerpräsidentin hätte die Möglichkeit gehabt, hier zu sagen: Diese Landesregierung wird alles dafür tun, damit dieses wichtige Projekt für die Emscher-Lippe-Region, für Nordrhein-Westfalen schnell realisiert wird. – Das hat sie leider nicht gemacht. Dieser Streit in der Landesregierung geht zulasten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes weiter. Das ist einfach nicht akzeptabel. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Piraten hat Herr Kollege Bayer das Wort.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dann mache ich mal weiter: Mir kommt es so vor, als ob einige Politiker hier wie ein Löwe für dieses Projekt kämpfen, weil die Region dringend Arbeitsplätze braucht. Andererseits müssen sie hoffen, dass die Landesregierung unüberwindbare Hürden in den Weg legt, damit nicht auffällt, welche Luftblasen diese Arbeitsplätze eigentlich sind.

(Beifall von den PIRATEN)

NewPark ist eine Hoffnung ohne Idee. NewPark wäre kein Nährboden für Kreativität und Innovation; denn es gibt keinen alten Kern einer attraktiven Branche oder bestehender Wirtschaftsketten, um die herum genau das entstehen könnte, was hier erhofft wird. Das ist nur schlichte alte Standortpolitik. Das ist mutlos und gleichzeitig fahrlässig. Das ist nämlich Risiko ohne Chance. „Genau so – wie bei newPark – wird Potenzial für die Zukunft für die ganze Region verschenkt.“

Herr Wüst, ich bin mir sicher, NRW.INVEST kann beim Auffinden großer Gewerbe- und Industrieflächen helfen. Oder wollen Sie mir sagen, dass die Liste, die NRW.INVEST im Internet anbietet, völliges Blendwerk ist? Da ist mehr als das ehemalige Opel-Werk in Bochum, 30 km entfernt und perfekt angebunden. NewPark fehlt jegliche Infrastruktur. Wenn die Wirtschaftlichkeit gefährdet ist, sobald mehr externe Flächen gekauft werden müssen, dann frage ich mich, was für eine verdammt wackelige Wirtschaftlichkeit das ist.

Die Wahrheit ist nämlich längst, dass das Projekt schon jetzt völlig unwirtschaftlich ist, ohne dass man die externen Kosten berücksichtigen würde. Einige Akteure und Gemeinden haben das verstanden und halten nicht an längst veralteten Konzepten fest. Das Schlimmste allerdings ist: Wenn dieses Projekt entsteht, übernimmt später niemand die Verantwortung dafür, wenn das Ding scheitert. Das ist traurig. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bayer. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich danke dem Parlament ganz herzlich dafür, dass ich nach über einer Woche, in der über mich, die Entscheidung der Genehmigungsbehörde und die Gespräche des Ministeriums geredet worden ist, die Gelegenheit habe, von meiner Seite aus die Wahrheit darzustellen. Ich hatte ein wenig den Eindruck, dass Sie mich bislang nicht gefragt haben, weil Sie die Wahrheit gar nicht hören wollen,

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

und stattdessen einen Popanz aufbauen, der in keiner Weise der Realität entspricht.

Zum Ersten – das ist dokumentiert –: Wir haben zusammen, Kollege Duin und ich, eine Pressekonferenz nach dem besagten Abend veranstaltet. Das wird auch wahrscheinlich über den WDR aufgezeichnet sein. Sie können das gerne nachschauen.

Ich habe dort erklärt – das wiederhole ich auch hier noch einmal –: Ich freue mich über jeden Industrie- arbeitsplatz, der in Nordrhein-Westfalen neu ent- steht. Ich bin selbstverständlich der Meinung, dass das, was wir im Kabinett beschlossen haben, näm- lich die Aufstellung des LEP, eine richtige Entsch- eidung war, wenn es darum geht, großflächige Indust- rieansiedlung in Nordrhein-Westfalen zu ermögli- chen. Ich werde die Bemühungen, die es gibt, groß- flächige Industrieansiedlungen in Nordrhein-West- falen bei den vier Flächen gegebenenfalls zu reali- sieren, selbstverständlich unterstützen. Das ist die gemeinsame Haltung des Kabinetts und der Lan- desregierung.

Ich habe mir nur erlaubt, darauf hinzuweisen – ich finde, das ist nicht falsch –, dass wir, wenn es um normale Gewerbeansiedlung geht, da auch noch ganz andere Flächen haben, zum Beispiel 30 km entfernt in Bochum mit 130 bis 150 ha, und dass wir in Nordrhein-Westfalen 80.000 Altlastenstandorte haben, wovon nur 8.000 bisher saniert sind. Ich ha- be mir erlaubt, darauf hinzuweisen, nicht mehr und nicht weniger, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Übrigen: Was die Gesetzeslage angeht, Herr Hovenjürgen, rate ich dazu, mal genau in die Ge- setze hineinzuschauen

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

und dann auch in die Schritte, die einer Prüfung be- dürfen. Dass es hier um einen Fall geht, der nach dem Grundstücksverkehrsgesetz nach Recht und Gesetz zu behandeln ist, das ist unstrittig. Dafür ist die Genehmigungsbehörde, die Landwirtschafts- kammer, zuständig.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Mein Ministerium hat in diesem Fall die Rechts- und Fachaufsicht. Herr Hovenjürgen, Sie können es dreimal fordern. Da wird aber nicht nach Landrecht „Hovenjürgen“ entschieden, sondern das muss nach Recht und Gesetz gehen.

Nach dem Gesetz ist zum Ersten festzustellen, ob es eine Schieflage in der Verteilung von Grund und Boden gibt. Das hat die Landwirtschaftskammer festgestellt. Es gibt eine Schieflage in der Verteilung von Grund und Boden.

Dann ist in einem zweiten Schritt zu prüfen – das geht nicht einer Versammlung, in der abgestimmt wird –, und zwar einzelbetrieblich bei 800 Parzellen zu prüfen. Wir reden hier über 800 Parzellen, nicht über eine Fläche. Bei 800 Parzellen ist zu prüfen, ob ein aufstockungswürdiger Betrieb vorhanden ist, der auch das Kaufinteresse untermauern kann.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister ...

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Um- welt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das kann man nicht pauschal prüfen. Das muss man für jeden einzelnen Betrieb prüfen. Darum ha- ben wir die Landwirtschaftskammer gebeten. Genau das hat sie gemacht.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister ...

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Um- welt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Genau das hat sie gemacht. Sie hat erklärt, dass ein Bescheid, ob Vorkaufsrecht oder Ausübung über Auflagen, rechtssicher begründet werden muss. Beides muss rechtssicher begründet werden. Es reicht nicht aus, es nur allgemein festzustellen. Das war die Aufgabe, die die Kammer erledigt hat.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Rem- mel ...

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Um- welt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, Frau Präsidentin, an dieser Stelle möchte ich diesen Vorgang darstellen.

Dann hat die Kammer berichtet, dass die Voraus- setzungen vorliegen zur Ausübung des Vorkaufs- rechtes und/oder für eine Genehmigung mit Aufla- gen. Dann kommt in diesem Fall das Gesetz an der Stelle zum Tragen, wenn gesagt wird: Das muss man mit volkswirtschaftlichen Belangen abwägen. – Genau diese Abwägung hat stattgefunden und hat dazu geführt, eine Genehmigung mit Auflagen zu erteilen.

Das war der ganze Vorgang, um auf dieser Basis auch die Auflagen rechtssicher umsetzen zu kön- nen – nicht mehr und nicht weniger, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Lutz Lienenkäm- per [CDU]: Blutgrätsche!)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Rem- mel, darf ich Sie jetzt unterbrechen und fragen, ob Sie die beiden eingegangenen Zwischenfragen von Herrn Hovenjürgen und Herrn Dr. Papke zulassen möchten?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Um- welt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Kreis

Recklinghausen gegen Ihre Auflagen bzw. die Auflagen, die Sie der Landwirtschaftskammer zur Umsetzung auferlegt haben, klagen wird?

Sind Sie auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Ihre Rechtsposition nach Einschätzung sehr vieler Rechtskundiger eine sehr schwache ist?

Sind Sie auch bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass hier

(Zurufe – Michele Marsching [PIRATEN]: Wie viele Fragen denn noch?)

an dieser Stelle ein Entgegenkommen und ein Kompromiss, so wie ihn die Landwirtschaftskammer ursprünglich angeboten hat, den Weg ebnen würden für eine konfliktfreie Abwicklung dieses Prozesses?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Mir ist bekannt, dass der Kreis Recklinghausen angekündigt hat, seine Rechtsposition wahrzunehmen und gegebenenfalls zu klagen. Zurzeit wird das von uns geprüft. Aber selbstverständlich sind bei uns die Türen offen für Gespräche, um einen Rechtsstreit zu vermeiden. Das ist gar keine Frage. Wenn wir es erreichen können, keinen Rechtsstreit zu führen, bin ich – oder ist die Kammer – dazu sehr gerne bereit.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das war entlarvend!)

Die Gespräche dazu sind für die nächste Woche terminiert. Dann wird man hoffentlich zu einer Verständigung kommen.

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Das war entlarvend!)

– Was war daran entlarvend?

(Lutz Lienenkämper [CDU]: Ich bin die Landwirtschaftskammer!)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Rimmel, Herr Lienenkämper hat sich nicht gemeldet, aber Herr Dr. Papke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen. Ist das auch okay für Sie?

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Herr Minister. Ich möchte Sie fragen, ob Sie bei Ihrer bisherigen Bewertung bleiben, dass Sie persönlich das Projekt newPark für unnötig halten.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz:

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich eine solche Aussage getätigt hätte.

(Lachen von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich halte die Beschlussfassung, die wir im Kabinett getroffen haben, für tragfähig, vier solche Flächen in Nordrhein-Westfalen auszuweisen, auch diese Fläche.

Ich respektiere selbstverständlich – und habe das in die Abwägung einzubeziehen – die entsprechenden Regionalplanentscheidungen, die vorhanden sind, und selbstverständlich auch die Planungen des Kreises Recklinghausen.

Insofern hoffe ich, das klargestellt zu haben, wenn da Irritationen entstanden sind. Ich stehe zu den Beschlüssen des Kabinetts und zu den Aktivitäten der Landesregierung.

Gleichwohl bin ich zuständig für die Ausübung des Grundstücksverkehrsgesetzes und hier üben wir die Rechts- und Fachaufsicht aus. Ich finde, in einem Rechtsstaat ist es auch völlig selbstverständlich, dass nach Recht und Gesetz vorgegangen wird.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Mich hat Ihre persönliche Bewertung interessiert, Herr Minister!)

– Ich habe dazu eben Ausführungen gemacht und habe meine persönliche Bewertung insofern erweitert, dass ich auf andere Flächen hingewiesen habe, die man, wenn es um normale Industrieansiedlungen geht, nicht um großflächige – dafür haben wir nur wenige Flächen im Angebot –, bitte auch beachten möge, wenn es um die Beschreibung der Situation, der Angebote, der Möglichkeiten, die Nordrhein-Westfalen bietet, geht. Darum habe ich eben geworben und auch hier an dieser Stelle noch einmal.

Herr Hovenjürgen, ich möchte noch auf einen Aspekt kommen, den Sie in anderem Zusammenhang immer wieder in der Diskussion eingepflegt haben. Das ist die Frage, wie wir mit Ausgleichsflächen umgehen. Da steht in den entsprechenden Ausführungen: Nach Möglichkeit soll auf eine entsprechende zweite Belastung der Landwirtschaft verzichtet werden, und es soll wirtschaftlich zumutbar sein.

Im Übrigen möchte ich darauf verweisen, dass Sie selbst einen solchen Vorschlag gemacht haben. Es wäre schön gewesen, wenn Sie das dem Parlament auch offenbart hätten. Ich zitiere aus einem Schreiben aus dem Jahre 2012, in dem Sie Landrat Süberkrüb antworten:

„Ich teile Ihre Einschätzung, dass wir durch vorhandene Altstandorte auch im Kreisgebiet die Möglichkeit besitzen, Flächenfraß zu verhindern.“

Ist das etwas anderes als zu versuchen, auf anderen Flächen den Ausgleich vorzunehmen, wie es in

der Auflage steht? Wir haben also nichts anderes getan als das, was Sie schon 2012 vorgeschlagen haben, entsprechend umzusetzen.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Am Ende der Debatte möchte ich Sie als Fraktion und Sie, Herr Hovenjürgen, persönlich gerne bitten, in der Frage der landwirtschaftlichen Flächen nicht weiter zu heucheln und Bigotterie zu betreiben.

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer ist denn der größte Heuchler? – Zuruf: Unparlamentarisch! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Hovenjürgen, ich kann mich daran erinnern ...

(Zurufe von der CDU)

– Lassen Sie mich das doch ausführen! – Ich kann mich daran erinnern, dass es 2012 eine Initiative des Deutschen Bauernverbandes gegeben hat, die sich „gegen den Flächenfraß“ – wörtlich – eingesetzt hat.

(Zuruf Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich möchte diese Initiative verlesen, damit klar ist, worüber wir reden. In einer Petition an den Deutschen Bundestag heißt es:

„Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass auf gesetzlichem Wege landwirtschaftliche Nutzflächen als unvermehrte Produktionsgrundlage zur Ernährung und für nachwachsende Rohstoffe geschützt werden. Ferner möge der Deutsche Bundestag die Bundesregierung beauftragen, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den Flächenverbrauch durch Überbauung sowie durch Ausgleichsmaßnahmen zu reduzieren.“

Diese Petition hat über 200.000 Unterschriften bekommen und ist im Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit den Stimmen – man höre – der CDU/CSU, der SPD und der FDP angenommen worden. Außerdem ist diese Petition von sehr vielen Bundestags- und Landtagsabgeordneten unterschrieben worden: unter anderem aus Nordrhein-Westfalen, unter anderem aus Ihrer Fraktion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Es wäre redlich, wenn Sie heute sagen würden, wer damals diese Petition unterschrieben hat.

Damals habe ich das Anliegen geteilt, aber ich habe die Petition nicht unterschrieben. Ich sage Ihnen auch, warum ich das nicht getan habe. Denn darin war zum einen die Forderung enthalten, dass landwirtschaftliche Flächen zukünftig nicht mehr für Ausgleich zur Verfügung stehen, und zum Zweiten war ausgeführt,

(Zuruf von der FDP)

dass zukünftig Industrieflächen nicht mehr zur Verfügung stehen sollen, jedenfalls nicht in diesem Maße. Deshalb habe ich mich im Gegensatz zu Ihnen und Ihrer Fraktion dagegen entschieden, diese Petition zu unterschreiben. Das gehört zur Redlichkeit, das an dieser Stelle zu sagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Minister Remmel hat die Redezeit der Landesregierung um eine Minute 25 Sekunden überzogen. Diese Zeit bekommen die Fraktionen selbstverständlich zusätzlich. Bei denen, die selber ordentlich überzogen haben, gibt es diese eine Minute 25 Sekunden trotzdem.

Der nächste Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Römer, der damit allerdings zwei Minuten 25 Sekunden Redezeit hat.

Norbert Römer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren von CDU und FDP, ich kann verstehen, dass Sie den kleinsten Hoffnungsschimmer, es könnte Streit in unserer Koalition geben, wie einen Strohalm ergreifen –

(Christof Rasche [FDP]: Eine Blutgrätsche gehört bei Ihnen jeden Tag dazu!)

in der Hoffnung, damit aus Ihrem tristen, trostlosen Oppositionsdasein erlöst zu werden. Aber ich muss Sie enttäuschen. Diese Koalition arbeitet gut zusammen und wird weiter gut zusammenarbeiten.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie wird vor allen Dingen, meine Damen und Herren von der Opposition – da bin ich sehr zuversichtlich und sicher –, nach der nächsten Landtagswahl weiter gut zusammenarbeiten, weil wir gute Arbeit für die Menschen in unserem Land machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Als jemand, der im Kreis Recklinghausen groß geworden ist und immer noch da wohnt, kenne ich die Entwicklung von newPark sehr genau. Zu dem Thema, das hier so viele Wellen geschlagen hat, sage ich Ihnen Folgendes:

Wir haben uns in der Koalition selbstverständlich damit auseinandergesetzt. Das ist auch überhaupt nicht verborgen geblieben; das haben wir auch eingeräumt. Denn es gibt sowohl in meiner Fraktion regionale und persönliche Betroffenheiten an diesem Punkt – Hans-Peter Müller hat das gerade ausgedrückt – als auch beim Koalitionspartner. In unterschiedlicher Weise werden wir diese persönlichen und regionalen Betroffenheiten immer wieder zusammenführen.

Deshalb, meine Damen und Herren, lassen Sie sich eines sagen: Die Entwicklung von newPark wird von dieser Landesregierung, von dieser Koalition nicht nur nicht behindert, sondern aktiv unterstützt werden. Das wissen wir, das wissen Sie, und deshalb brauchen Sie keine Hoffnung zu haben,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

uns an diesem Punkt auseinandertreiben zu können.

Ihnen, Herr Wüst, wollte ich damit gleichzeitig sagen: Lassen Sie es sein! Solche Angebote von Ihnen können wir leider nicht annehmen, weil Sie kein ernsthafter Partner wären und vor allen Dingen kein Partner, mit dem man die Zukunft dieses Landes erfolgreich gestalten kann.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Hovenjürgen für eine Minute 25 Sekunden das Wort.

Josef Hovenjürgen (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Rimmel, von Redlichkeit zu sprechen – und das aus Ihrem Munde –, dann wird man wirklich schwindelig.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ihr Ministerium forciert den Verbrauch von landwirtschaftlich genutzter Landschaft. Sie sind für massenhaften Entzug landwirtschaftlicher Fläche für landwirtschaftliche Betriebe verantwortlich. Das ist an dieser Stelle Ihre Verantwortung – und niemand anderes Verantwortung.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Und was Herrn Römer angeht: Ja, Herr Römer, Sie kommen aus der Region und kandidieren in Soest. Insofern glaube ich, dass die enge Verbundenheit offensichtlich doch nicht so gegeben ist. Sonst hätten Sie ein anderes Engagement für die Region an den Tag gelegt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Ellerbrock ebenfalls 1 Minute und 25 Sekunden.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern wurde deutlich gesagt, die Ministerpräsidentin würde weltweit für den Standort newPark werben. Leider ist sie heute nicht hier.

Zweitens habe ich von der Landesregierung nichts darüber gehört, welche Konsequenzen sie aus die-

ser unwürdigen Diskussion um newPark zieht. Wie stehen Sie dazu, solche Flächen verfügbar zu machen? Wie stehen Sie dazu, Ausgleichs- und Ersatzflächen im Bestand kalkulierbar zu machen und nicht immer weiter einen Beitrag zum sogenannten Flächenfraß zu leisten?

Dazu haben wir nichts gehört. Das ist ein Zeichen dafür: Hier gibt es Formelkompromisse: Brot für Steine – wie der Kollege Wüst es dargestellt hatte. Das ist Konsens bis zum Nonsens.

Ich lerne eines: Verfügbarmachen von newPark bedeutet Pachtzeiten verlängern. Das ist unwürdig! – Danke schön.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellenden Fraktionen CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 16/9581**. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind CDU- und FDP-Fraktion. – Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Piraten. – Möchte sich jemand enthalten? Das ist nicht der Fall. Damit ist dann mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Antrag **abgelehnt** und ich schließe Tagesordnungspunkt 2.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3 Halbjahresbericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens jährlich einmal mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis im Haus erteile ich der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Frau Kollegin Klöpfer, zu einem Halbjahresbericht das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Klöpfer.

(Unruhe)

– Kommen Sie ruhig schon einmal ans Redepult. Nach der Debatte werden sicherlich einige erst noch einmal hinausgehen. So lange warten wir am besten. Sie entscheiden, wann Sie beginnen möchten, wann Ihnen der Lärmpegel angenehm ist.

Rita Klöpfer (CDU): Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Man sagte mir gerade, ich könne entscheiden, wann der Lärmpegel hier etwas heruntergegangen ist, damit man dann auch weiterreden kann. Schönen Dank für all diejenigen, die sich auf den Weg machen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie, wie gesagt, herzlich begrüßen und Ihnen vielleicht einmal eine ganz andere Seite des Parlamentes zeigen als die, die Sie gerade hier erlebt haben.

Es gibt einen klugen Satz. Dieser Satz stammt von dem uns allen bekannten großen Schriftsteller Kurt Tucholsky. Er beinhaltet die Frage: Wie sprechen Menschen eigentlich miteinander? Wie sprechen Menschen mit Menschen? – Und dann kommt seine Antwort: „Aneinander vorbei.“ – Diese Aussage scheint in der heutigen Zeit nach meinem Dafürhalten in dem so viel zitierten sogenannten Kommunikationszeitalter eigentlich noch bedeutender geworden zu sein als zu Lebzeiten des deutschen Publizisten.

Ich sehe genau an dieser Stelle eine Verbindung zu unserem Petitionswesen. Der Petitionsausschuss stößt in seiner Arbeit zunehmend auf mehr Missverständnisse – Missverständnisse zwischen Staat und Bürger, Staat und Menschen, Behörden und Menschen. Und überhaupt gibt es Missverständnisse, die auch die Bereitschaft nicht hergeben, Probleme in einem normalen Gespräch überhaupt einmal zu lösen. Diese Bereitschaft hat immer mehr abgenommen.

Es verwundert mich eigentlich sehr, dass trotz unzähliger Informationen durch Broschüren, Flyer, Internetseiten und Medien in den konkreten Situationen – oft in entscheidenden Situationen – das Verständnis für die Sorgen der anderen fehlt. Von einigen Sorgen bezüglich dieser Situationen möchte ich Ihnen gleich berichten.

Zunächst gebe ich Ihnen eine statistische Information weiter. Dieser Bericht umfasst das zweite Halbjahr 2014. Hier haben den Ausschuss rund 2.000 Eingaben erreicht. In der gleichen Zeit wurden auch schon 1.700 Petitionen erledigt. Davon hat der Ausschuss 200 Eingaben – ich betone: 200 – im Verfahren nach Art. 41a der Landesverfassung behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich betone das aus einem bestimmten Grund. Ich erlaube mir, Sie, die Sie hier im Parlament sitzen, an eine Rede des Vizepräsidenten a. D. Dr. Hans-Ulrich Klose zu erinnern, der bei der Gedenkfeier zu Ehren von Dr. Wilhelm Lenz am vergangenen Mittwoch in seiner Zeitzeugenschilderung die so wichtige Position des Petitionsausschusses als ein besonderes Kontrollorgan erwähnte. Und er schildert die Debatte zur Einfügung des Art. 41a, den ich eben erwähnte, in die Landesverfassung deutlich. Sein letzter Satz – ich zitiere jetzt mit dem Einverständnis der Präsidentin, wenn ich darf – war: „Davon war hier niemand begeistert im Übrigen.“ – Das andere hat er offengelassen.

Das stimmt, man war nicht begeistert, und trotzdem hat man es getan. Man hat den Art. 41a in die Landesverfassung aufgenommen – und somit dem Pe-

titionsausschuss eine Stärke gegeben, die er davor niemals hatte. Für dieses Handeln und für diesen Mut, meine Damen und Herren, können wir unseren Vorvätern heute sehr dankbar sein.

Denn die Eingaben, zu denen der Ausschuss ein Verfahren nach Artikel 41a der Landesverfassung einen Erörterungstermin durchführt – Sie müssen sich das so vorstellen: alle an einem Tisch, und wir versuchen eine Kompromisslösung hinzubekommen –, haben eine höhere Erfolgsbilanz. Dort gab es immerhin in 42 % der bisweilen schon abgeschlossenen Fälle einen positiven Ausgang, weil die Menschen aufeinander zugehen, wenn sie nahe zusammen sind.

Die einzelnen Ergebnisse dieser Prüfungen und die ausführliche Statistik möchte ich jetzt nicht vortragen, aber ich möchte sie Ihnen gerne als Anlage des schriftlichen Berichtes an die Hand geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen steht mit seinem Petitionsausschuss richtig gut da.

(Beifall von allen Fraktionen)

Das muss man sagen. Das kann ich belegen. Das ist eine Erkenntnis, die immer mehr zum Tragen kommt.

Hier arbeiten 25 Abgeordnete aller Fraktionen und das Petitionsreferat, die Verwaltung dazu, mit viel Herzblut absolut vertrauensvoll zusammen. Das ist nicht üblich. Für mich ist das etwas absolut Dankenswertes. Jetzt können Sie einmal klatschen.

(Beifall von allen Fraktionen)

Für andere ist es etwas ungewöhnlich, aber für uns ist das eine normale Arbeitsweise. Es ist eine Arbeitsweise, deren Vorteile wir immer erkennen, wenn wir uns in regelmäßiger Folge mit den Ausschüssen des Bundes und der Bundesländer wegen der Handhabung der Petitionen austauschen. Die haben diesen 41a-Erörterungstermin nicht zur Verfügung und können natürlich nicht das bewegen, was wir als Ausschuss des Landes Nordrhein-Westfalen bewegen können. Die Übereinstimmung in unserem Ausschuss, alles für den Petenten zu tun, was möglich ist – natürlich vor geltendem Recht –, ist die Grundlage unserer guten Zusammenarbeit.

Nun zu den Petitionen: Die meisten Petitionen erreichen uns aus dem Bereich Soziales. Seit langen Jahren erhalten wir beständig viele Eingaben zu Fragen der Sozialhilfe, der Arbeitsförderung, des Gesundheitswesens, der Krankenversicherung und zur Rente und Pflege. Aber genauso gut ist der Bereich Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt vertreten. Eine sehr hohe Zahl von Petitionen haben wir aus dem Themenfeld Polizei und Ordnungswesen und zu bestimmten Bereichen der Hundesteuer und der Hunderassenliste.

Seit geraumer Zeit können wir aber auch eine deutliche Steigerung der Eingänge zu Fragen des Ausländerrechtes verzeichnen. Diese Tendenz hält weiter an. Der Ausschuss richtet sich darauf ein, angesichts der vielen Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, in der nächsten Zeit hier einen wichtigen großen Schwerpunkt in seiner Tätigkeit zu setzen. Auch hierzu wieder der Hinweis auf die statistischen Zahlen in der Anlage.

Verehrte Zuhörer, jeder von uns hat bestimmt schon einmal in irgendeiner Form erlebt, wie es ist, ungerecht behandelt zu werden. Jeder kennt mit Sicherheit auch das befreiende Gefühl, wenn man Menschen findet, die bereit sind, in manchmal verzweifelten Situationen behilflich zu sein. Daher ist es uns im Ausschuss wirklich wichtig, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen informiert darüber sind, dass es diese Hilfestellung in diesem Parlament gibt.

An der Stelle bitte ich Sie alle – auch auf den Rängen – herzlich um Ihre Mithilfe. Wenn Sie bei irgendeinem Gesprächspartner, der sich in Not befindet, einmal erkennen, dass eine Petition, ein Schreiben an den Petitionsausschuss helfen könnte, Sie aber nicht ganz sicher sind, trauen Sie sich einfach, sprechen Sie uns an. Wir werden darüber reden.

Die Mitglieder des Petitionsausschusses bemühen sich ständig darum, das persönliche Recht auf Hilfeleistung für den einzelnen Bürger, das hergeleitet wird aus dem Art. 17 des Grundgesetzes, in die Tat umzusetzen.

Wir möchten, dass mehr Menschen das Vertrauen finden, sich mit ihren Sorgen und Nöten unmittelbar an das Parlament, also an die politischen Vertreter, zu wenden. Wir beschränken uns nicht auf reine Prüfverfahren, sondern wir nutzen auch ungewöhnliche Wege. So wie zum Beispiel im Herbst in zwei öffentlichen Sprechstunden am Sitz des Landtages. Hier standen die Mitglieder des Ausschusses den Fragenden als Ansprechpartner über mehrere Stunden zur Verfügung.

Wir nutzen auch die Medien. In der Vergangenheit hatte der Ausschuss – wir haben schon oft darüber berichtet – schon mit vielen Zeitungen per Telefon Aktionen durchgeführt. Dieses Mal hatten wir die Möglichkeit, in Kooperation mit der „Westdeutschen Zeitung“ – der „WZ“ in Düsseldorf – eine Telefonkonferenz durchzuführen. Fünf Mitglieder des Ausschusses waren zu Gast in der Redaktion und standen über mehrere Stunden für telefonische Fragen der Leserinnen und Leser zur Verfügung.

Von dieser Stelle noch einmal unseren herzlichsten Dank an die „WZ“, die diese Aktion frühzeitig in ihrer Zeitung angekündigt hatte und uns auch während der Arbeit an diesem Tag sehr gut begleitete. Noch einmal: Danke schön!

(Beifall von allen Fraktionen)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen heute schwerpunktmäßig über einige Themen berichten, die den Petitionsausschuss in verschiedener Hinsicht besonders beschäftigen – nicht nur im Berichtszeitraum, sondern auch schon in den früheren Jahren.

Ganz natürlich nehmen wir es alle entgegen, dass morgens der elektrische Wecker oder das Licht, der Toaster oder die Kaffeemaschine funktionieren. Erst wenn wir einmal vom Strom abgeschnitten wären, würden wir bemerken, wie selbstverständlich das alles für uns geworden ist. Tatsächlich müssen diese Situationen aber immer mehr Menschen in unserem Lande erleben. Man spricht hier von einer Energiearmut.

So war es in dem Fall der alleinerziehenden Mutter Frau H. mit vier teilweise jugendlichen Kindern. Frau H. erhielt Arbeitslosengeld II. Darin sind bekanntlich die Kosten des Stroms und der Heizung als Mietkosten in den Kosten der Unterkunft enthalten.

Bislang waren Zahlungen immer sofort vom Jobcenter an die Stromanbieter von Frau H. geleistet worden. Dann aber blieben aus unerklärlichem Grund die Zahlungen an die Stadtwerke aus, und die offenen Rechnungen türmten sich bei Frau H. Der Stromversorger reagierte daher mit Stromabschaltung.

Frau H. war verzweifelt. Sie gestand dem Petitionsausschuss, dass ihr die Dinge nun langsam über den Kopf gewachsen seien. Sie hat sich dafür geschämt, dass sie sich wieder ans Jobcenter hätte wenden und noch einmal über diese Sache hätte reden müssen. Aber weder beim Jobcenter noch beim Stromversorger war sie gemeldet. Sie hat keine Zeichen mehr gegeben.

Aus diesem Grund kam es zu einer Kettenreaktion. Ihr Lebensgefährte und zwei Kinder waren ausgezogen, Frau H. sollte Unterlagen beim Jobcenter nachreichen. Das war eigentlich ein Glück; denn dieser Forderung war sie zunächst nicht nachgekommen, und das hatte letztendlich dazu geführt, dass das Jobcenter erst einmal die Leistungen eingestellt hat. Aber aufgrund der Petition, im Rahmen derer mit allen gesprochen wurde, wurde dem Stromanbieter die persönliche Situation der Petentin und ihrer Kinder bekannt. Die Stromabschaltung wurde aufgehoben, und das Jobcenter nahm sofort die Bearbeitung der liegen gebliebenen Unterlagen auf. Die Zahlungen wurden ausgeführt, und für die Begleichung der bestehenden Schulden, die sich angehäuft haben, wurde Ratenzahlung vereinbart. Der Fall war gelöst.

In einem Fall wie diesem war der Petitionsausschuss als Mediator tätig. Er konnte die Petenten ins Sachen Jobcenter und Stromversorgung unterstützen. Er redete aber auch Klartext mit den Petenten, sich doch sorgfältiger um die einzelnen Angelegenheiten zu kümmern.

Zum Thema „Strom“ erreichten uns auch Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, die eine falsche Abrechnung ihrer Strom- und Heizkosten beklagten. Man wird sich dessen erst bewusst, wenn man in die Akten schaut. Tatsächlich musste der Petitionsausschuss im Falle eines kommunalen Anbieters tätig werden, da dort aufgrund eines Softwarefehlers hundertfach fehlende und falsche Jahresabrechnungen zu beklagen waren.

Zwei Jahre nach Bekanntwerden waren immer noch nicht alle Fälle gelöst, und Nachfragen wurden auch nicht beantwortet. Infolge der Intervention des Petitionsausschusses entschuldigte sich das Unternehmen bei den Petenten und schuf endlich Abhilfe.

Anmerken möchte ich, dass so manche Kommune und mancher Stromanbieter die Auffassung vertreten, der Petitionsausschuss könne sich nicht mit diesen Themen beschäftigen. Man sei schließlich ein Unternehmen und keine Behörde. Einladungen müsse man nicht folgen, Briefe müsse man nicht beantworten.

Aber ich darf Ihnen versichern: Eine Flucht in das Privatrecht, also eine Flucht vor dem Petitionsausschuss, gelingt nicht.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE] und
Nicolaus Kern [PIRATEN])

Wir werden uns im Rahmen unserer Befugnisse immer wieder einmischen. Das kann ich im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ohne Weiteres versichern.

Zum Thema „Schule“. Auch dieses Thema beschäftigt den Ausschuss seit Langem. Es geht dabei um viele Dinge, beispielsweise Unterrichtsausfall, Schülerfahrtskosten, Lehrerstellen und Inklusion. Das Themenspektrum reicht vom Umgang mit der Nachmittagsbetreuung bis zur Zusammenlegung von Grundschulen und dergleichen mehr.

Im Oktober erschien in der Bürgersprechstunde im Landtag ein Vater, der Hilfe für seine Tochter suchte. Die Familie stammt aus Afghanistan und lebt bereits seit vielen Jahren hier in Deutschland. Das Anliegen des Herrn F. war denkbar einfach wie ungewöhnlich: Seine zwölfjährige Tochter leidet unter Epilepsie und einer Entwicklungsstörung. Daher war bei ihr ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt worden.

Herr F. hatte aber auch vom Recht auf Inklusion gehört und wollte die Chance nutzen, seine Tochter an einer regulären Schule anzumelden. Da von den Behörden keine passende Schule gefunden wurde, nahm seine Tochter auch nach den Sommerferien an keinerlei Unterricht teil. Ohne Platz an einer Schule musste sie einfach zu Hause bleiben. Undenkbar bei Schulpflicht! Dadurch – ihre Geschwister gingen natürlich zur Schule – hatte sich ihr seelischer Zustand bereits so verschlechtert, dass sie sich ausgegrenzt fühlte.

Die Familie bat den Petitionsausschuss um Unterstützung, da die Angelegenheit trotz Schulpflicht – das betone ich noch einmal – bei den Behörden anscheinend überhaupt keinen Fortgang nahm. Sie befürchteten, dass ihre Tochter den schulischen Anschluss verlieren würde und auch nicht mehr in den Klassenverband einzugliedern sei.

Durch einige wenige Telefonate konnte der Petitionsausschuss die Angelegenheit klären. Eine Schule war nämlich bereits gefunden, aber man hatte versäumt, der Familie dies mitzuteilen – trotz Schulpflicht. Die Nachfragen des Vaters bei verschiedenen Stellen waren auch nicht weitergeleitet worden. Das Ganze war also ein Missverständnis mit schweren Folgen, die wir schnell klären konnten. Darauf sind wir stolz. Wenige Tage später konnte das Mädchen endlich mit seinem neuen Schulranzen zur Schule gehen und stolz den Schulalltag bewältigen.

Ein weiterer Fall aus dem Schulrecht hat uns sehr nachdenklich gestimmt. An uns gewandt hatte sich Herr L., ein Lehrer bosnischer Abstammung. Er war seit annähernd neun Jahren hier in Nordrhein-Westfalen an verschiedenen Schulen als Vertretungskraft mit insgesamt 23 befristeten Arbeitsverträgen tätig. Nun wünschte er sich eine unbefristete Anstellung an einer Gesamtschule, für die er in den letzten Jahren immer wieder tätig war. Auch die Schule wünschte sich dies, insbesondere weil es in dem schwierigen Stadtteil, in dem sie liegt, einen hohen Migrationsanteil gibt, der Petent ebenfalls Migrationshintergrund hat und von daher hervorragende Arbeit leisten kann; er war überall anerkannt.

Eine unbefristete Beschäftigung schien dann zu scheitern, da Herr L. in den Jahren 2009 und 2010 eine Unterbrechung von anderthalb Jahren vorgenommen hatte, um seine Doktorarbeit zu beginnen. Diese Pause in den vielen Aushilfsverträgen drohte ihm nun zum Verhängnis zu werden.

Der Ausschuss nahm sich der Sache an und führte eine Erörterung mit dem Schulministerium und den Schulaufsichtsbehörden durch. Dort diskutierten wir verschiedene Möglichkeiten, um ihm zu helfen, und fanden tatsächlich Lösungswege.

Zugleich – das ist die Besonderheit – hat der Petitionsausschuss diesen Fall dem Schulausschuss überwiesen. Denn es ist ein gutes Beispiel für eine Petition, die aus Sicht der Mitglieder des Petitionsausschusses weiteren Regelungsbedarf auslöst. Die Landesregierung wurde daher auch aufgefordert, ihre Grundsätze für den Umgang mit diesen Kettenverträgen bei Lehrerinnen und Lehrern zu überprüfen.

Das Baurecht sollte auch nicht fehlen. Mit zwei Fällen aus dem Baurecht möchte ich Ihre Aufmerksamkeit in eine andere Richtung lenken.

Der eine Fall ist exemplarisch für viele Fälle in Nordrhein-Westfalen. Es handelt sich um das Problem

der Wochenendhäuser, die von den Eigentümern zum dauerhaften Wohnen genutzt werden. Dies geschieht gar nicht so selten. Die Petentinnen und Petenten wohnten schon seit langen Jahren dauerhaft in einem solchen Gebiet in der Eifel und baten nun um die Hilfe des Ausschusses.

In den 50er-Jahren waren die Grundstücke als Bauplätze verkauft worden. Man hatte dort insgesamt sieben kleine Häuser errichtet, diese erschlossen, und über Jahrzehnte wurde das dauerhafte Wohnen dort geduldet. Die Anwohner begannen im Laufe der Jahre, die Gebäude instand zu halten, aber auch Änderungen – na ja – entsprechend des allgemeinen Lebensstandards vorzunehmen. Es wurden kleine Anbauten, Terrassen, Wintergärten gebaut und viel Zeit und Mühe, aber auch viel Geld investiert. Umso erschrockener waren und reagierten die Bewohner des Kleingebietes, als sie erfuhren, dass ein dauerhaftes Wohnen dort nicht zulässig sei und die Behörden die zeitnahe Räumung und den Abriss der Gebäude forderten.

Die ganze Situation wurde daher in einem Termin vor Ort untersucht und besprochen. Letztlich konnte der Ausschuss mit allen Beteiligten nur Rahmenbedingungen aushandeln, in denen sich jeder Hauseigentümer um eine eigene, individuelle Lösung mit der Kommune bzw. mit dem Kreis kümmern konnte. Letztlich hat der Petitionsausschuss aber durch dieses gute Gespräch geholfen, gemeinsam eine Lösung zu finden. Alle sind zufrieden und können so, wie sie entschieden haben, leben. Das war ein sehr guter Erfolg, der vielen dort geholfen hat.

In dem zweiten Fall war der Petitionsausschuss fast nur Mediator. Es war ein Fall aus dem Baurecht in einer berühmten Gegend in NRW, am Siegfriedfelsen in Bad Honnef-Rhöndorf, einem Ausläufer des Drachenfelses. Sie haben bestimmt darüber gelesen. Dort am Berg hatten sich Steine bewegt und einen Steinschlag ausgelöst, teilweise mit bis zu 2,5 t schweren Brocken, was die Behörden natürlich veranlasst hat, die dort befindlichen Weinberge zu sperren. Zu gefährlich war der Aufenthalt dort.

Zwei völlig gegenläufige Wünsche in zwei Petitionen erreichten nun den Ausschuss zu diesem Ereignis. Zum einen meldeten sich die Winzer. Denn es gibt in der Steillage des Berges nordrhein-westfälischen Weinanbau. Für die Winzer kam das Betretungsverbot einem Ernteverbot gleich, denn die Weinlese stand kurz bevor. Zum anderen meldete sich der Heimat- und Bürgerverein, da auch der beliebte Wanderweg am Siegfriedfelsen entlang mit einem wunderbaren Ausblick auf das Rheintal der Sperrung zum Opfer gefallen war.

Der Petitionsausschuss hat sehr schnell erkannt, dass eine Lösung nur vor Ort gefunden werden konnte, und führte mehrere Ortstermine durch. Er traf dort die betroffenen Winzer und Mitglieder des Heimatvereins sowie Vertreterinnen und Vertreter zahlreicher Behörden, denn dieser Fall betraf auch

mehrere Rechtsgebiete. Alle saßen an einem Tisch: Arbeitsschützer, Geologen, Bürgermeister der Kommunen und Juristen aus den Behörden, Winzer und Wanderer. Hier galt es, viele Interessen unter einen Hut zu bringen. In einem schmalen Kellerraum, weil keine andere Möglichkeit in dieser Stadt bestand, saßen alle an einem Tisch, um dann nach Art. 41a den Versuch zu unternehmen, zu einer Lösung zu kommen.

Schnell zeigte sich, dass nur eine kostspielige Sicherungsmaßnahme in Form eines Fangzauns das gefahrlose Betreten der Wirtschafts- und Wanderwege wieder möglich machen würde. Aber dann entbrannte erst die Auseinandersetzung um die Finanzierung dieses notwendigen Schutzzauns.

Doch letztendlich: Reden hilft! Eine Aufteilung der Kosten zwischen vielen Beteiligten brachte dann zähneknirschend eine Lösung. Das Land erklärte sich bereit, den größten Finanzierungsteil der dauerhaften Sicherung zu übernehmen, die NRW-Stiftung brachte sich finanziell ein, die restliche Summe wurde zwischen den beiden Kommunen und dem Kreis sowie dem gemeinnützigen Heimatverein als Eigentümer der Grundstücke rund um den Felsen aufgeteilt.

Der Ausschuss hat allen Beteiligten ausdrücklich für ihr Entgegenkommen gedankt, vor allem, weil es trotz erheblich voneinander abweichender Auffassungen über die Zuständigkeit für die Errichtung eines solchen Zauns gelungen ist, verschiedene Akteure zu einer gemeinsamen Anstrengung zu motivieren, und das auf einmal sehr schnell und wirklich auch überzeugend. Der Weinberg und einige der Wege konnten auf diese Weise wieder ihrem Zweck übergeben werden.

Leider konnten nicht alle Ziele erreicht werden, denn es bleibt bei der Sperrung eines Teilstücks des Weinbergs Nr. 2. In dieser Frage hat sich der Ausschuss jedoch bei der Gefahrenbeurteilung auf die Einschätzung der entsprechenden Spezialisten verlassen und ist daher davon ausgegangen, dass das Ziel „unbeeinträchtigte Wanderwege“ mit zumutbarem Aufwand leider nicht zu verwirklichen war.

Wie steht hier so schön: Das ist leider ein Tropfen Wasser im Wein vom Siegfriedfelsen. Das hat uns leid getan, aber das war nicht zu machen.

Meine Damen und Herren, dies sind nur einige wenige Petitionen aus der großen Vielfalt von Problemstellungen, mit denen wir uns beschäftigen. Viele Fälle und Schicksale wären es wirklich wert, alle hier berichtet zu werden.

Bewusst an den Schluss meines Berichtes habe ich aber ein Thema gestellt, bei dem die Erkenntnisse aus mehreren Petitionen aus dem Jahre 2014 wohl in den nächsten Monaten und Jahren hier noch eine große Rolle spielen. Es geht um den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen, die völlig alleine ohne

ihre Eltern den Weg zu uns nach Deutschland gefunden haben.

Kaum jemand aus den heutigen Generationen vermag sich vorzustellen, was Flucht und Vertreibung für Kinder und Jugendliche bedeuten. Daher haben wir uns auch wirklich sehr intensiv speziell mit den Eingaben beschäftigt, die die Methoden zur Feststellung des tatsächlichen Lebensalters dieser jungen Menschen kritisieren.

Der eine oder andere hat vielleicht noch gar nichts davon gehört: minderjährig oder volljährig? Minderjährig oder volljährig – das ist in der Tat eine Unterscheidung bei der rechtlichen Bewertung, die von Wichtigkeit ist. Ob der Zweck jedoch alle Mittel heiligt, war hier besonders zweifelhaft. Tatsächlich wurden auch in Nordrhein-Westfalen bis vor Kurzem zu diesem Zweck Röntgenaufnahmen als probates Mittel angesehen, um festzustellen: minderjährig oder volljährig?

Die Verhältnismäßigkeit einer solchen radiologischen Belastung im Vergleich zum Erfolg ist jedoch fragwürdig, denn die Treffsicherheit dieser Untersuchungen ist ohnehin sehr gering. Besonders besorgniserregend fand der Petitionsausschuss jedoch, dass einige Ausländerämter eine äußere Anschauung der Genitalien anordneten, um auf diese Weise das Alter der jungen Menschen festzustellen. Eine solche Untersuchung kann das Schamgefühl eines jungen Menschen wirklich zutiefst verletzen – ganz zu schweigen von all dem, was wir alle nicht wissen, was diese Kinder und Jugendlichen schon in den Heimatländern oder auf der Flucht erlebt haben.

Wir im Petitionsausschuss sind erleichtert, dass sich diese Praxis in Nordrhein-Westfalen inzwischen geändert hat. Die Zuständigkeit wechselte von den Ausländerämtern zu den Jugendämtern. Eine zusätzliche Broschüre informierte dann alle beteiligten Behörden über die Alternativen und darüber, wie man sensibilisiert werden kann – ein wichtiger Schritt, denn bei allem Ringen um den richtigen Umgang mit den vielen hier eintreffenden Flüchtlingen müssen wir alle den Aufenthalt der Menschen hier immer menschenwürdig gestalten.

(Beifall von allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Das letzte Wort möchte ich gerne an das Parlament richten. Ich hoffe, ich konnte Sie wieder einmal von der Wichtigkeit der Arbeit des Petitionsausschusses überzeugen. Ich nutze wie immer die Gelegenheit, um die Grundsätze unserer Arbeit hervorzuheben. Wir arbeiten überparteilich, vertrauensvoll, immer einstimmig, nicht öffentlich und kostenfrei zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger, die sich an uns wenden.

Nehmen Sie bitte die Anregungen aus unserem Ausschuss auf und verwenden Sie – da sind wirklich unheimlich wertvolle Erkenntnisse bei – diese

wertvollen Erkenntnisse in Ihrer Arbeit hier im Parlament. Wir denken, so wird die Arbeit des Petitionsausschusses ein Teil der gelebten Demokratie. Es ist von höchster Wichtigkeit, wenn wir die Beschwerden und Anregungen der Menschen zu den Gesetzen, die wir hier gemacht haben, auch wirklich ernst nehmen.

Ich danke Ihnen jetzt fürs Zuhören und für Ihre langjährige Unterstützung unserer Arbeit. Danke für die Aufmerksamkeit auch auf der Tribüne. Bitte sind Sie so nett und nehmen Sie sich eine der ausgelegten Broschüren über den Petitionsausschuss mit! Sie könnten sie noch mal benötigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Vorsitzende Klöpfer. Ich danke Ihnen für den Vortrag, für die eindrucksvollen Beispiele, die deutlich zeigen, dass das, was dieser Ausschuss immer in Überparteilichkeit und mit großem Engagement bearbeitet und zu entscheiden hat, für die Menschen ganz konkret Auswirkungen hat. Das haben Sie eindrucksvoll dargestellt – mit wichtigen Beispielen.

Natürlich berührt uns alle das Beispiel am Schluss noch einmal ganz besonders, weil das das ist, was uns im Moment alle besonders bewegt. Ich danke Ihnen, Frau Klöpfer, als Vorsitzende sehr herzlich für Ihre geleistete Arbeit. Ich danke aber auch – das tue ich hier immer wieder gerne, wenn Berichte vortragen werden – allen Mitgliedern des Petitionsausschusses sowie vor allem auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Landtagsreferates.

(Beifall von allen Fraktionen)

Denn ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – das wissen alle Abgeordneten des Hohen Hauses – wären wir auf uns selbst gestellt und kaum in der Lage, das zu leisten, was wir gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf deren Arbeit basierend, leisten, insbesondere im Petitionsausschuss. Frau Klöpfer weiß das, die Kolleginnen und Kollegen auch. Also: Dank Ihnen allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, weiter zum Wohle wirkend für unsere Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.

Damit sind wir am Ende dieses Punktes und nochmals danke für den Bericht.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

4 NRW braucht ein Landesluftverkehrskonzept!

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/9584

In Verbindung mit:

Stillstand in der Luftverkehrspolitik beenden – NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 endlich fortschreiben

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9599

Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst der Fraktion der Piraten zur Begründung ihres Antrags das Wort. Für die Fraktion spricht Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Besucher hier und am „Jetstream“!

Zum Luftverkehr wende ich mich heute an das gesamte Kabinett. Minister Groschek macht ja beim Luftverkehr eher sein eigenes Ding. Man gewinnt den Eindruck, was im Kabinett keine Mehrheit findet, will er einfach über den Bund durchsetzen und versucht es. Offiziell wartet man so auf das Luftverkehrskonzept des Bundes, welches weit weniger überfällig ist als ein Landesluftverkehrskonzept. Es gibt, glaube ich, keines, was älter ist.

Dabei erzählt selbst Alexander Dobrindt der Presse unter dem Titel „Groschek macht seine Hausaufgaben nicht“: „Wie sich der Flughafen Düsseldorf entwickelt, liegt nicht allein in der Entscheidung des Bundes.“ Dabei liegt es doch im ureigenen Interesse des Landes, selbst aktiv zu werden. Das Land hat doch Ziele.

Die Landesregierung rühmt sich für das Klimaschutzgesetz, aber dann gehört dazu auch ein Landesluftverkehrskonzept. Im LEP-Entwurf werden Ziele genannt, aber in Sachen Luftverkehr stützt sich dieser Entwurf auf die Zahlen aus den 90er-Jahren. Das sind die Daten aus der NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 aus dem Jahr 2000. Weeze ist da noch ein „voraussichtlich frei werdender Militärflugplatz“.

NRW ist das Land mit dem dichtesten Flughafenetz, mit dem größten Ballungsraum, in dem in dichtbesiedeltem Gebiet einer der drei wichtigsten Flughäfen Deutschlands liegt. Ein Land wie Nordrhein-Westfalen muss als Land – nicht hintenherum über Kommissionen – die Verantwortung für seine Menschen und seine Flughäfen übernehmen. Mit seinen Zielen und hohen Anforderungen muss es den Mut haben, voranzugehen und Ansprüche vorzulegen.

Wenn Sie sich im Kabinett nicht für eine Richtung entscheiden können, dann spielen Sie meinetwegen Schnick, Schnack, Schnuck. Aber lassen Sie Ihre Entscheidungsschwäche nicht an denen aus, die endlich eine klare Ansage erwarten.

(Beifall von den PIRATEN)

Das sind sowohl die von Fluglärm und Luftbelastung betroffenen Anwohner als auch die Wirtschaft und die Flughäfen. Dass Sie hier gleich von zwei Anträgen in die Zange genommen werden, sollte Zeichen genug sein. Sicherlich sind die inhaltlichen Forderungen Prioritäten für ein Landesluftverkehrskonzept bei Piraten und FDP gänzlich verschieden. Das werden wir vielleicht noch sehen. Aber wir sind uns einig darüber, dass wir Leitlinien und Klarheit brauchen und dass das Gehopse und Gewarte so jedenfalls niemandem etwas bringt.

Wir sollten offen und transparent über die Aufgaben und Anforderungen sprechen. Da hilft es zum Beispiel nicht, wenn die Landesregierung ständig wiederholt, es gäbe keine Subvention des Landes für die Regionalf Flughäfen. Vielleicht gibt es sie nicht aus dem Landeshaushalt, aber natürlich gibt es Subventionen der öffentlichen Hand, und die gehören auf den Tisch!

(Beifall von den PIRATEN)

Und wenn die von der Gesellschaft getragenen direkten und indirekten Kosten zu hoch sind, dann kann so ein Flughafen nicht erhalten werden. Dann wird auch ein Regionalf Flughafen geschlossen.

Uns ist die Einbindung des Luftverkehrs in ein Gesamtverkehrskonzept wichtig, das alle Verkehrsmittel einbezieht als Teil einer modernen Verkehrswende. Dazu gehört natürlich auch der langfristige und intensive Ausbau alternativer Schienenverbindungen.

In dichten Ballungsräumen darf es keine Nachtflüge geben. Zur Bewertung von Lärm und Schadstoffen sollen die neuesten Erkenntnisse berücksichtigt werden, die dann auch eine standardisierte Bewertung und Vergleichbarkeit garantieren. Zur Vermeidung von Lärm und Schadstoffen müssen in NRW endlich Werkzeuge eingesetzt werden, die spürbare Lenkungswirkung haben, zum Beispiel lärm- und zeitabhängige Gebühren in wirksamer Form.

Wir dürfen nicht das Luxusproblem schöner Slot-Vergaben über die Gesundheit der Menschen stellen. Wer dabei sagt, dass es Gesetzgebern, Exekutive und öffentlichen Anteilseignern, also allen zusammen, nicht möglich sein soll, hier lenkend einzugreifen, der kann sich gleich ganz zurücklehnen. – Leider tun Sie das ja auch.

Die Liste an Maßnahmen, die ich hier aufzählen könnte, ist lang. Herr Klocke, vielleicht ergänzen Sie das noch ein wenig, ansonsten werde ich es später im Ausschuss tun.

Der Landesregierung möchte ich sagen: Denken Sie an Ihre eigenen Ziele, an das Klimaschutzgesetz wie an wirtschaftliche und planerische Ziele, denken Sie an die Flughäfen, die Wirtschaft, die Anwohner und die Politik, die von klaren Ansagen und Regeln des Landes profitieren würden. Und

dann machen Sie es einfach. Formulieren Sie Leitlinien und legen Sie ein Landesluftverkehrskonzept vor! – Danke schön.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Bayer. – Nun begründet Herr Rasche für die FDP-Fraktion die Forderung nach dem neuen Konzept.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP, und das sage ich vorweg, will die Wettbewerbsfähigkeit des Luftverkehrsstandortes Nordrhein-Westfalen stärken. Die Piraten, das haben wir heute gehört, und die Grünen, das hören wir seit vielen Jahren, wollen definitiv das Gegenteil.

Ein kurzer Blick zurück: In den Jahren 2008 bis 2010 haben an diesem Rednerpult – damals noch in der Oppositionsrolle – permanent die Vertreter von SPD und Grünen gefordert, dass das Luftverkehrskonzept Nordrhein-Westfalen fortgeschrieben werden muss, am massivsten in der Intensität war das damals Horst Becker, seinerzeit verkehrspolitischer Sprecher der Grünen. Dann kam, vielleicht etwas plötzlich, die Regierungsübernahme im Jahre 2010, und es gab ein Problem: Wie können sich diese beiden Partner bei diesem Thema einigen, da sie völlig unterschiedliche Ziele verfolgen?

Das Ergebnis dieses Prozesses war, dass die bisherige Position über den Haufen geworfen wurde. Denn plötzlich war überhaupt kein Luftverkehrskonzept in Nordrhein-Westfalen mehr nötig. So kann man auch mit Problemen umgehen, die Nordrhein-Westfalen hat.

Um diese Handlungsunfähigkeit zu vertuschen, wurde einfach gesagt: Die Verantwortung muss zunächst Berlin übernehmen, Berlin muss uns ein Konzept vorgeben.

Meine Damen und Herren, nordrhein-westfälische Interessen müssen – egal wer dort sitzt – von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vertreten werden und nicht aus Berlin. Da haben wir uns schon oft sehr enttäuscht gefühlt, gerade in der Verkehrspolitik, lieber Minister Groschek.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erleben seit fünf Jahren in der Luftverkehrspolitik hier in Nordrhein-Westfalen einen völligen Stillstand. Dabei haben sich die Rahmenbedingungen seit 2000 – da hat der Kollege Bayer recht – wesentlich verändert, aber von der Landesregierung gibt es auf aktuelle Fragen keine Antworten.

Das Einzige, was wir hören und lesen, sind große Widersprüche innerhalb der Koalition, die zudem öffentlich ausgetragen werden. Der Minister will, dass es bei einer dezentralen Luftverkehrskonzepti-

on bleibt; es kann ja auch gar nicht anderes funktionieren. Die Grünen wollen das Gegenteil. Die Grünen wollen das Aus der Flughäfen Paderborn-Lippstadt, Dortmund, Münster Osnabrück und Weeze. Der Minister und übrigens auch wir wollen das Gegenteil.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Bei dieser Luftverkehrspolitik würde sich zudem der Luftverkehr am Flughafen Düsseldorf drastisch erhöhen, aber das wollen die Grünen natürlich auch nicht.

Weiteren Streit gibt es in der Koalition bei der Betriebsgenehmigung für den Flughafen Düsseldorf und beim Nachtflug in Köln.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen braucht endlich Antworten auf diese aktuellen Fragen. Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. Minister Groschek hat gleich die Gelegenheit, die aktuellen Eckpunkte der nordrhein-westfälischen Luftverkehrspolitik der Landesregierung an diesem Rednerpult darzustellen, und ich bin gespannt, wie der Redner unmittelbar vor ihm, Arndt Klocke von den Grünen, agiert. Hat er hier am Rednerpult den Mut, die klaren Positionen der Grünen zu vertreten? Ich bin gespannt.

Je näher der Landtagswahltermin rückt – er ist im Mai 2017 –, desto engagierter arbeiten die grünen Netzwerke in Nordrhein-Westfalen. Davon gibt es verschiedene; in diesem Fall war es der BUND. Er hat ein Konzept vorgelegt – genau, wie es der Politik der Grünen entspricht, und natürlich ist dieses auch mit den Grünen abgesprochen –, und das steht jetzt zur Diskussion. Auch hier müssen sich der Minister und die SPD-Fraktion

(Zuruf von den GRÜNEN)

äußern: Bleiben Sie bei der Position der SPD oder vertreten Sie die Position der Grünen oder geht es weiter mit Stillstand?

Vor einigen Jahren hat hier am Rednerpult Manfred Hemmer gestanden. Er war viele Jahre Vorsitzender des Verkehrsausschusses in Nordrhein-Westfalen und ein aktiver Verkehrspolitiker der SPD. Bei seiner Abschlussrede formulierte er: 4.000 m Lande- oder Startbahn führen in die weite Welt, 4.000 m Straße oder Radweg führen ins Nichts. Das war eine klare Aussage eines Verkehrspolitikers der SPD; da hat sich die SPD noch klar aufgestellt.

Herr Minister Groschek, Sie können uns gleich zeigen – ich freue mich darauf –: Gibt es bei der SPD eine klare Position zur Industrie-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen, oder radeln auch Sie den Grünen hinterher? – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rasche. – Nun spricht für die SPD-Fraktion der Kollege Tüttenberg.

Achim Tüttenberg (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Diese beiden Anträge von der FDP und von den Piraten sind klassische Oppositionsanträge, die zunächst einmal belegen: Ihr Wiedervorlagesystem funktioniert.

(Beifall von der SPD – Zuruf von den PIRATEN: Ja, Gott sei Dank!)

Es ist auch nichts dagegen einzuwenden, das Aufgabenfeld „Luftverkehr“, das nach den turbulenten Diskussionen über den Bundesverkehrswegeplan, über die Straßenzustände und über das Investitionsprogramm des Bundes drohte,

(Zuruf von der FDP: Sie müssen Ihre Reden aktualisieren!)

ein wenig ins Hintertreffen zu geraten, jetzt auf diese Weise zu aktualisieren. Damit hört die Gemeinsamkeit dann aber auch schon auf.

Sie haben es selbst angesprochen. Sie haben mehr oder weniger den gleichen Antrag, aber mit völlig verschiedenen Zielsetzungen gestellt. Eigentlich wollen Sie das Gegenteil von dem, was die Piraten erreichen wollen. Insofern haben wir es zunächst nur mit einer Formalität zu tun und nicht mit Inhalten.

Bei der Kausalkette von Entscheidungen sehen wir eine andere Reihenfolge als sinnvoll an. Straße, Schiene und Wasserstraße haben als bodengebundene Verkehrsträger andere Wirkungen als Ländergrenzen weit übergreifende Wirkungen des Luftverkehrs. Vor diesem Hintergrund ist schlicht und ergreifend – das sagen Ihnen auch alle Experten, heute Morgen wurde es auch noch einmal vorgetragen –

(Zuruf von der FDP: Heute Morgen sprachen wir von der Blutgrätsche der Politik!)

ein nationales Luftverkehrskonzept als konzeptionelle Basis zielführender, als zunächst – in Ihrer Logik – 16 Länderluftverkehrskonzepte, in denen lange vorhandene Standortkonkurrenzen dann eher zementiert als aufgelöst würden. Das ist aber das, was wir erreichen müssen.

Ich füge hinzu: Eigentlich bräuchten wir ein zumindest westeuropäisches Luftverkehrskonzept. Die Kunst ist jetzt – sprich: auch die Hausaufgabe des Bundesverkehrsministeriums –, nicht 16 Länderkonzepte puzzleartig wie einen Flickenteppich zusammenzufügen, weil nämlich die Puzzleteile gar nicht passen, sondern er muss die Konflikte identifizieren und die auflösen, für die es keine Ländergrenzen gibt. Wir haben im Ausschuss noch die Gelegenheit, das zu vertiefen.

Dass Sie nun als Opposition daran erinnern und mahnen, kann ich politisch verstehen. Auffällig dabei ist jetzt, dass von der CDU diesbezüglich nichts gekommen ist, obwohl sie auch zur Opposition gehört. Sonst ist zumindest der Fraktionsvorsitzende doch eigentlich ein Themenuniversalist, aber bei diesem Thema ist Fehlanzeige.

Das Bundeskonzept ist auch angekündigt, das heißt, es soll kommen. Richtig ist, es könnte schneller kommen; wir würden uns das wünschen. Da scheint die Konzentration auf die „Murks-Maut“ oder auch Wahlkampf in Sachen Investitionsprogramm für örtliche CDU-Bundestagsabgeordnete zu viele Kräfte im Ministerium zu binden – an falscher Stelle sage ich allerdings.

Der Bundesverkehrsminister muss jetzt seine luftverkehrspolitischen Hausaufgaben erledigen, bevor 16 Länder sehr viel Aufwand betreiben, zuwiderlaufende Konzepte vorzulegen, und hinterher an vielen Stellen ein Gesichtverlust droht.

(Beifall von der SPD)

Und noch etwas: Insbesondere die Kolleginnen und Kollegen von der CDU hier im Land müssen klar bekennen, für was die CDU in Nordrhein-Westfalen luftverkehrspolitisch steht. Sie werden sicherlich gleich – ich vermute es zumindest, Herr Kollege Vossemer – in gewohnter Weise, wie das auch Ihre Vorgänger getan haben, das hohe Loblied auf die Flughäfen als Jobmaschinen singen, und zum Beispiel insbesondere auch nach dem heutigen parlamentarischen Treffen den Flughafen von Köln/Bonn und dessen Nachtffenheit verteidigen, die Ihr Verkehrsminister Wittke bis 2030 verlängert hat.

(Zuruf von der CDU: Gott sei Dank!)

Die Frage ist aber: Ist das eigentlich auch die Position der CDU Nordrhein-Westfalen? Ich frage Sie das deswegen, weil sich die CDU seit Jahren und Herr Laschet jetzt auch eine stellvertretende Landesvorsitzende leistet, die das Gegenteil sagt und das Gegenteil fordert. Elisabeth Winkelmeier-Becker hat die Kernruhezeit für den Flughafen Köln/Bonn gefordert – auch für den Frachtflug. Das bedeutet ein absolutes Nachtflugverbot. Mehrere von der CDU regierte Kommunen im immerhin größten CDU-Kreisverband von Nordrhein-Westfalen klagen gegen die Betriebsgenehmigung für diesen Flughafen, für den Sie sich wahrscheinlich gleich wieder einsetzen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Deswegen ist die Frage erlaubt und auch erforderlich: Für was steht die CDU hier im Land? Oder ist Ihre Position, dem einen dieses und dem anderen jenes zu versprechen?

Herr Laschet verspricht der Wirtschaft und den Gewerkschaften, die Nachtffenheit des Flughafens zu erhalten, und seine Stellvertreterin verspricht der Lärmschutzgemeinschaft die Kernruhezeit, sprich,

das Nachtflugverbot. Das wäre natürlich auch eine Möglichkeit.

Sie haben gleich Gelegenheit, das aufzuklären. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit bis zur Ausschusssitzung. Bis dahin erwarten wir von Ihnen allerdings Klartext, und zwar in Richtung Minister Dobrindt, Ihrem Unionskollegen, der das überfällige Bundesluftverkehrskonzept vorzulegen hat, und auch in Richtung Ihres eigenen Landesverbandes. Darauf sind wir sehr gespannt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Tüttenberg. – Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Die FDP hat eine Kurzintervention angemeldet. – Herr Kollege Rasche.

Christof Rasche (FDP): Herr Kollege Tüttenberg, Sie haben gerade den Begriff „Klartext“ benutzt. Ich glaube, es gibt kaum einen Punkt, an dem man ihn besser anwenden könnte; denn wenn fünf Jahre lang nichts gemacht wird, ist es richtig, dass man Klartext einfordert.

Sie verweisen in Ihrer Argumentation auf eine Luftverkehrskonzeption, die aus Berlin vorgelegt werden und für das gesamte Land Deutschland gelten soll. Sie vertreten damit auch die Auffassung, dass in dieser Luftverkehrskonzeption des Bundes die Interessen Nordrhein-Westfalens so verankert sein müssen, wie wir das für Nordrhein-Westfalen wollen.

Ich glaube, dass diese Argumentation gefährlich ist; denn diesen Automatismus sehe ich nicht. Die drei großen Player in diesem Bereich – Lufthansa, Flughafen München, Flughafen Frankfurt – bestimmen die Luftverkehrspolitik in Berlin. In all den vergangenen Jahren gingen dabei die Interessen von Nordrhein-Westfalen völlig unter. Ich halte Ihre Vorgehensweise für absolut fahrlässig; denn wenn diese Luftverkehrskonzeption in Berlin einmal besteht, werden wir sie nicht mehr ändern können.

Viel besser ist es, die Ziele von Nordrhein-Westfalen jetzt klipp und klar zu artikulieren, damit es Berlin schwerfällt, die Interessen von Nordrhein-Westfalen zu übergehen. Tun wir das nicht, fallen wir auch in diesem Bereich hinten herunter.

(Beifall von der FDP und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Achim Tüttenberg (SPD): Herr Rasche! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Prinzip ist der Verdacht meines Kollegen Rasche natürlich berechtigt, dass insbesondere das Bundesverkehrsministerium nordrhein-westfälische Interessen sehr gerne vernachlässigt, sodass man deswegen sehr auf der Hut sein muss.

Wenn es so wäre, dass man nicht den Eindruck hätte, in den nächsten Jahren würde ein solches Konzept als Diskussions- und Konzeptgrundlage vorgelegt, dann könnte man sich gegebenenfalls überlegen, sich Ihrer Position anzuschließen. Das ist aber nicht der Fall. Die Vorlage einer solchen Konzeptgrundlage innerhalb eines sehr überschaubaren Zeitraumes ist angekündigt worden. Im Vorfeld eines solch kurzen Zeitraumes mit einem eigenen Konzept aufzutumpfen, hielte ich nicht für sachgerecht.

Ich weiß, dass die Vorlage des Bundeskonzeptes durch eine fachliche Kommission vorbereitet wird, in der die Interessen von Nordrhein-Westfalen geradezu in hervorragender Weise vertreten sind, nämlich dadurch, dass der zuständige Minister des Kabinetts dort mitarbeitet und somit an der Erstellung dieser Vorlage beteiligt ist. Insofern teile ich Ihre Sorge nicht, dass es fahrlässig wäre, eine solche Konzeptgrundlage abzuwarten.

Sobald diese Vorlage vorliegt, werden wir die nordrhein-westfälischen Interessen natürlich sehr intensiv vertreten. Dabei werden wir nicht nur die Belange nordrhein-westfälischer Gesellschaften berücksichtigen – die natürlich auch –, sondern wir haben hier auch einen sehr sorgsamem Abwägungsprozess zwischen den Belangen der Standortlogistik, der Arbeitsplatzsicherheit, dem Arbeitsplatzausbau, aber auch den Belangen der Anwohner in Anflugbereichen – Stichwort: Lärmbelästigung – und den Belangen des Klimaschutzes vorzunehmen.

Das ist eine sehr große Gemengelage, und der werden wir uns sorgfältig stellen, sobald das Konzept vorliegt.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Tüttenberg. – Nun spricht Herr Vossemer für die CDU-Fraktion.

Klaus Vossemer (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Tüttenberg, mein Eindruck von dem Gespräch mit den Experten heute Morgen – daran sehen Sie einmal, wie unterschiedlich die Wahrnehmungen sein können – war eher, dass dort die Einstellung herrscht: besser kein Luftverkehrskonzept als ein grün-rotes. – Aber das ist vielleicht nur eine andere Wahrnehmung.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Eine andere Veranstaltung!)

Sie erinnern mich ein bisschen an Sir Peter Ustinov. Das war ein begnadeter Schauspieler. Darüber hinaus hat Ustinov ein paar sehr kluge Dinge gesagt, zum Beispiel:

„Die Menschen, die etwas von heute auf morgen verschieben, sind dieselben, die es bereits von gestern auf heute verschoben haben.“

Auf das Luftverkehrskonzept der rot-grünen Landesregierung bezogen heißt das: Die rot-grüne Landesregierung, die das Luftverkehrskonzept auf die nächste Wahlperiode verschiebt, ist dieselbe, die sie bereits von der letzten auf die jetzige verschoben hat. – Damit stellt sich in der Tat die berechnete Frage: Wie viele Wahlperioden braucht die rot-grüne Landesregierung eigentlich noch, bis sie hier die Initiative ergreift?

(Bernhard Schemmer [CDU]: Bis sie abgelöst wird!)

Das letzte Luftverkehrskonzept stammt aus dem Jahr 2001 und ist 2010 ausgelaufen. Mit Blick auf die deutlichen Steigerungen im Luftverkehr ist dies ein unhaltbarer Zustand; denn unsere Flughäfen benötigen verlässliche Rahmenbedingungen.

Die rot-grüne Landesregierung hat bis heute kein Luftverkehrskonzept für NRW vorgelegt. Sie hat ihre Weigerung im Übrigen sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Das ist eine Ausrede für die gesamte Wahlperiode, hier nichts zu unternehmen.

Der Luftverkehr hat sich seit 2001 rasant verändert; das hat die FDP in ihrem Antrag betont. Die rot-grüne Landesregierung hat diese Veränderungen um sie herum entweder nicht mitbekommen oder ignoriert. Es stellt sich die Frage, was schlimmer ist: Ignoranz oder die Unfähigkeit, Probleme zu erfassen?

Ohnehin gibt es beim Thema „Luftfahrt“ gar keine rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Es gibt den roten Regierungsteil mit teilweise vernünftigen Ansichten. Dem steht jedoch der grüne Regierungsteil mit Ansichten gegenüber, deren Umsetzung Nordrhein-Westfalen langfristig vom internationalen Luftverkehr abkoppeln würde. Die Folgen für unseren Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wären fatal.

Nordrhein-Westfalen hätte mit einem neuen Luftverkehrskonzept die Chance zur Weichenstellung. Dabei ist ein klares Bekenntnis für die Zukunftsfähigkeit der Luftverkehrsinfrastruktur erforderlich. Dieses Bekenntnis brauchen wir von der gesamten Landesregierung und nicht nur von einem Teil. – Herr Rasche, insoweit bin ich ebenso wie Sie sehr interessiert daran, was uns Herr Groschek gleich hier berichten wird.

Hier wäre – das wäre noch viel besser – ein Machtwort der Ministerpräsidentin gefragt. Erst in der letzten Woche hat Frau Kraft im Sommerinterview auf eine Nachfrage gesagt, dass sie ab und zu einmal mit der Faust auf den Tisch hauen muss. Das wäre hier wieder einmal erforderlich – am besten, auf den Kabinettstisch.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Das fehlende Luftverkehrskonzept schadet nicht nur den großen Drehkreuzen wie Köln und Düsseldorf, dieses Versäumnis schadet auch unseren Regionalflughäfen. Würde ein aktuelles Luftverkehrskonzept vorliegen, so wüssten wir heute, wie sich die internationalen und die regionalen Flughäfen in unserem Land entwickelt haben. Würde ein Luftverkehrskonzept vorliegen, so hätten wir auch verlässliche Daten zur künftigen Entwicklung der Regionalflughäfen.

Wir sind der Ansicht, dass Bund und Länder vor dem Hintergrund des weiter zunehmenden Luftverkehrs gemeinsam ein tragfähiges Konzept erarbeiten müssen. Dieses Konzept muss das Verhältnis der Interkontinentalflughäfen zu den Regionalflughäfen regeln. Hierbei ist darauf zu achten, dass die Regionalflughäfen wichtige Zubringerfunktionen und Entlastungsfunktionen für die Luftverkehrsknotenpunkte übernehmen können.

Die Beibehaltung des dezentralen Luftverkehrsstandortes in Nordrhein-Westfalen ist wichtig für uns. Allerdings steht das System langfristig unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit. Hier sind wir wieder beim Thema: Es wurde eben nicht im Rahmen eines Luftverkehrskonzeptes geprüft, welche Flughäfen rentabel sind, wie sie erhalten und langfristig weiter gestärkt werden können.

Zu den beiden Anträgen ist noch kurz anzumerken: Der FDP-Antrag bringt das Problem auf den Punkt. Die FDP beschreibt die Lage auf gut einer Seite und hat zwei Forderungen. Diese sind wichtig, diese Forderungen teilen wir.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Der Piratenantrag hingegen ist ein wildes Sammelsurium von Feststellungen und Forderungen. Darunter sind Forderungen, die zum Teil schon umgesetzt sind und zum Teil gar nicht umsetzbar sind. Damit werden wir uns im Ausschuss ausführlich auseinandersetzen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat unseres früheren Bundespräsidenten Horst Köhler aus dem Jahr 2010 – es war das Jahr, in dem das alte Luftverkehrskonzept auslief –: Flugpionier Otto Lilienthal und Luftschiffkonstrukteur Ferdinand Graf von Zeppelin „haben uns ungeahnte Möglichkeiten beschert – und ungeahnte Probleme, ...“ Wir müssen diese Möglichkeiten optimal nutzen, und wir müssen die Probleme bestmöglich bewältigen. Dazu brauchen wir schnell ein Luftverkehrskonzept. Weiteres Aussitzen bedeutet weitere verlorene Jahre für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Vossemer. – Nun spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Danke, lieber Christof Rasche, für die Vorlage.

(Christof Rasche [FDP]: Immer wieder!)

Wenn man schon so angekündigt wird, dann hat man Spannung erzeugt, auch wenn die Reihen ein bisschen leerer sind. Das freut mich natürlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich hätte es, ehrlich gesagt, gern ein bisschen konkreter gehabt, und zwar sowohl vonseiten der CDU als auch der FDP. Was soll denn Inhalt des Konzeptes sein? Ich habe gestern noch einmal das Konzept von 2000 durchgesehen, nicht jede Seite gelesen, aber breit quergelesen. Das ist eher eine Zustandsbeschreibung der Situation als eine Festlegung der Landesregierung auf konkrete Projekte.

Gut, darin steht, der Flughafen Mönchengladbach – das ist jetzt überholt – soll Ausweichflughafen für den Flughafen Düsseldorf werden.

Darin ist eine Aussage zur Startbahnverlängerung Münster, die mittlerweile genehmigt, aber noch nicht umgesetzt worden ist.

Aber konkrete Festlegungen des Landes? Was soll das denn sein, Kollege Rasche? Reden wir über Subventionen? Reden wir bei den Regionalflughäfen über eine konkrete Subventionierung? Das hätte ich dann gern ein bisschen konkreter.

(Zuruf)

– Jetzt bin ich erst mal dran. – Das, was Sie eben gesagt haben, dass wir Grüne Regionalflughäfen schließen wollten, ist absoluter Quatsch. Regionalflughäfen sind keine Landesflughäfen. Ob ein Flughafen geschlossen wird, ist eine Entscheidung der Anteilseigner; das sind im Wesentlichen die Städte, die Kreise und Unternehmen. Jeder Regionalflughafen in Nordrhein-Westfalen ist anders konstruiert.

Die Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir keine Steuergelder, keine Subventionen aus dem Landeshaushalt in Regionalflughäfen stecken wollen.

Das heißt, die Entscheidung, ob ein Flughafen wie Münster Osnabrück – die Debatte läuft ja gerade in den Kreistagen, in den Stadträten im Münsterland, Sie kennen die Artikel alle; es gibt eine ganze Reihe von CDU- und FDP-Politikern, die sehr kritisch sind, was die Zukunft des Flughafens angeht; im Kreistag Steinfurt ist jetzt eine neue Marge festgelegt worden, es gibt noch einmal einen Kredit über 10 Millionen € – letztlich zukunftsfähig ist, wird doch nicht über das Landesflughafenkonzept getroffen. Es sei denn, die FDP oder die CDU würden fordern, dass das Land diesen defizitären Regionalflughafen mit Bürgschaften oder Subventionen unterstützt.

Es ist natürlich Aufgabe der Opposition, zu gucken: Was ist in dieser Legislaturperiode noch umzuset-

zen? Welche Dinge hat die Landesregierung noch nicht angepackt? Deswegen kann man so einen Antrag stellen. Das ist gut für die Mailverteiler, das ist gut für eine Pressemitteilung etc. – d'accord! Das hat der Kollege Tüttenberg eben auch gesagt.

Aber lassen Sie uns doch konkret in der Debatte darüber reden: Was sind die Forderungen der Opposition, was in ein solches Landesluftverkehrskonzept hinein soll? Das hätte mich interessiert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Rasche?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das macht das Parlament lebendig. – Bitte schön, Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Das habe ich mir gedacht, Kollege Arndt; ist doch selbstverständlich. – Es liegt ja jetzt das Konzept des BUND vor. Dort werden sehr deutlich konkrete Positionen beschrieben. Jetzt einfach die Frage an Sie und Bündnis 90/Die Grünen: Teilen Sie die Positionen des BUND in dem Konzept?

Arndt Klocke (GRÜNE): Es gibt einige Punkte in dem Konzept, die wir richtig finden, zum Beispiel die Frage der Verlagerung von Flügen auf die Schiene. Der BUND sagt zum Beispiel ganz klar – er hat das auch mit Zahlen belegt –, dass in jedem Jahr 4.500 Flugbewegungen von Düsseldorf in Richtung Hub Frankfurt und zurück gehen. Es gibt eine hervorragend ausgebaute Bahntrasse, eine ICE-Verbindung, die in 90 Minuten vom Flughafen Düsseldorf zum Frankfurter Flughafen führt. Unter dem Aspekt von Lärmbelästigung, Umweltbelastung und Zügigkeit des Reisens gibt es aus unserer Sicht überhaupt keinen Grund, warum man einen 45-Minuten-Flug von Düsseldorf nach Frankfurt mit dem entsprechenden Einchecken etc. machen sollte und da nicht auf die Bahn zurückgreifen kann. Das finden wir eine richtige Fragestellung.

Es gibt andere Punkte in diesem Konzept, die ich persönlich nicht teile, zum Beispiel was die Regionalflughäfen angeht. Ich meine, es wäre erst einmal zu prüfen – auch mit Blick auf den Flughafen Düsseldorf –, bevor man sich hier für eine Kapazitätsausweitung entscheidet, ob man nicht einige Flüge – und zwar Charterurlaubsflüge, wir reden nicht von Just-in-Time-Geschäftsreisen – von Düsseldorf an die Regionalflughäfen geben kann. Wenn ich nach Mallorca fliege, ist es vielleicht zweierlei, ob der Anreiseweg Richtung Düsseldorf geht oder Richtung Weeze; es sind alles Urlaubsflüge.

Bevor ein Regionalflughafen wie Weeze, der deutlich abgesunkene Kapazitäten hat – die Airlines haben sich von dort zurückgezogen, insbesondere Ryanair –, weiter auf Defizit fährt, wäre meine Frage erst einmal, ob man Flüge von den großen Flughäfen an die Regionalflughäfen verlagern kann.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das ist ja falsch!)

Das als Antwort auf Ihre Frage. Es ist kein Eins-zu-eins-Konzept, das wir Grüne teilen können. Ich finde, dass der BUND dort sehr richtige Fragestellungen aufwirft.

Ich würde dieses Konzept nicht eins zu eins als unser Konzept übernehmen können und auch nicht wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Klocke, es gibt noch eine Frage. Würden Sie diese auch noch zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Jetzt regt sich Herr Brockes auf. Sie können mir auch eine Frage stellen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Nein, wenn ich es eben sortieren darf, Herr Kollege?

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Arndt Klocke (GRÜNE): Sie können mich ja korrigieren.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Na ja, das ist ja eine muntere Debatte. Das ist doch gut.

Vizepräsident Oliver Keymis: Genau. Um die fortzusetzen, gibt es eine Zwischenfrage.

Arndt Klocke (GRÜNE): Noch eine Frage?

Vizepräsident Oliver Keymis: Ja.

Arndt Klocke (GRÜNE): Wenn es eine gibt, würde ich die auch zulassen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Von Herrn Bayer.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Klocke. Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich würde gerne wissen, ob sich die Meinung der Grünenfraktion seit 2009 geändert hat. Damals haben Sie durchaus eine Aktualisierung der Luftverkehrskonzeption gefordert und eine Große Anfrage gestellt, in deren Titel es heißt: Subvention des Flugverkehrs beenden. – Sie spielt also genau auf diese Regionalflughäfen an. Damals konnte die Landesregierung aus Ihrer Sicht noch etwas machen.

Hat sich die Meinung geändert? Ist es wirklich zielführend, dass die Landesregierung immer öffentlich verlautbart, es gäbe keine Subventionen? Sie sagt zwar „des Landes“ dazu, aber das versteht doch keiner.

Arndt Klocke (GRÜNE): Lieber Herr Bayer, Sie sollten die Leute im Land nicht unterschätzen. Natürlich gibt es einen Unterschied, ob das Land Nordrhein-Westfalen aus dem Landeshaushalt Gelder an Regionalflughäfen gibt, oder ob der Stadtrat Dortmund mit Mehrheit entscheidet, dass Gelder aus den Stadtwerken zur Abdeckung des Defizits in Dortmund aufgewendet werden.

Das Land Nordrhein-Westfalen subventioniert keinen Regionalflughafen. Das hat Rot-Grün 2010 im Koalitionsvertrag festgelegt und auch durchgehalten. Wir teilen auch die Meinung, dass es ein neues Landesluftverkehrskonzept geben sollte und muss. Wir haben damals schon festgelegt, dass wir uns am Bund orientieren wollen und unsere Aufstellung zurückstellen. Das letzte Bundeskonzept stammt aus dem Jahr 2002.

Im Koalitionsvertrag 2009 von FDP und CDU ist festgelegt worden, dass ein neues nationales Luftverkehrskonzept ausgearbeitet wird. Deswegen ist das Engagement vom Kollegen Rasche spannend. Nach vier Jahren Regierung war gar nichts passiert. Jetzt sitzt die Große Koalition da dran. Jetzt kommen Sie um die Ecke und werfen uns vor, dass wir auf den Bund warten. Als Sie vier Jahre in Berlin regiert haben, hätten Sie das auch einmal machen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Welches Bild ist hier überhaupt von Flughäfen gezeichnet worden? – Wir hatten heute Morgen einen Termin mit dem Flughafen Köln/Bonn und vor einigen Wochen einen Termin mit dem Flughafen Düsseldorf. Die Geschäftsleitungen berichten uns jeweils über prosperierende und gut funktionierende Flughäfen, über eine deutliche Steigerung des Angebots, die Steigerung von Fluggastzahlen etc. Das Bild, das Sie von den Flughäfen in Nordrhein-Westfalen gerade gezeichnet haben, entspricht doch überhaupt nicht der Realität, lieber Kollege Rasche. Es gibt überhaupt keinen Stillstand im Land. Es wird gereist. Es wird intensiv Frachtflug in diesem Land

betrieben. Mit unseren Flughäfen in Nordrhein-Westfalen funktioniert die Wirtschaft gut.

Wir haben doch nur die Fragestellung, ob wir in den nächsten Jahren die Rahmenbedingungen so erhalten wollen, wie sie jetzt sind. Was sagen wir beispielsweise zu der Frage der Nachruhe und den Problemen, die sich damit verbinden? Wie reagiert man auf die internationale Konkurrenz? Es ist doch jetzt eine Klein-Klein-Debatte. Eigentlich gibt es eine internationale Luftverkehrsdebatte. Die haben wir heute Morgen auch mit dem Flughafen Köln/Bonn geführt.

Es ist die Frage, wie sich die großen Anbieter aufstellen. Eigentlich braucht man nicht zuerst ein nordrhein-westfälisches Luftverkehrskonzept. Es wäre an der EU, internationale Rahmenbedingungen vorzugeben. Wie stellt sich die Europäische Union in der Frage des Luftverkehrs auf, wenn man sieht, was in Abu Dhabi passiert? Was ist mit Etihad? Was ist in der Türkei? Was passiert in Istanbul? Wie stellen sich Turkish Airlines auf? Das lösen wir doch hier nicht in Nordrhein-Westfalen mit irgendeinem kleinteiligen Konzept. Dafür braucht es eine nationale Vorgabe. Dafür bräuchte es eigentlich auch eine EU-Vorgabe, damit wir sehen, was wir als Europäische Union im Luftverkehrsbereich an Konkurrenzsicherung betreiben können.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben jetzt Anfang September. Die Ankündigungen aus Berlin sagen uns, dass noch in diesem Jahr mit einer Vorlage zu rechnen ist. Das heißt, wir werden die Diskussion im nächsten Frühjahr zu führen haben. Ich bin gespannt, ob das dann vonseiten der Opposition konkretisiert wird. Alles, was im Raum steht, ist unklar, auch was Sie uns zuschreiben.

Für uns Grüne ist klar: Luftverkehr ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er ist eine wichtige Form des Reisens. Aber er muss klima- und lärmverträglich sein. Er muss den Menschen schützen. Darauf werden wir in einer neuen Luftverkehrskonzeption deutlich achten. Und wir werden darauf achten, dass unsere Kassen geschützt werden und es keine Subvention in die Flughäfen gibt. Daran, dass die Flughäfen wirtschaftlich arbeiten, müssen die Flughäfen mit uns zusammenarbeiten. Dann gibt es gute Perspektiven für dieses Land, und zwar nicht nur für die beiden großen Flughäfen, sondern auch für die Regionalflughäfen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke, Herr Klocke. Bleiben Sie gleich hier. Herr Kollege Rasche von der FDP hat eine Kurzintervention auf Ihre Rede angemeldet. Dem wird von hier oben natürlich stattgegeben. Er will es noch einmal hören. Das soll so sein. Aber zuerst will er etwas fragen. – Bitte schön, Herr Rasche.

(Zuruf von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Christof Rasche (FDP): Die Kollegen von den Grünen haben offensichtlich Angst, wenn hier Fragen gestellt werden. Sie wollen lieber im Fachausschuss diskutieren, wo es nicht so viele Leute mitbekommen. Das war gerade bemerkenswert.

Ich möchte noch einmal einen Widerspruch deutlich machen. Die Grünen haben im Jahr 2001 die Luftverkehrskonzeption Nordrhein-Westfalen mitbeschlossen. Also hatten Sie damals die Auffassung, sie ist nötig. Sie haben in den Jahren 2008 bis zur Landtagswahl 2010 vehement eine neue Luftverkehrskonzeption gefordert. Vehement! Dies geschah in erster Linie, um Ihre Position darzulegen und Stimmen bei den Bürgern gegen Fluglärm abzukassieren.

Kaum sind Sie an der Macht, wollen Sie davon nichts mehr wissen. Sie machen das Gegenteil und beschäftigen sich gar nicht mehr damit. Sie verweisen auf Berlin, was Sie zehn Jahre lang vorher nicht gemacht haben. Es ist eine extrem widersprüchliche Politik, zuerst etwas zu versprechen und es hinterher nicht zu halten.

Ich vermute, genauso wird es bei den Regionalflughäfen sein. Sie wollen sie nicht auflösen, aber erschweren die dortigen Rahmenbedingungen gemeinsam mit Ihrem Partner vom BUND und anderen.

Mich erinnert das Ganze an die Diskussion zu newPark heute Morgen. Auch dazu sagte Minister Remmel: Wir wollen newPark nicht verhindern, aber die Rahmenbedingungen werden erschwert. – Kollege Müller von der SPD hat das als Blutgrätsche aufgefasst. Genau das ist die Politik der Grünen.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Klocke, Sie haben 1:30 Minute, um auf diese Kurzintervention zu antworten. Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Lieber Herr Rasche, mich erinnert die Debatte auch an die Diskussion zu newPark von heute Morgen, nämlich in Bezug auf den Unfug, der von der FDP behauptet wird. Wo konkret grätschen wir den Regionalflughäfen hinein?

(Christof Rasche [FDP]: Die Blutgrätsche kam von der SPD!)

Wo machen wir das konkret? Das hätte ich gerne einmal gewusst. Was haben wir beim Flughafen Weeze denn gemacht? Der Flughafen arbeitet nicht wirtschaftlich, weil Ryanair in den letzten Jahren 15 Flüge von 60 täglichen Flugbewegungen abgezogen hat und es immer mehr ins Defizit geht. Und der Kreistag in Kleve hat mit einer CDU/FDP-

Mehrheit beschlossen, dass sie keine weiteren Kredite mehr geben.

Ich hätte gerne von Ihnen mal konkret gewusst, wo wir als Grüne oder als rot-grüne Landesregierung diesem Regionalflughafen reingegrätscht haben. Das beantworten Sie überhaupt nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist genauso eine Unterstellung wie der Kollege Lindner es mit Frau Höhn gemacht hat mit diesem BMW-Werk. Von daher erinnert es in der Debatte natürlich exakt an diese Diskussion.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

Der zweite Punkt: Sie werfen uns vor, wir hätten nichts von dem umgesetzt, was wir versprochen haben. Wir haben ganz klar im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir für ein Nachtflugverbot am Flughafen Köln/Bonn für die Passage stehen. Das haben wir hier beschlossen, im Landtag, im Kabinett. Wir haben es in Berlin beantragt. Es ist von der Bundesregierung abgewiesen worden.

Wir Grüne haben eine sehr klare Position zu der Antragstellung des Flughafens Düsseldorf, was eine Kapazitätsausweitung angeht. Wir lehnen diese Kapazitätsausweitung, die vorgelegt worden ist, inhaltlich ab. Aber wir Grüne haben das nicht alleine zu entscheiden. Das ist ein Rechtsverfahren, das läuft, mit entsprechenden gesetzlich festgelegten Schritten. Es ist auch eine Sache, die in der Regierung abzustimmen ist. Aber wir Grüne als Landespartei und Landtagsfraktion lehnen die vorgelegte Kapazitätsausweitung am Flughafen Düsseldorf ganz klar ab.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da haben wir keinen Unterschied zwischen dem Wahlprogramm und dem, was hier am Pult gesagt wird, lieber Herr Rasche.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Als nächster Redner spricht für die Landesregierung der zuständige Minister, Herr Groschek.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was Düsseldorf angeht, nur so viel: Da wird nach Recht und Gesetz entschieden und nicht nach politischen Opportunitätsgesichtspunkten. Deshalb will ich mich zu dem Verfahren jetzt nicht weiter äußern, sondern dazu, wie die Landesregierung das Zustandekommen des nächsten Landesluftverkehrskonzeptes anlegt.

Wir haben im Koalitionsvertrag 2012, der regierungsgründend war, sehr präzise festgelegt, dass

wir aufbauen wollen auf einem nationalen Flugkonzept. Das ist auch dringend notwendig. Das ist deshalb notwendig, weil sich alle anderen Vorgänger von Herrn Dobrindt weggeduckt haben. Auch der bei Teilen der heutigen Opposition so geschätzte „Ramses“ hat die Koalitionsauflage aus der schwarz-gelben Bundesregierungscoalition nicht angepackt. Das muss man Dobrindt zugestehen. Er hat sehr zügig die Umsetzung eines nationalen Luftverkehrskonzeptes nach Vorgesprächen mit einigen Landesverkehrsministern, unter anderem auch mit mir, angepackt durch die Beauftragung eines Gutachtens im März diesen Jahres und die Zusage, spätestens Anfang 2016 ein Konzept vorzulegen, das dann zu diskutieren sein wird.

Warum ist das nationale Konzept wichtig?

Erstens. Es ist wichtig, weil wir als Land sowieso Teil einer Bundesauftragsverwaltung sind nach Art. 85 Grundgesetz. Also sollten wir nicht so tun, als könnten wir alleine das regeln, was wir hier gerne regeln würden. Wir sind in die Auftragsverwaltung des Bundes eingebunden.

Zweite Anmerkung: Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass es ein gravierendes verkehrspolitisches Versäumnis ist, dass sich die Bundesverkehrsminister weggeduckt haben. Nur dadurch ist es zu der Absurdität in Deutschland als Exportnation Nummer eins in Europa gekommen, dass wir nur noch zwei nachflugoffene Flughäfen haben,

(Beifall von der SPD und der FDP)

und das nicht in den Metropolen dieser Welt, sondern in Leipzig und in Köln/Bonn. Das hätte nie passieren dürfen, weil die Abhängigkeiten der Logistikketten damit auf ganz bestimmte Nadelöhre zugetrieben werden.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, entschuldigen Sie. Würden Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schemmer zulassen?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Immer.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Schemmer, bitte.

Bernhard Schemmer³⁾ (CDU): Herr Minister, wenn man Ihren Ausführungen folgt, fällt einem erst einmal auf: Nach Recht und Gesetz wie in Datteln-Waltrop? Dann ist einem ja angst und bange. Aber jetzt unterstelle ich mal, dass Sie es wirklich so meinen würden.

Muss man denn dann nicht, wenn man vom Bund fordert, ein Konzept zu machen – zu Recht –, erst einmal selber definieren und das auch vortragen, welche Forderungen und Ansätze man gegenüber

dem Bund hat? Muss man also nicht vorher selber in einem Vorkonzept – von mir aus; ich lasse das offen – sagen, was man vom Luftverkehr für sein Land erwartet, und das dem Bund zur Verfügung stellen, damit diese Dinge dann auch mit abgewogen werden, und nicht warten, bis der Bund irgendwas in die Welt setzt, sodass man nachher nur noch sehr schwer nacharbeiten kann?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Herr Schemmer, auf nationaler Ebene habe ich mich nicht nur in Gesprächen mit Dobrindt, sondern auch mit Spohr und anderen sehr klar positioniert. Für das nationale Luftverkehrskonzept sind die Buchungen aus Nordrhein-Westfalen durch den nordrhein-westfälischen Verkehrsminister an Eineindeutigkeit nicht zu überbieten.

Erstens. Die wahre europäische Konkurrenzsituation für Nordrhein-Westfalen und die Bundesrepublik Deutschland ist dadurch gekennzeichnet, dass Istanbul und die Golfstaaten eine Marktdominanz anstreben, die Westeuropa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen zu einem Mauerblümchen degradieren würde.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Das würde gegen unsere volkswirtschaftlichen und exportorientierten logistischen Interessen verstoßen.

Deshalb tun wir gut daran, ein nationales Konzept zu entwickeln, das der Bedeutung der Exportnation gerecht wird.

Das heißt, man darf Frachtflüge nicht auf einwohnerstarke Standorte reduzieren. Es kann nicht sein, dass die Einwohner rings um den Köln/Bonner Flughafen alleine die deutsche Exportflugbelastung aushalten müssen. Hier muss gerechter geteilt werden.

Deshalb brauchen wir ein nationales Luftkonzept, das nicht darauf abhebt, dass Köln und Leipzig irgendwie nachtoffen bleiben. Nein, wir müssen national diskutieren und entscheiden, wo Nachtoffenheit geboten ist. Dann kann man sich nicht wegstellen wie beispielsweise bei ganz bestimmten Großflughafenentscheidungen, bei denen man opportunistisch ganz bestimmten Initiativinteressen vorzeitig nachgibt, weil man meint, so Wahlen positiv gestalten zu können. Das halte ich für fahrlässig.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, Herr Kollege Rasche würde Ihnen gerne eine Frage stellen. Ich vermute, die lassen Sie zu.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte schön.

Christof Rasche (FDP): Herr Minister, vielen Dank. – Ganz ruhig und sachlich: Sie sprachen davon, Minister Dobrindt habe mit Ihnen vor der Auftragsvergabe für dieses Gutachten darüber gesprochen, dass so ein Konzept bundesweit kommen soll, und er mache es nach der Vorlage wieder. Das Gespräch hat dann ja den Zweck, dass er von Ihnen erfährt, wie die Position von Nordrhein-Westfalen aussieht. Was teilen Sie Herrn Dobrindt denn mit, die Position der SPD oder die Position der Grünen in der Luftverkehrspolitik, die sich doch zentral unterscheiden?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Diese Unterscheidung konnte ich bislang nicht wahrnehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt eine Position der Landesregierung, die ich vortrage – nicht nur hier, sondern auch in Berlin und bei jeder sich anderswo bietenden Gelegenheit.

Manch einem Kommentator aus der Luftverkehrsszene bin ich schon viel zu tendenziös. Ich will dazu nicht Stellung nehmen, ich will nur darauf hinweisen, dass mir eine ganz bestimmte tendenziöse Meinungsbildung unterstellt wird. Dazu nicht mehr, sonst haben wir wieder die nächste Kommentierung. Darauf möchte ich erst mal verzichten.

Auf nationaler Ebene ist das die eine Baustelle. Die zweite Baustelle auf nationaler Ebene ist, dass die Großflughäfen mehr Verantwortung übernehmen müssen. Man kann sich auch in München – mit einer so stabilen politischen Mehrheit, wie sie nun einmal in Bayern gegeben ist – bei der Frage der dritten Startbahn nicht wegducken. Das ist eine Zumutung, weil natürlich alle anderen Flughäfen diese Lasten mittragen müssen, auch wenn sie unter anderem aus Lärmschutzgründen gar nicht dazu geeignet sind.

Deshalb haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen ein Recht darauf, durch den Bund eine vernünftige Belastungsteilung, eine Belastungsgerechtigkeit zu erfahren. Und wir werden dann unsere spezifischen logistikwirtschaftlichen Interessen in diese Diskussion einbringen und Positionen beispielsweise von Düsseldorf und Köln verteidigen. In Düsseldorf tun wir das massiv.

Die brandenburgische Landesregierung hat mir heute Morgen noch ausdrücklich dafür gedankt, wie sich die nordrhein-westfälische Landesregierung mit anderen für die Interessen von Air Berlin einsetzt. Denn auch das ist nordrhein-westfälisches und nationales Interesse, die Marktmacht von ganz bestimmten Flugunternehmen zu begrenzen.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen erlebt, was es heißt, wenn einzelne Flughäfen an einer einzigen Fluglinie hängen. Es kann nicht sein, dass die Flugzeugbestellung von Ryanair allein darüber ent-

scheidet, wie sich Luftverkehrsstandorte in NRW entwickeln. Also auch da: mehr liberales Maß, weniger Marktmacht einzelner. Das müsste eigentlich hier im Hause breit mehrheitsfähig sein; das unterstelle ich mal.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, wieder gibt es den Wunsch, Ihnen eine Frage stellen zu dürfen.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Gerne.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Dr. Bergmann, bitte.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Schönen Dank, Herr Minister, dass Sie die Frage zulassen. – Mich würde die Position der Landesregierung in Bezug auf die Einbindung der Regionalflughäfen bei der Planung eines Luftverkehrskonzepts interessieren, weil das in den Niederlanden ganz anders geplant und umgesetzt wird als in der Bundesrepublik Deutschland, wo es nicht Top-down, sondern Bottom-up geht. Wie ist die Einstellung der Landesregierung an dieser Stelle?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ich bin jemand, der schon seit Beginn seines politischen Lebens vor fast 40 Jahren immer Anhänger des Prinzips „Basis“ statt „basta“ war. Da bin ich Urdemokrat, und deshalb ist Partizipation in der breitestmöglichen Form bei mir verinnerlicht. Das betrifft die Partner auf den Flughäfen; das betrifft die kommunalen Partner; das betrifft die Verbandspartner. Wir werden ein solches Konzept nach Vorlage des nationalen breitestmöglich verankern.

Wir werden natürlich auch die Mitverantwortung der regionalen Akteure einfordern. Denn es haben sich Entwicklungen gezeigt, die in den Regionen einmal anders vermutet wurden. Wir könnten jetzt über einzelne Flughäfen sprechen und über deren reale Nachfragemenge. Nicht immer hat sich die zuvor geäußerte wirtschaftliche Relevanz durch die Akteure vor Ort im Nachhinein durch Buchungsverhalten bestätigt. Auch da muss man das Abweichen von dem wirtschaftspolitischen Anspruch einer Region und den realen Buchungen an ganz bestimmten Flughafenstandorten näher zusammenbringen.

Es wird dabei bleiben, egal wann wir nach Vorlage des Bundeskonzepts letztendlich mit der Fortschreibung des Landesverkehrskonzeptes beginnen können, dass wir keine Landessubventionstatbestände neu aufmachen. Es kann nicht sein, dass das Land den Betrieb subventioniert, egal an welchem regio-

nen Flughafen. Das wird sicherlich eine Leitplanke des Luftverkehrskonzepts Nordrhein-Westfalen sein.

Die Zeit ist jetzt leider abgelaufen. Es fragt auch keiner mehr. Sonst könnte ich noch weitere Ausführungen machen. Aber es ist wohl deutlich geworden, dass die Landesregierung ein hohes Interesse daran hat, den volkswirtschaftlichen Nutzen des Luftverkehrs mit dem Klima- und Umweltschutz zu verbinden, wie er nicht nur im Klimaschutzgesetz und im Klimaaktionsplan niedergelegt ist, sondern wie ihn auch die Anwohnerinnen und Anwohner erwarten.

Ich lade Sie ein, mit mir gemeinsam auch dann vor Ort Flagge zu zeigen, wenn Lärmschutzgegner Bürgerversammlungen machen und dann auch Vertreter vieler Parteien auf einmal vor Ort eine andere Position einnehmen, als sie hier von den entsprechenden Fraktionen kundgetan wird. Auch da ist das politische Heldentum sehr unterschiedlich entwickelt. Ich will kein Heldenepos einfordern, aber doch darauf hinweisen, etwas weniger Opportunismus und ein wenig mehr Standfestigkeit ist gut, auch für den Luftverkehr in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Ihre Redezeit war zwar abgelaufen, aber das Parlament neigt heute dazu, Ihnen fast jeden Wunsch zu erfüllen, den nach zusätzlicher Redezeit allemal –

(Lachen von Minister Michael Groschek)

dies in Form einer Kurzintervention, die Herr Kollege Bayer für die Piratenfraktion angemeldet hat. Dafür hat er 90 Sekunden Zeit, und Sie, Herr Minister, 90 Sekunden zur Entgegnung. – Herr Kollege Bayer.

Oliver Bayer (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident. – Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen insgesamt ein neues modernes Verkehrskonzept. Dazu gehören die Flughäfen. Das ist Nordrhein-Westfalens Sache. Der Traum, dass man die Regionalflughäfen nutzen könnte, um die großen Flughäfen zu entlasten, funktioniert nicht. Das haben wir heute Morgen gehört.

Sie haben gesagt, wir sind in die Verwaltung des Bundes eingebunden. Sind das andere Bundesländer nicht, die ein Landesluftverkehrskonzept haben oder neu vorgelegt haben? Das Land NRW hat viele Interessen, die kein anderes Bundesland hat. Es hat ja beispielsweise auch die größte Flughafendichte. Das steht in unserem Antrag. Haben Sie denn all das in der Posch-Kommission durchbekommen? Ich kann das nicht erkennen. Noch nicht mal mit FDP-Brille könnte ich erkennen, dass in der

Posch-Kommission die Interessen berücksichtigt worden wären.

Dann zu den Nachtflügen: Sie möchten also Nachtflüge auch auf anderen Flughäfen. Das ist ein deutliches Bekenntnis für Nachtflüge, auch in Köln – mit dem Fluglärm in Köln und der Wertschöpfung in den Niederlanden. Möchten Sie denn politisch die Nachtflüge in Köln/Bonn so belassen oder ausweiten? Ist das so?

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Ganz klare Antwort, Herr Bayer: Die Landesregierung ist zutiefst davon überzeugt, dass es gut und richtig ist, dass die Frachtflugoffenheit bis 20:30 Uhr abgebildet ist. Was die Passage angeht, ist die Landesregierung genauso davon überzeugt, dass man hier ein Nachtflugverbot aussprechen könnte, wenn man es denn wollte. Das hat der Bund abgelehnt. Dazu ist an dieser Stelle nicht mehr zu sagen.

Ansonsten werden wir natürlich auch unsere niederländischen Nachbarn dazu befragen, welches denn die Ausbauabsichten auf der holländischen Seite sind. Wir werden ein Luftverkehrskonzept vorlegen, wenn das Bundeskonzept vorliegt, das die Anregungen des Bundes aufgreift und partizipatorisch all die Aspekte integriert, die von den Akteuren der Luftverkehrswirtschaft in Nordrhein-Westfalen und den angrenzenden Ländern gewünscht und gefordert werden und die wir als Landesregierung für vernünftig halten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister.

Michael Groschek, Minister für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr: Bitte.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Jetzt hätte ich beinahe gesagt: Jetzt sind Sie entlassen. – Aber ich wollte keine Aufregung provozieren. Vielen Dank für die Kurzintervention und die Antwort darauf.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, erstens zur Überweisung des **Antrages** der Piratenfraktion **Drucksache 16/9584**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** dieser Drucksache an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend –, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sit-

zung erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir stimmen zweitens ab über die Überweisungsempfehlung bezüglich des **Antrags** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/9599**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Antrags an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** – federführend –, an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Abstimmung soll auch hier – wie üblich – im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer möchte dieser Überweisungsempfehlung mit seinem Votum folgen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gibt es nicht. Damit ist die Überweisungsempfehlung ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich schließe die Beratungen zu Tagesordnungspunkt 4.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

5 Abschlussbericht der Enquetekommission zur Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der Schuldenbremse und des demografischen Wandels in der Dekade 2020 bis 2030 (Enquetekommission III)

Abschlussbericht
der Enquetekommission III
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 16/9500

Zu dem Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/2133 – Neudruck

Meine Damen und Herren, ich erteile zunächst der Vorsitzenden der Enquetekommission, der Abgeordneten Frau Birkhahn, das Wort zu ihrer mündlichen Berichterstattung über die Arbeit der Enquetekommission. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Astrid Birkhahn (CDU): Vielen Dank. – Herr Präsident! Verehrte Kollegen und Kolleginnen, die Sie hier versammelt sind und durch Ihre Präsenz deutlich machen, dass Ihnen das Thema am Herzen liegt! Verehrte Gäste auf der Tribüne! Ich freue mich, dass Sie sich mit diesem Thema befassen möchten. Meine Aufgabe ist ein Stück Berichterstattung, also keine flammende Rede, sondern ein Stück Dokumentation und Einschätzung.

Mit der Vorlage des Berichtes, den die Abgeordneten in ihren Fächern gefunden haben, hat die Enquetekommission III nach 23 Sitzungen in zwei Jahren das auferlegte Ziel erreicht. Wir haben in dem Bericht eine gegliederte Analyse und eine umfassende Zustandsbeschreibung gesellschaftlich relevanter Bereiche abgegeben und Handlungsbedarfe bewertend eingeschätzt und dadurch entsprechende Empfehlungen – 178 an der Zahl – ausgesprochen.

Die Bereiche, mit denen wir uns intensiv befasst haben, sind Wirtschaft und Arbeit, öffentlicher Dienst, Bildung, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur und Raumplanung sowie finanzielle Auswirkungen bzw. der Finanzsektor.

Der Auftrag, der uns im Jahr 2013 durch das Parlament erteilt wurde, verlangte, dass wir so konkret wie möglich den Einfluss des demografischen Wandels auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte und auf notwendige Weichenstellungen im gesellschaftlich-politischen Prozess untersuchen sollten.

So haben wir uns denn auf den Weg gemacht: zwölf Mitglieder aus fünf Fraktionen, fünf Sachverständige, von denen einige heute erscheinen wollten. Ich habe den Sachverständigen der Piratenfraktion, Prof. Bontrup erkannt. Wenn noch ein anderer da ist, dann wünsche ich mir ein fröhliches Winkzeichen. – Aber das ist nicht der Fall. Gut, dann ist das so weit klar.

Ich begrüße herzlich auch die Vertreter des Sekretariats, Herrn Meyer und Frau Fritzsche, wenn ich das richtig gesehen habe. Wir haben mit fünf Sachverständigen – für jede Fraktion einen – gearbeitet. Ich darf sie noch einmal nennen: Das waren von der SPD Dr. Terfrüchte, von der CDU Herr Stahl, von der FDP Dr. Klös, von den Grünen Frau Prof. Färber. Wir wurden von drei Referenten und zwei Referentinnen begleitet. Das war der Kreis, der sich zusammengefunden und über zwei Jahre lang – das setze ich in Beziehung zu den Ausführungen von Frau Klöpfer – vertrauensvoll, konstruktiv und nichtöffentlich getagt hat. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

Für die Kommissionsarbeit gab es drei Prämissen. Die eine bezog sich auf die Arbeitsweise. Wir waren gehalten, Expertise mit einzubeziehen. Das bedeutete, wir sollten uns mit Wissenschaftspositionen auseinandersetzen. Für Nichtwissenschaftler bedeutet das zunächst einmal, Positionen kennen zu lernen und sie nachzuvollziehen.

Es enthob uns aber nicht der Pflicht; als Politikerinnen und Politiker eine politische Entscheidung zu treffen.

Das ist etwas, was im Grunde als Input an uns herangetragen wurde. Aber wir hatten die politischen Konsequenzen zu entscheiden und letztlich auch zu tragen.

Der zweite Punkt in der Arbeitsweise, der als Prämisse vorangestellt werden muss, ist, dass wir die Zuständigkeitsebenen berücksichtigen mussten. Nicht alles, was wichtig ist, wird landespolitisch entschieden. Bundespolitische Verflechtungen und kommunalpolitische Verpflichtungen mussten ebenso mit bedacht werden und letztlich auch, obwohl wir da keine oder nur bedingt Einflussmöglichkeiten haben, in den Zusammenhang gebracht werden.

Der dritte Punkt in der Arbeitsweise war die Nichtöffentlichkeit der Sitzungen. Wir hatten zunächst einen internen Diskussionsprozess. Wir haben überlegt, ob es sinnvoll ist, öffentlich oder nichtöffentlich zu tagen.

Wir haben uns dann – das Interesse der Öffentlichkeit zurückstellend – für die nichtöffentliche Arbeitsmöglichkeit entschieden. Denn eine Enquetekommission arbeitet konsensorientiert. Man muss im Grunde über das, was momentan parteipolitisch oder in den Fraktionen Entscheidungslinie ist, auch einmal hinwegdenken können, die Freiheit der Entfaltung von Ideen und die Freiheit der Entscheidungsmöglichkeiten nutzen. Da tut die Nichtöffentlichkeit sehr gut. Ich werde an manchen Stellen zeigen können, dass wir sie bewusst gut genutzt haben. Ich denke, diese Nichtöffentlichkeit war eine kluge Entscheidung, die wir getroffen haben.

Die zweite Prämisse – es ist wichtig, dass wir uns das auch vor Augen führen – besteht darin, davon auszugehen, dass die Schuldenbremse eingehalten worden ist. Wir betrachteten ja die Dekade 2020 bis 2030. Wir haben die Diskussion nicht darüber geführt, ob die Schuldenbremse sinnvoll ist oder ob es besser ist, Staatsschulden oder höhere Steuern oder anderes zu haben, sondern es ging wirklich darum anzunehmen, dass sie eingehalten worden ist. Für vier Fraktionen war es so, dass sie sagten, die Einhaltung der Schuldenbremse ist unerlässlich für die Sicherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte. Das sage ich jetzt pointiert. Aber auch das war ein Diskussionsprozess, den wir in der Kommission führen wollten. Anschließend hatten wir aber diese Position im Grunde gefestigt.

Die dritte Prämisse bezieht sich auf die demografischen Grundlagen. Von welchen Voraussetzungen im Jahr 2013, als wir die Arbeit aufgenommen haben, gehen wir aus? Wir waren erst sehr zuversichtlich und sagten: Wir nehmen die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung von IT.NRW. Das ist die Basis, auf der wir arbeiten. 2013 lautete die Auskunft: Wir werden für die Dekade bis 2030 mit einem Rückgang der Bevölkerung zu rechnen haben. Wir werden älter und bunter, aber weniger. Das ist eine Grundlage, auf der man arbeiten kann. Sie können sich vorstellen, dass bestimmte Gedankengänge daraus erwachsen.

2015 kamen aktualisierte Zahlen zu uns auf den Tisch. Da hat es auf einmal eine Entwicklung gegeben, die wir 2013 und 2014 während unserer Arbeit

nicht bestätigt sehen konnten. Aber 2015 sagte man: Wir rechnen mit einer Bevölkerungssteigerung bis 2025. Dann erst wird der Rückgang eintreten, aber langsamer als befürchtet.

Nun stand die Kommission im April 2015 vor der Überlegung, wie wir das einbauen sollen. Sollen wir alle unsere Zahlenmaterialien verwerfen? Gibt es bestimmte Punkte, die nicht mehr haltbar sind?

Wir haben die Entscheidung in der Kommission dann in der Weise getroffen, dass wir die Entwicklung des Zahlenmaterials konstatieren, aber wir haben auch festgestellt, dass die Empfehlungen Bestand haben, die wir im Hinblick auf Integration zum Beispiel und auch auf bestimmte Weichenstellungen getroffen haben und die Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung haben könnten. Von daher hat sich die Datengrundlage zwar verändert, aber die Konsequenzen, die wir gezogen haben, finden weiterhin unsere Zustimmung. Dabei hatten wir noch nicht die Entwicklungen durch die Flüchtlinge im Blick, die ja auch eine Chance für die Entwicklung der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen sind.

So weit die Prämissen unserer Kommissionsarbeit.

Meine Aufgabe ist es, einen Bericht zu erstatten. Es ist nicht meine Aufgabe, Ihnen das Lesen zu ersparen. Deswegen möchte ich nur zu bestimmten Bereichen einzelne Akzentsetzungen bringen, die von besonderer Bedeutung sind oder die man letztlich von der Einschätzung her in diesem Rahmen noch einmal besonders benennt. Ich weiß ja, dass die Sprecher gleich noch einmal ihre Sichtweise darstellen, sodass Sie doch einen umfassenden Eindruck von unseren Positionen bekommen werden.

Das Kapitel „Bildung“ ist das Kapitel, das gerade angesichts der Bevölkerungsentwicklung für mich – ich bin Bildungspolitikerin – die größte Bedeutung haben wird. Wir haben nämlich festgestellt, dass das entscheidende Lernalter, die besten Bildungsmöglichkeiten nicht bei den Ende-Zehnjährigen oder Anfang-Zwanzigjährigen liegt, sondern in der ganz frühen Kindheit. Deswegen müssen wir, damit alle Chancen wirklich gehoben werden können und Kinder sich bestmöglich entwickeln können, die frühkindliche Bildung stärker in den Vordergrund bringen.

Das ist ein Stück weit ein Paradigmenwechsel, weil wir bisher immer sehr stark in der Bildungspolitik gesagt haben, wir müssen sehen, dass wir möglichst viele qualifizierte Abiturienten produzieren. Aber der entscheidende Punkt ist nicht, in der späten Phase fördernd einzugreifen, sondern in der ganz frühen. Das bedeutet, frühkindliche Bildung zu intensivieren und die Qualitätsentwicklung in der Kindertageseinrichtung sehr stark zu fördern. Das bedeutet, Sprachbildung und Sprachförderung in den Vordergrund zu stellen; denn Sprache ist der

Schlüssel zur Erschließung der Welt. Daher brauchen wir im Grunde diesen Schwerpunkt.

Das zweite entscheidende Gewicht im Bereich „Bildung“ bekam die Revitalisierung der beruflichen Bildung. Das ist zu dem, was ich eben zur akademischen Bildung sagte, die bisher sehr stark im Vordergrund stand, die schlüssige Ergänzung. Beide Säulen der Ausbildung – die akademische und die berufliche – sind für unsere gesellschaftliche Entwicklung von großer Bedeutung. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass das auch in das Bewusstsein der Bevölkerung dringt und dass man wirklich das Potenzial, was wir in den jungen Menschen haben, die in unserer Gesellschaft leben, heben, damit sie eine erfolgreiche Ausbildung im dualen System auch abschließen können.

Die dritte Forderung, die wir im Bereich der Bildung aufgestellt haben, lautet, dass wir eine nachhaltige Förderung von Migranten brauchen. Das war angesichts der Zahlen 2013. Ich kann Ihnen dazu sagen, dass diese Forderung und diese Unterstreichung des Handlungsbedarfs Bestand hat. Ich werde gleich noch an einzelnen Handlungsempfehlungen aufzeigen, dass wir da auf dem richtigen Weg sind und wir das intensiv nach vorne bringen müssen.

Daher schlage ich jetzt auch die Brücke zum Kapitel „Arbeitsmarkt“. Dazu haben wir in den Handlungsempfehlungen 1 bis 7 unsere Vorstellungen zur Förderung und zur Unterstützung der Migranten im Bereich Integration aufgeschrieben. Das sind die Punkte, wo man sagen kann: Lasst uns das mit Intensität und Engagement auf den Weg bringen. Denn das ist es, was wir eigentlich wirklich brauchen.

Es stellte sich allerdings auch die Frage, wie es gelingen kann, mehr Personen für den Arbeitsmarkt zu gewinnen. Hier kommen Dinge ins Spiel, die Ihnen nicht ganz fremd sind, die man aber mit Nachdruck nach vorne bringen muss.

Zum einen geht es um Flexibilität in den Beschäftigungsformen, zum anderen geht es um Lebensarbeitszeitkonten. Das heißt, ein Betroffener hat beispielsweise Bedarf in der Familienphase oder zu anderen Zeiten, in denen er seine Eltern pflegen muss. Wir brauchen also Lebensarbeitszeitkonten oder Arbeitszeitkonten, damit wir da mehr Flexibilität hineinbringen können.

Darüber hinaus haben wir durch eine wirklich intensive Diskussion deutlich gemacht, dass wir den Wettbewerb erhalten müssen. Ganz entscheidend für die Zukunft unseres Landes und die Entwicklung der Gesellschaft ist, dass wir den Wissenschafts- und Forschungsstandort Nordrhein-Westfalen erhalten, nach vorne bringen und immer wieder mit Anstößen und Impulsen versorgen.

Zum Kapitel „Infrastruktur“. Wir haben als Politiker des Landes die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass wir im Land eine Chancengerechtigkeit si-

chern. Das ist angesichts der unterschiedlichen Lebensbedingungen eine große Herausforderung. Deswegen stellte sich die Frage: Wie können wir vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung die Versorgung mit technischer und sozialer Infrastruktur gewährleisten?

Diese ausgabenintensiven Fachplanungen im technischen Bereich oder auch im regionalen Infrastrukturbereich muss man in den Blick nehmen, und dann muss man sehen, dass man sich vom Kirchturmdenken verabschiedet und hin zu Überlegungen zum Aus- und Rückbau von Einrichtungen kommt. Ich kann es jetzt im Grunde nur streifen, aber das sind Gedanken, die uns aufgrund von Gutachten, die wir eingeholt haben, mit auf den Weg gegeben wurden.

Es ist mir besonders wichtig, dass ich einen Bereich aus der Raumplanung erwähne, bei dem die Kommission die Chance zur Nichtöffentlichkeit meiner Ansicht nach besonders gut genutzt hat. Wie können sich kleine Orte im Land entwickeln? – Da gibt es bestimmte Vorgaben des Landesentwicklungsplans, und es wird diskutiert. Wir haben uns überlegt, dass wir ein Zentrale-Orte-Konzept erstellen müssen, mit dem man deutlich macht, dass in der Fläche Entwicklung möglich bleiben muss. Wir dürfen nicht sagen: „zu wenig Einwohner, keine Entwicklung“, denn das wäre dann im Grunde ein Raum, den wir nicht weiter fördern könnten.

Wir haben in der Handlungsempfehlung 119 deutlich gemacht, dass ein Verzicht auf Einwohnerschwellenwerte wichtig ist. Wir müssen eher bewerten, welche regionalen Entwicklungschancen es gibt, wie das Umfeld ist und wie man letztlich auch die Gesamtregion in den Blick nehmen kann. Auch hier ist sichtbar, dass der Kommission wichtig war, die entscheidenden regionalen Belange zu treffen, nicht so sehr das Kirchturmdenken weiter zu fördern, sondern Offenheit zu planen.

Wir haben über den öffentlichen Dienst gesprochen, und da werden Wörter und Begriffe auftauchen, von denen Sie sagen: Kenne ich schon. – Aber es geht nicht anders. Wir müssen Dienstrechtsreform und Versorgungsrechtsreform in den Blick nehmen. Wir müssen Verwaltungsreformen in den Blick nehmen. Ich denke, das ist ein sehr lohnendes Kapitel, das wir erarbeitet haben. Ich werde es nicht weiter ausführen können, aber das sind die Punkte, in denen wir wirklich herausgefordert sind.

Wir haben in der Gedenkstunde für Dr. Lenz gehört, dass er eine Dienstrechtsreform für Beamte angemahnt hat. Das hat mich schlucken lassen, dass wir da immer noch nicht so weit vorangekommen sind, wie es eigentlich nötig wäre.

Das brisante Kapitel „Finanzpolitische Herausforderungen“ möchte ich nur streifen. Worum geht es der zentralen Kontroverse: um höhere Staatsverschuldung, höhere Steuern oder um eine wachstumsori-

enterte Wirtschaftspolitik? – Das waren die beiden sich gegenüberstehenden Positionen. Sie können in den Sondervoten nachlesen, wie sich die Fraktionen CDU und FDP positioniert haben und wie die regierungstragenden Fraktionen in diesem Konsensprozess beteiligt waren.

Ich möchte drei Dinge nennen, die uns besonders wichtig sind und für die wir uns auch eingesetzt haben. Es geht um die Einführung eines Demografiechecks für Gesetze und Verordnungen, um die Nachhaltigkeit und um die Berücksichtigung der Belastungen der kommenden Generationen.

Besonders spannend wird es sein – das ist die Handlungsempfehlung 168 –, wenn es um ein Sondervermögen Infrastrukturfond zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur geht. Und Sie werden auch eine Handlungsempfehlung finden, wonach die Beiträge zur Pensionsvorsorge für neue Beamtenverhältnisse bei Einstellung begleitend zu leisten sind.

Diese 178 Handlungsempfehlungen bieten eine Fülle von Anregungen und Denkanstößen, die uns in der Politik gut begleiten werden.

Am Ende dieser zweijährigen Arbeit frage ich mich: Was bleibt denn jetzt von diesem Ergebnis? – Sie alle haben in Ihren Fächern den Bericht als Drucksache erhalten. Sie sind die politischen Akteure, und insofern ist die Hoffnung auf Umsetzung gerechtfertigt.

Wir haben den Bericht aber nicht nur in Druckfassung erstellt, sondern auch ins Netz gestellt, und es ist ganz interessant: Die Nachfrage ist nach dem Pressegespräch vom Montag vorhanden. Es gibt durchaus eine interessierte Öffentlichkeit, die diese Anregungen, diesen Bericht lesen möchte. Das lässt mich hoffen, dass die Gesellschaft für die Herausforderungen des demografischen Wandels und der Handlungsbereiche sensibilisiert werden kann, und das lässt mich auch hoffen, dass wir für Politik und Forschung entsprechende Anregungen setzen können.

Meine lieben Kommissionsmitglieder, wir sind nun ein Stück Wegstrecke gemeinsam gegangen. Ich denke, auch uns obliegt aufgrund unserer Arbeit eine besondere Verpflichtung, nämlich die Verpflichtung zu aufmerksamer Wachsamkeit und notwendiger Ermahnung. Wir haben uns intensiv mit bestimmten Bereichen auseinandergesetzt, und wir haben gemeinsam Entscheidungen getroffen, von denen wir überzeugt sind, dass sie zum Wohl unseres Landes sind.

Da frage ich mich: Müssten wir nicht mit Blick auf TOP 23 vom Mittwoch – da geht es um das Gesetz zur Errichtung des Pensionsfonds – kräftig Einspruch erheben? Wäre das nicht eine Konsequenz unserer Arbeit? – Wir haben konstruktive Vorschläge erarbeitet. Das wird sich im Prozess der Bearbeitung dieses Gesetzentwurfes noch zeigen.

Und was bleibt von unserem persönlichen Einsatz in diesen vergangenen zwei Jahren? – Das wird sicherlich die eine oder der andere von Ihnen unterschiedlich einschätzen. Aber wir haben die positive Erfahrung gemacht, dass es gelingen kann, fraktionsübergreifend, pragmatisch und konstruktiv zusammenzuarbeiten. Das ist eine Erfahrung, die im politischen Alltag noch nachstrahlt. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche eine gute weitere Debatte.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Recht herzlichen Dank, Frau Kollegin Birkhahn, für diesen Bericht über die Arbeit der Enquetekommission und für die Vorlage des Abschlussberichts.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Weske das Wort. Bitte.

Markus Herbert Weske (SPD): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Heinrich Heine erklärte das Grundübel der Welt aus dem Umstand, dass der liebe Gott zu wenig Geld erschaffen habe. Insofern gibt es Finanzminister, und jetzt liegt uns der Bericht dieser Kommission vor, weil uns dieser Umstand angetrieben hat.

Frau Birkhahn, Sie haben sich eben bei vielen Leuten bedankt. Im Namen der SPD-Landtagsfraktion möchte mich auch bei all denjenigen bedanken, ganz besonders aber auch bei Ihnen. Durch Ihre Empathie und Entschlossenheit haben Sie dafür gesorgt, dass der Bericht so gut geworden ist, wie er jetzt hier vorliegt. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Dieser Dank gilt natürlich auch Ihrem Büro mit allem Drumherum und auch den Wissenschaftlern. Bei der Trauerstunde für Herrn Lenz wurde erwähnt, dass er dafür gesorgt hat, dass wissenschaftliche Referenten bei den Fraktionen arbeiten. Die fünf wissenschaftlichen Referenten haben dafür gesorgt, dass wir in den Sitzungen immer gute Grundlagen für die Debatten hatten.

(Beifall von allen Fraktionen)

Im Übrigen ist auch Herr Dr. Terfrüchte hier. Er konnte vorhin nicht winken, weil er irgendwo sitzt, wo er nicht sitzen darf. Auch er ist herzlich willkommen.

Wir haben es schon angesprochen: Es ist in der Tat ein Problem gewesen, dass die neuesten Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung das Ganze, was wir uns vorgenommen haben, ein bisschen über den Haufen geworfen haben. Eigentlich hatten wir gedacht, wir werden immer weniger. Doch nun, nach den neuesten Zahlen, werden wir 2030 – wir haben uns ja über den Zeitraum 2020 bis 2030 unterhal-

ten – in Nordrhein-Westfalen mehr Leute sein, als wir heute sind. Deswegen mussten wir im Detail noch einmal schauen, was noch Sinn macht.

Wir sind an vielen Stellen zu dem Ergebnis gekommen, dass die Handlungsempfehlungen nach wie vor ihren Sinn haben. Auf einige Dinge möchte ich eingehen.

Wir haben schon von der Fachkräftesicherung gesprochen. Wir haben sehr viele Empfehlungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgesprochen. Die Frauenerwerbsquote liegt in Nordrhein-Westfalen bei unter 40 %. Wir sind in Schweden gewesen und haben uns das angeschaut. Dort liegt die Frauenerwerbsquote bei 70 %. Dementsprechend gibt es sehr viele Handlungsempfehlungen dazu.

Nun muss man ehrlicherweise sagen – das klang so auch bei den Journalisten am Montag bei der Pressekonzferenz an –, die hätten 178 Handlungsempfehlungen erwartet und dahinter eine Zahl, wie viele Milliarden wir dadurch einsparen. Das wäre denen lieber gewesen. Aber in der Tat – ich habe es noch einmal überschlagen –: 59 Handlungsempfehlungen, also etwa ein Drittel, kosten erst einmal Geld.

Da sind wir bei einem wichtigen zweiten Bereich. Neben den Investitionen, die wir zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf vornehmen wollen, müssen wir auch die Frage der Remanenzkosten überlegen: Was ist mit den Straßenzügen, in denen kaum noch Leute wohnen? Bekommen wir es hin, die gesamte Kanalisation usw. für viel Geld auf Dauer aufrechtzuerhalten? Oder muss man tatsächlich auch mal den Schnitt machen und sagen: Wir investieren an dieser Stelle in den Rückbau. Das ist erst einmal teurer, aber auf Dauer hat man die ganzen Folgekosten nicht mehr.

Ein weiterer Punkt, der mir persönlich sehr am Herzen liegt, weil er auch sehr bürgernah ist und ich mich selbst schon oft genug die Schwindsucht darüber geärgert habe, ist, dass wir Bürgerbüros brauchen, wo – egal, ob es sich um kommunale, Landes- oder Bundesdinge handelt – quasi alles aus einer Hand für die Bürgerinnen und Bürger gemacht wird. Das macht die Sache auf Dauer finanzierbar, gerade in den Regionen, in denen wir weniger werden. Es ist natürlich als Service für den Bürger viel interessanter, wenn er seine Hochzeit für das Standesamt anmelden und parallel dazu schon die Lohnsteuerklasse ändern kann. Das ist aktuell leider nicht der Fall.

An solchen kleinen Dingen haben wir also auch gearbeitet. Aber wenn man das angeht, kommt es den Menschen sofort zugute.

Das führt dazu, dass man an vielen Stellen von einer Pro-Kopf-Förderung, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wegkommen muss. Man muss sich die inhaltlichen Probleme im Detail ansehen und sagen: Auch wenn es weniger Menschen wer-

den, brauchen diese erst einmal eine andere Finanzierung, um den demografischen Wandel gestalten zu können.

Wir haben auch festgestellt, dass es ein paar Ungeheimtheiten gibt. Der Pensionsfonds ist eben schon angesprochen worden. Wir haben uns die Beihilfegskosten angesehen, und wir haben alle gedacht: Gut, dem ist so. Die Belegschaft bei uns in den Verwaltungen wird immer älter. Also werden auch die Beihilfegkosten für die aktiven Beamtinnen und Beamten steigen.

Dann haben wir uns jedoch die konkreten Zahlen angesehen, und siehe da, sie sind im letzten wie auch im vorletzten Jahr gesunken. So einfach ist die Welt eben nicht. Wir haben dann gesagt, dazu können wir keine Handlungsempfehlung machen, außer dass man schaut, wie die Entwicklung ist. Es gibt auch in der Wissenschaft unterschiedliche Theorien, wie sich das im Gesundheitswesen finanziell auswirken wird. Meine Kollegin Daniela Jansen wird darauf gleich noch eingehen.

Zum Pensionsfonds. Ja, wir haben gerade, was den Bereich finanzieller Forderungen angeht, unterschiedlichste Forderungen aufgestellt. Es gibt von den Piraten und von CDU und FDP entsprechende Sondervoten. Da sind wir in der Tat unterschiedlicher Meinung. Wir waren uns bei dem Thema Infrastruktur mit der CDU einig, dass wir da einen solchen Fonds aufbauen wollen, der, wenn es geht, den Kommunen helfen soll, ihre Probleme zu lösen. Aber wir waren uns uneinig, ob auch privates Kapital mit hineinfließen soll. An der Stelle sind dann halt Unterschiede, und da müssen wir durch. Diese Unterschiede werden uns sicherlich in den nächsten 50 Jahren auch noch begleiten. Da mache ich mir keine Sorgen.

Das war's dann an dieser Stelle von mir. Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für die zwei Jahre in verschlossenen Räumen – bis spät freitag-nachmittags. Es war auch mitunter sehr unterhaltsam.

Auch ich für meine Person muss sagen: Ich habe vor allem von den Wissenschaftlern sehr viel gelernt und bedanke mich bei denen noch einmal, dass sie es schafft haben, die Wissenschaft für uns als Politiker zu übersetzen, dass wir es auch begreifen konnten und in entsprechende Forderungen umsetzen konnten. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Weske. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schmitz das Wort.

Hendrik Schmitz (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dem Dank des Kollegen Weske an alle, die

mit uns gearbeitet haben, kann ich mich nur allumfänglich anschließen. Ich fand, das war ein sehr kollegiales, ein sehr teamhaftes Zusammenarbeiten. Die Frau Vorsitzende hat es immer gut geschafft, uns zusammenzubringen, und auch dafür gesorgt, dass nicht alles in der Luft zerrissen wurde, was denn so angedroht wurde.

(Beifall von Martin-Sebastian Abel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, vor zwei Jahren haben wir als Landtagsfraktion die Einsetzung der Enquetekommission beantragt. Warum haben wir das getan? Weil sich zuvor niemand in Nordrhein-Westfalen – weder Landesregierung noch Landtag – mit dem demografischen Wandel wirklich konstruktiv beschäftigt hat. Sicherlich ist es so, dass irgendwo immer etwas zu dem Thema entstanden ist. Aber strategisch hat man sich hier bei uns noch nicht damit auseinandergesetzt.

Wir wollten damals – das war der Sinn, und das ist, glaube ich, auch das Ziel gewesen; wir können auch ein Stück weit stolz darauf sein, dass wir es geschafft haben – eine Kommission, die gestaltet, die nach vorne guckt, die eben nicht immer nur diesen Rückblick hat, was in der Vergangenheit passiert ist, sondern sich überlegt, wie Nordrhein-Westfalen in der Zukunft aussieht. Der Blick in Nordrhein-Westfalen muss unseres Erachtens nach vorne gehen und nicht nach hinten.

Aber was heißt das? Das heißt, dass wir nachhaltige und langfristige Politik nicht mit dem nächsten Wahltermin verbinden müssen und dass sie damit auch nicht enden darf und – das haben wir schon bei der Einbringung unseres Antrags zur Enquete gesagt – dass die Dringlichkeit durchaus gegeben ist.

Jetzt liegt uns dieser Abschlussbericht vor mit nahezu 180 Handlungsempfehlungen, die der Politik, die uns helfen können, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu meistern. Diese Dringlichkeit, die ich eben angesprochen habe, hat jetzt nicht abgenommen – im Gegenteil. Wir haben auf sehr vielen Seiten mit sehr vielen Handlungsempfehlungen und einem großen Analyseteil belegt, dass wir Veränderungen brauchen. Es gibt also jetzt auch für uns keine Entschuldigungen und keine Ausreden mehr, warum wir nicht handeln.

Meine Damen und Herren, mit den vorliegenden Empfehlungen, um schnellstmögliche Effekte zu gewinnen, müssen wir frühzeitig anfangen. Ich möchte das mal an einem Beispiel verdeutlichen – da nehme ich die Landesregierung auch gerne mit ins Boot –: Wir haben eine Handlungsempfehlung zur Einführung eines Demografiechecks. Das ist Handlungsempfehlung 178, wer es gerade noch einmal nachschlagen will. Das ist eine leicht umzusetzende Sofortmaßnahme. Frau Birkhahn hat es eben angesprochen. Die Kommissionsmehrheit hat sich für diese Sofortmaßnahme ausgesprochen.

In der Pressekonferenz habe ich, Kollege Weske, auch verlauten hören, dass die Regierungsfraktionen, zumindest ein Teil, durchaus bereit wären, darüber noch einmal zu reden. Aber das hätten wir gut und gerne – das muss ich an der Stelle auch sagen – schon im Mai 2014 haben können. Da haben meine Fraktion und ich nämlich genau diesen Demografiecheck gefordert. Leider sahen Sie sich da, SPD und Grüne, nicht in der Lage zuzustimmen. Das ist insofern für mich noch bedauerlicher, als man heute an dieser Stelle nicht nur über diesen Bericht hätte diskutieren können, sondern vielleicht schon eine erste Bilanz über Demografiechecks im Land Nordrhein-Westfalen hätte ziehen können.

Aber ich will Ihnen nicht die Lernfähigkeit komplett absprechen. Deswegen sage ich Ihnen an dieser Stelle – und ich freue mich auf die Diskussion –, dass wir den Antrag noch einmal stellen. Dann können wir gerne ins Detail gehen. Dann können wir gerne auch darüber diskutieren, was man da verändern muss. Ich finde aber, letztendlich ist entscheidend, dass in dieser Frage etwas passiert. Da dürfen Demografiechecks erst der Anfang sein. Ich lade Sie und euch herzlich ein, mit uns darüber zu diskutieren, damit wir das schnellstmöglich umsetzen.

(Beifall von der CDU)

Neben dieser ersten Sofortmaßnahme haben wir zahlreiche weitere Handlungsempfehlungen und Erkenntnisse erarbeiten können. Da möchte ich gerne an der einen oder anderen Stelle schon ins Detail gehen.

Einen Punkt finde ich persönlich besonders wichtig, auf den wir uns in der Kommission verständigt haben, nämlich dass Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen der Schlüssel für dauerhaft tragfähige Haushalte und eine demografische Vorsorgepolitik ist. Bei sinkender Zahl der Steuerzahler lassen sich über eine konstante oder auch steigende Steuerkraft die öffentlichen Haushalte in der Zukunft stabilisieren. Das heißt, je stärker die nordrhein-westfälische Wirtschaft wächst, je mehr Steuereinnahmen generiert der Staat. Damit fällt die Stabilisierung der öffentlichen Haushalte in der Zeit nach 2020 relativ leichter. Das ist ein einfacher Dreisatz, der eigentlich allem zugrunde liegt.

Mit dem Beschluss der Enquetekommission schreiben wir der Landesregierung zugleich etwas ins Stammbuch. Soll die Wirtschaft wachsen, dann müssen auch die Bedingungen hier in Nordrhein-Westfalen stimmen. Da ist es dringend nötig, dass sich unser Land wieder dem Wachstum im Bundeschnitt annähert. Das steht in unserem Bericht drin. Denn hier bleiben wir derzeit weit hinter unseren Möglichkeiten zurück.

In unserem Sondervotum gemeinsam mit der FDP kritisieren wir deutlich, dass die Landesregierung bereits in den 80er-Jahren zu sehr auf strukturkon-

servierende Maßnahmen gesetzt hat, anstatt sich an einer wachstumsorientierten Politik zu orientieren.

(Beifall von der CDU)

In der Folge – das ist das grundlegende Problem, über das wir gesprochen haben – hat sich der Wachstumsrückstand in NRW im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern seit 1990 um mehr als 9 Prozentpunkte aufsummiert. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe das auch schon in den Sitzungen gesagt: Wir müssen uns das noch einmal verdeutlichen. Wäre die Wirtschaft in NRW seit 1990 nur im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer gewachsen, dann hätten wir heute jährliche steuerliche Mehreinnahmen von rund 3 Milliarden € und rund 300.000 Menschen mehr in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

Herr Finanzminister, das wäre eine Situation, wenn Sie das jetzt einmal vor Ihrem Auge durchspielen, in der Sie auch in Haushaltsdebatten ganz anders argumentieren könnten, wenn man sich die heutige Situation anschaut. Aber es soll verdeutlichen, dass wir wirtschaftliches Wachstum als Grundlage brauchen. Und das heißt – das haben wir auch erkannt –, dass wir mehr wirtschaftliche Freiräume brauchen statt bürokratischer Regelungen und dass wir uns den Zukunftsthemen mehr widmen müssen.

In der Handlungsempfehlung 29 haben wir formuliert, dass die Verfügbarkeit von Breitband prioritär behandelt werden soll, weil Digitalisierung einen besonderen Stellenwert im Zuge des Wirtschaftswachstums in Nordrhein-Westfalen hat. Da spricht sich die Kommission im Abschlussbericht auch deutlich gegen die Linie der jetzigen Politik aus, den Breitbandausbau – ich will es mal so nennen – stiefmütterlich zu behandeln. Darüber haben wir heute Morgen schon diskutiert. Aber hier werden derzeit die Reserven für Nordrhein-Westfalen, weil ein vernünftiges Ausbaukonzept nicht vorhanden ist, vergeudet.

Eine Zahl, die uns in der Kommission vom Fraunhofer Institut mit auf den Weg gegeben wurde, ist, dass Industrie 4.0, was mit der Digitalisierung extrem verknüpft ist, alleine in Nordrhein-Westfalen – Herr Finanzminister, das ist vielleicht eine Zahl, die Sie auch mitnehmen – ein Wachstumspotenzial von rund 1,7 % hat. Das heißt, hier können wir schon eine wahnsinnige Lücke schließen, um dieses Wirtschaftswachstum und dann stabilisierte öffentliche Haushalte zu generieren.

Es ist unvermeidbar, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass wir bei Forschung und Entwicklung mehr tun. Es ist wichtig, dass wir hier, wenn wir in Nordrhein-Westfalen klassischer Industriestandort sind, wo zwei Drittel aller Investitionen auf industrielle Wertschöpfung zielen, mehr tun. Da ist es viel zu wenig, und das hat uns die Wissenschaft auch at-

testiert, wenn wir uns in Nordrhein-Westfalen an dem 3-%-Ziel orientieren. Da müssen wir dringend besser werden, und unser Anspruch muss auch besser sein. Das heißt, wenn wir Industrieland sein wollen, dann müssen wir uns mit den Besten messen. Da sind 3,5 % das Mindestmaß, das man anlegen muss. Hier ist noch viel zu tun, hier müssen wir anpacken. Das zeigt uns der Bericht der Kommission deutlich.

Für den Bereich der öffentlichen Verwaltung haben wir allein 24 Handlungsempfehlungen in den Abschlussbericht geschrieben. Da ist das Problem, und das ist auch eben angesprochen worden, dass der demografische Wandel definitiv kommt, er sich aber nicht im Detail so voraussagen lässt. In der Konsequenz bedeutet das, dass wir im öffentlichen Sektor erhöhte Flexibilität auch bei dem Einsatz der Personalressourcen brauchen.

Es stellen sich auch die Fragen, die man diskutieren muss, ob wir bei einer schrumpfenden Gesellschaft noch genauso viele Beamte wie derzeit benötigen und welche Pflichtaufgaben denn dieses Land den Kommunen, deren Einwohnerzahlen stärker schrumpfen oder gar ganz stark schrumpfen, noch auferlegen kann, besonders wenn offensichtlich ist, dass sie diese Pflichtaufgaben nicht mehr erfüllen können.

Da haben wir als Antwort in der Kommission einen wichtigen Punkt, nämlich dass es notwendig ist, dass wir die interkommunale und interregionale Zusammenarbeit stärken und ausbauen. Das ist die Antwort in der Zukunft, wenn man die Kosten für die Kommunen, die vom demografischen Wandel betroffen sind, in den Griff bekommen will.

Wir brauchen Kostentransparenz. Es reicht nicht, wenn im Haushalt immer nur steht, was der aktive Beamte kostet. Wir müssen uns im Rahmen der Kostentransparenz verdeutlichen, was er insgesamt kostet, also mit Pensionen. Das haben wir in der Handlungsempfehlung 165 nahegelegt. Das würde uns bei unserer politischen Entscheidung schon viel helfen.

Ich möchte noch kurz auf die Versorgungsrücklage zu sprechen kommen, weil – und da habe ich mich sehr geärgert – hier das aktuelle politische Handeln der Landesregierung dem entgegensteht, was wir in der Kommission besprochen haben. Lieber Kollege Weske, es ist eben so, dass wir uns darauf geeinigt haben, dass wir zumindest in Höhe der kalkulatorischen Beitragssätze diese Versorgungsrücklagen feststellen und dass wir sie unberührt lassen.

Wenn ich dann das aktuelle politische Handeln des Finanzministers in den letzten Wochen sehe, dann ist das nicht das, was wir uns in der Kommission als generationengerecht vorgestellt haben, nicht das, was wir uns vorstellen, wenn es heißt: generationengerechte Politik. Da kann ich Ihnen nur sagen: Reden Sie mit Herrn Walter-Borjans, zeigen Sie ihm

diese Handlungsempfehlung und sagen Sie ihm, dass wir nicht zwei Jahre umsonst gearbeitet haben!

(Beifall von der CDU)

Beim Infrastrukturfonds, um darauf kurz einzugehen, haben wir ein Sondervotum abgegeben, das deutlich zukunftssicherer ist, Kollege Weske. Ich verstehe gar nicht, warum Sie hier von Gegensätzen sprechen, die über Jahre noch bestehen werden. Das, was wir vorgeschlagen haben, nämlich die Infrastruktur zu einem nationalen Pakt zu machen, dass wir das mit Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam machen, ist genau das, was Wirtschaftsminister Gabriel mit der Fratzscher-Kommission in Auftrag gegeben hat. Das sind exakt die Formulierungen, die aus dem Wirtschaftsministerium des Bundes kommen. Wir laden Sie ein, diese mitzutragen.

Ich weiß nicht, wo da der Widerspruch ist. Ich sehe ihn eher in Ihrer Partei als in unserem Vorschlag. Wir denken, dass es eben zukunftssicherer ist, dort nicht die Pensionen der Beamten mit einzuführen. Wir meinen auch, dass es eine ebenenübergreifende Aufgabe ist und dass es durchaus sinnvoll sein kann, im Sinne von Bürgerfonds private Investitionen dort mit einzubinden. Aber gut, das werden wir sicherlich noch einmal diskutieren.

Mir kommt es noch auf einen Punkt an. Ich stehe hier nicht nur als Abgeordneter, als Mitglied einer Kommission oder als Sprecher meiner Fraktion, sondern ein Stück weit auch als Vertreter – das geht vielen in der Kommission so – einer jüngeren Generation. Da muss uns auch klar sein: Wenn wir Spielräume schaffen oder bewahren wollen, müssen wir heute verantwortungsbewusste Finanzpolitik betreiben, dann müssen wir Wirtschaftswachstum generieren. Wir müssen konsolidieren, wir müssen Aufgabenkritiken vornehmen und dementsprechend dann auch handeln, und wir müssen in größeren Zeiträumen denken.

Demografiechecks, die ich eben angesprochen habe, sind ein guter Anfang, genauso wie die zahlreichen weiteren Handlungsempfehlungen. Aber wenn dieser Abschlussbericht, wenn dieser Kommissionbericht nicht nur für die Archive gewesen sein soll, dann muss daraus auch etwas entstehen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Bundesregierung hat in den vergangenen Tagen die Weiterentwicklung ihrer Demografiestrategie veröffentlicht, die es bereits seit dem Jahr 2012 gibt. Ich sage Ihnen hier an dieser Stelle: Wenn wir das ernst nehmen wollen, dann brauchen wir eine Demografiestrategie für Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen das, was wir als Ausfluss aus der Enquete haben, in aktive Politik umgesetzt. Deswegen schlagen meine Fraktion und ich – wir werden das auch parlamentarisch einbringen – eine Demografiestrategie vor, damit diese guten Ideen, die wir in

der Enquetekommission hatten, nicht ganz in schönen Reden und Archiven verloren gehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir als Politik gestalten wollen, dann müssen wir etwas tun. Wir haben Ihnen gute Ideen vorgelegt. Unser Land braucht konkrete Politikideen. Ich fordere Sie auch als Vertreter der jungen Generation auf: Werden Sie hier aktiv, lassen Sie die guten Ideen nicht versauern! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Abel.

Martin-Sebastian Abel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es lohnt sich wirklich, diesen Bericht, den Sie heute in Ihren Fächern vorfinden, zur Hand zu nehmen und zu lesen. Es lohnt sich für die Fachpolitikerinnen hier im Hause. Es lohnt sich für die Expertinnen in den Räten, in den Kreisen. Und es hat sich wirklich gelohnt – als Bilanz nach zwei Jahren –, dass wir den Versuch unternommen haben, gemeinsam Vorschläge zu erarbeiten.

Lieber Kollege Schmitz, auch wenn Sie den einen oder anderen Vorschlag, die eine oder andere Handlungsempfehlung dazu benutzt haben, sie zu „entführen“ und in die Tagespolitik zu ziehen, wo sie vielleicht nicht so ganz gepasst hat,

(Zuruf von Hendrik Schmitz [CDU])

kann das nichts daran ändern, dass wir gemeinsam viele gute Vorschläge im Konsens erarbeiten konnten. Dazu, um einen Konsens zu erreichen, gehört, jenseits der Tagespolitik aufeinander zuzugehen und manche Formulierung zu verändern. Die Ziele waren meistens dieselben, bei den Wegen waren wir hingegen manchmal unterschiedlicher Ansicht.

Das war auch der Fall bei den von Ihnen erwähnten Infrastrukturfonds, wenn es um die ÖPPs geht; wir hatten das gestern schon in der Haushaltsdebatte. Sie wissen auch, dass es bei Ihrem Weg Diskussionsbedarf gibt, weil uns die Wissenschaft und der Bundesrechnungshof eindeutig sagen: Bei den Infrastrukturmaßnahmen, bei denen wir privates Kapital mit hineingenommen haben, hat am Ende die öffentliche Hand immer mehr gezahlt. Hier müssen wir vorsichtig sein. Das können wir so nicht eins zu eins machen, und deswegen haben wir das auch im Analyseteil und in der Handlungsempfehlung klargestellt. Wir haben hier dasselbe Ziel, indem wir glauben, dass ein solcher Infrastrukturfonds richtig ist, aber einen anderen Weg.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist nur eines von vielen Beispielen, das ich aufgrund der Kürze der Zeit aus zwei Jahren Kommissionsarbeit erwähnen möchte.

Ich bin den Kolleginnen und Kollegen und vor allen Dingen den Sachverständigen sehr dankbar, dass wir so gut zusammenarbeiten konnten. Viele der Vorschläge wären hervorzuheben. Ich will mich aber auf zwei Aspekte kurz konzentrieren; Frau Kollegin Velte wird weitere im zweiten Block erwähnen.

Mir sind besonders die Handlungsempfehlungen im Bereich des öffentlichen Dienstes wichtig. Der demografische Wandel verlangt auch von unserer Verwaltung Anpassung: Wir haben steigende Pensionierungszahlen, und wir werden einen Wiederbesetzungsbedarf in der Dekade 2020 bis 2030 haben, der so noch nie dagewesen ist. Deshalb empfehlen wir als Enquetekommission die Förderung und Stärkung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in vielen konkreten Punkten – 25 Handlungsempfehlungen allein für diesen Bereich. Zu den Empfehlungen gehören neben der Modernisierung und der Digitalisierung, die Bürgerbüros, die Flexibilisierung des öffentlichen Dienstes sowie der Zugang zur Wirtschaft und der Austausch mit der Wirtschaft.

Bei den finanzpolitischen Aspekten haben wir festgestellt, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern besonders große Herausforderungen verzeichnen, weil wir erst sehr spät anfangen können, zu tilgen, und wir durch unsere Industriegeschichte besonders viele Großstädte haben, die durch den Strukturwandel besonders hohe Finanzbedarfe und besonders hohe Verschuldungsraten haben. Dadurch haben wir auch einen besonders hohen Bedarf bezüglich des Erhalts der Infrastruktur und setzen deshalb auf eine präventive wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, die Einrichtung des Sondervermögens, des sogenannten Infrastrukturfonds, und die Gesetzesfolgenabschätzung um den Bestandteil des demografischen Wandels.

Mitten in der Kommission haben wir dann die aktuelle Prognose bekommen, und einige Kollegen haben auf dem Flur schon gefrotzelt: „Ja, jetzt könnt ihr das Ganze im Grunde sein lassen, das hat sich erledigt.“ – Nein, es gilt nach wie vor: Wir werden bunter, wir werden älter, wir werden weniger.

Auch wenn wir in diesen Tagen die Frage der Flüchtlingszahlen, die uns alle beschäftigt, und darüber diskutieren, was das für uns bedeutet – wie viele bleiben hier, und wie integrieren wir sie? –, kann ich den Kolleginnen und Kollegen sagen: Diese Handlungsempfehlungen, dieser Bericht ist so aktuell wie nie. Die ersten Handlungsempfehlungen drehen sich genau um diesen Bereich: Es geht um Anerkennung von im Ausland erworbener Abschlüsse, um den Arbeitsmarktzugang und um Integrationsmaßnahmen. Ich kann Ihnen diesen Bericht nur empfehlen.

Einen herzlichen Dank nochmals an die Sachverständigen, an die Kolleginnen und besonders an die wissenschaftlichen Referentinnen. Zwei Jahre intensive inhaltliche Arbeit sind auch eine persönliche Zusammenarbeit, und ich habe mich auf die Sitzungen immer gefreut.

Vielen Dank auch der Vorsitzenden, die mit ihrer besonnenen und weisen Art und Weise, Sitzungen zu leiten, dazu beigetragen hat, dass wir den einen oder anderen schrillen Ton, den wir in der Kommission hatten, konsensual auflösen konnten. Dafür mein herzliches Dankeschön!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Abel. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit ist eines der zentralen Themen oder sogar das zentrale Thema für die nächsten Jahre. Es geht darum, wie wir Spielräume für die nächsten Generationen wieder zurückgewinnen können und das in einem Land, das mit über 140 Milliarden € enorm verschuldet ist. Wenn man eine Besuchergruppe fragt, wissen die manchmal gar nicht, wie viele Nullen das noch sind. Deswegen ist es umso wichtiger, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen.

Das Land befindet sich in einer wichtigen Phase. Die verfassungsrechtlich bindende und gesellschaftlich richtige Schuldenbremse gilt auch für Nordrhein-Westfalen. 2020 greift das Verbot der Nettokreditaufnahme für die Länder, und die Haushalte müssen ohne die Aufnahme neuer Schulden ausgeglichen werden. Davon sind wir in Nordrhein-Westfalen jedoch noch weit entfernt.

Die Landesregierung muss endlich anfangen, wirkungsvolle Vorsorge zu treffen.

(Zuruf von der SPD: Mein Gott!)

Es reicht nicht aus, sich nur darauf zu verlassen, dass die positive wirtschaftliche Entwicklung und Steuereinnahmerekorde es schon richten werden. Es müssen jetzt Maßnahmen ergriffen werden, um den Landeshaushalt für die kommenden Jahre zukunftsfähig aufzustellen.

Ein erster Schritt ist eine ehrliche und konsequente Aufgabenkritik. Welche der bisherigen Leistungen der öffentlichen Hand müssen Land und Kommunen tatsächlich anbieten? Gibt es die Möglichkeit, Aufgaben an private Anbieter auszulagern oder durch Kooperationen Einsparungen zu erzielen? Wie kann für die finanzielle Belastung beispielsweise durch die Versorgungsaufwendungen für die Beamtinnen und Beamten oder dringend notwendige Infrastrukturprojekte Vorsorge getroffen werden? Hier sehen

wir die Landesregierung in der Pflicht, tätig zu werden.

Die Enquetekommission hat nach zwei Jahren intensiver Arbeit und Beratung einen umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen vorgelegt. Weil ich jemand bin, der immer versucht, ehrliche und deutliche Worte zu sprechen, muss ich sagen: Wir hätten die eine oder andere Handlungsempfehlung vielleicht noch dazugewinnen können, wenn sich die Piraten an manchen Debatten intensiver beteiligt hätten und wenn insbesondere der Kollege Prof. Bontrup, der von den Piraten benannt wurde, nicht die Zeit damit verschwendet hätte, uns in den Diskussionen zu beschimpfen, sondern sein Fachwissen eingebracht und klar und deutlich gesagt hätte, wofür er steht. Ich glaube, dann wäre sein Wissen hier auch konstruktiv und sicher wichtig gewesen.

(Beifall von der FDP, der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Dank für die fachlich gute Zusammenarbeit und den konstruktiven Dialog möchte ich insbesondere an die anderen Fraktionen richten, an die Experten und an die anderen Kollegen.

Auch wenn wir uns bei unserer Arbeit bei den meisten Punkten in der Zielsetzung einig waren, konnten wir uns an einigen Stellen doch nicht auf einen gemeinsamen Weg dorthin verständigen. Wir haben daher einige Sondervoten erarbeitet, mit denen wir unsere abweichenden Haltungen deutlich machen wollen:

Anders, als es der Abschlussbericht nahelegt, der grundsätzlich davon ausgeht, dass die verfassungsrechtlich bindende Schuldenbremse eingehalten wird, ist meine Fraktion hier eher skeptisch. Ausgehend vom Jahr 2010 müsste das strukturelle Defizit des Landeshaushaltes jedes Jahr um ein Zehntel reduziert werden, um die Schuldenbremse einhalten zu können.

Die Landesregierung muss endlich damit anfangen, ernsthafte Konsolidierungsbemühungen voranzutreiben. Immerhin sprechen wir von 5 bis 10 % des gegenwärtigen Ausgabevolumens, die eingespart werden müssen. Auch die Personalausgaben – ihr Anteil an den Gesamtausgaben betrug im Landeshaushalt 2012 immerhin 43 % – dürfen hier nicht ausgenommen werden.

Die Kommission ist sich einig, dass wir einen öffentlichen Dienst brauchen, der seine Aufgaben zügig und qualifiziert erledigen kann. Dafür muss es wieder attraktiver werden, im öffentlichen Dienst zu arbeiten – sowohl für Berufseinsteiger als auch für an einem Jobwechsel interessierte Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft.

Das Land steht aber auch noch vor einer anderen Herausforderung: Für die Pensionen der Beamtinnen und Beamten muss Vorsorge getroffen werden.

Die geburtenstarken Jahrgänge werden im nächsten Jahrzehnt nach und nach in Pension gehen. Verbunden mit der erfreulicherweise immer höheren Lebenserwartung wird das Problem der auskömmlichen Vorsorge also immer dringender. Zwar bildet das Land Rücklagen in Form der Sondervermögen „Versorgungsfonds“ und „Versorgungsrücklage“, allerdings wird bis 2018 nur eine Summe von 13,1 Milliarden € angespart worden sein. Dem stehen Versorgungsaufwendungen von 87,7 Milliarden € bis zum Jahr 2030 gegenüber. Die Differenz von 74,6 Milliarden € muss weiterhin aus dem Haushalt finanziert werden.

Auch bei der praktischen Umsetzung sehen wir einen Verbesserungsbedarf. Die Ausschüttungsbedingungen der Sondervermögen müssen sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren, und eine Ausschüttung darf nicht linear erfolgen; denn eine Belastungsspitze wird ganz klar für das Jahr 2026 erwartet.

Wir schlagen außerdem ein professionelles Kapitalanlagemanagement vor, das Liquiditätsanforderungen, Risiko- und Renditeaspekte berücksichtigt. Die Landesregierung muss dafür sorgen, dass die Finanzierung der Versorgungskosten in Zukunft ausreichend und transparent gestaltet wird.

Eine der Handlungsempfehlungen im Abschlussbericht lautet, ein Sondervermögen „Infrastrukturfonds zum Wiederaufbau und zur Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur“ einzurichten, um daraus neben öffentlichen Infrastrukturprojekten auch die Beamtenversorgung zu finanzieren. Dagegen wenden wir uns ganz entschieden; denn ein solches Sondervermögen würde dem Grundsatz der Einheit und Vollständigkeit des Haushaltsplanes widersprechen.

Auch die sachfremde Einbringung der Beiträge zur Pensionsvorsorge für neue Beamtenverhältnisse sehen wir kritisch. Es sollen hier ganz klar Umgehungstatbestände für die Schuldenbremse geschaffen werden.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Ganze würde sich dann auch der Kontrolle durch das Parlament entziehen.

Stattdessen schlagen wir gemeinsam mit der CDU-Fraktion und unseren Sachverständigen, Herrn Dr. Hans-Peter Klös und Herrn Helmut Stahl, vor, dass die Landesregierung die Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft für Kommunen sowie landeseigener netzbezogener Infrastrukturgesellschaften prüfen möge. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und unter welcher Bedingung auch private Investoren an der Finanzierung landeseigener Infrastrukturprojekte beteiligt werden können.

Wir können tragfähige Haushalte erreichen, aber wir müssen es auch wollen. Der Ball liegt nun im Spielfeld der Landesregierung. Wir werden auch nach

dem offiziellen Ende der Enquetekommission ein wachsames Auge darauf haben, ob jetzt schnell die Maßnahmen ergriffen werden, die dringend nötig sind, um unser Land zukunftsfest zu machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Dr. Paul.

Dr. Joachim Paul (PIRATEN): Vielen lieben Dank. – Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Raum und zu Hause! Ich bin heute in friedvoller Stimmung, und als Erstes möchte ich mich ganz ausdrücklich bei den Kommissionsmitgliedern des Landtags bedanken, die der Enquetekommission effizient und geräuschlos zugearbeitet haben. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Mein Dank gilt bei allem Dissens auch den Sachverständigen und den Kommissionskollegen der anderen Fraktionen. Ich habe in den zwei Jahren viel von euch gelernt – manchmal sogar, wie man es nicht macht. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Besonders hervorheben möchte ich aber Ihre Kommissionsleitung, sehr geehrte Frau Birkhahn, liebe Astrid.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich weiß, Sie hatten es nicht leicht mit uns Piraten. Ihre Moderationskompetenz wurde durch ein zugegeben immer wieder insistierendes Verhalten dann und wann auf eine sehr harte Probe gestellt – zum einen von mir, zum anderen von unserem sehr geschätzten Piraten-Sachverständigen, Herrn Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup. Was bleibt einem Wissenschaftler, einem gestandenen Volkswirt, angesichts eklatanter, selbstauferlegter Denkverbote aber auch anderes übrig, als renitent zu werden?

Sie haben es in Ihren einführenden Worten selber gesagt, Frau Birkhahn: Die Kommission hat eine Best-case-Annahme gemacht, nämlich die, die Schuldenbremse einzuhalten. Ich würde von einer Enquetekommission, in der sich Politik und Wissenschaft treffen, erwarten, dass man die Randbedingungen, die für die Behandlung eines Sachverhaltes wichtig sind, auch ein Stück weit variiert. Sonst wird der Zusammenhang – die Kurve dazwischen – irgendwie beliebig. Ich bin nur ein kleiner dummer Naturwissenschaftler, aber ich habe es so gelernt, dass man die Randbedingungen mit diskutiert.

(Marcel Hafke [FDP]: Sie hätten ja einen Vorschlag machen können!)

– Das haben wir ja gemacht. Er wurde abgelehnt: Die Schuldenbremse wird gehalten. Variieren ist notwendig, Herr Hafke.

(Beifall von den PIRATEN – Marcel Hafke [FDP]: Das steht in der Verfassung!)

– Ja, gut, das Grundgesetz ist aber kein Naturgesetz, und es gibt Zusammenhänge in dieser Welt, die sich uns nicht erschließen. Deshalb müssen manche Dinge vielleicht einmal in den Blick genommen werden – gerade von einer zukunftsorientierten Kommission.

Es wurde ja auch verwiesen, und in der Verfassungskommission wird das ja auch parallel diskutiert, aber dort diskutieren leider nur Juristen.

Mir kam es ein bisschen so vor – Sie werden sich vielleicht noch erinnern – wie im „Leben des Galilei“ von Bert Brecht, wo sich die Kleriker des Vatikans weigern, einen Blick durch das Fernglas zu werfen. Stattdessen kaprizierte man sich ein bisschen auf das, was nicht sein darf. Markttheologen verdammen Staatsschulden!

(Britta Altenkamp [SPD]: Selbstüberschätzung!)

Die zweite Randbedingung: der demografische Wandel. Herr Schmitz, Sie haben es gerade gesagt: „Der demografische Wandel kommt, aber er lässt sich nicht voraussagen“ – wortwörtlich.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Ja!)

Lange bevor der IT.NRW-Bericht kam, hatten wir den renommierten Mathematiker und Sachverständigen Gerd Bosbach, Professor der Mathematik, eingeladen, der noch einmal ganz explizit methodisch auf Stolperfallen in statistischen Voraussagen hingewiesen hat. Das wurde in den Wind geschlagen. Dadurch – das finde ich für uns alle ein bisschen schade – ist Zeit für die Kommission verloren gegangen, die man ein bisschen anders hätte verwenden können.

Man hätte sich beispielsweise noch intensiver mit dem auseinandersetzen können, was hier immer „digitaler Wandel“ genannt wird. Ich finde das ein bisschen schräg und möchte uns allen ein neues Wording vorschlagen. Wenn wir geschichtlich von der industriellen Revolution sprechen und jetzt vom digitalen Wandel, dann ist das wie Wattebäuschenwerfen. Dazu sind wir nicht verpflichtet.

(Christian Möbius [CDU]: Machen Sie mal einen Vorschlag!)

– „Digitale Revolution“ ist das richtige Wording, nicht „Wandel“.

(Matthi Bolte [GRÜNE]: Hat ja noch nie jemand benutzt!)

Wir wissen aus der Betrachtung: Die Einwohnerzahl von Nordrhein-Westfalen wird ab jetzt bis 2025 um ein knappes Prozent zunehmen. Das sind die Zahlen von IT.NRW, die Flüchtlinge noch nicht mitgerechnet.

Gerade was die digitale Revolution angeht, ist es nicht zu einer ganzheitlichen Betrachtung gekommen, die wir Piraten so gerne befürworten, sondern eher zu einer – so sage ich es mal – neoliberalen Renditeromantik. Das war nicht so schön.

(Ralf Witzel [FDP]: Oh!)

Aber glücklicherweise wird die fehlende Betrachtung zumindest teilweise durch das Sondervotum von Herrn Bontrup ersetzt.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Sehr geehrter Herr Finanzminister Norbert Walter-Borjans, Sie sind naturgemäß der erste Adressat der vielen Adressaten des Kommissionsberichts. Die Enquetekommission hat festgestellt – im Übrigen über alle Querelen hinweg; das ist durch die anderen Reden ja auch zum Ausdruck gekommen –, dass das Land NRW massiv unterinvestiert ist. Die Investitionsquoten – sowohl die investive als auch die konsumtive – sind strukturell zu niedrig.

Ich bin kein großer Freund der Bertelsmann Stiftung, im Gegenteil, aber von da kam eine Studie, die besagte, dass in diesem Jahr in NRW 3.500 Lehrer fehlen. Wie dem auch sei, auch Sie, Herr Finanzminister, gehen davon aus – Sie haben gestern sehr vorsichtig gesagt, Sie werden 2019 nicht aus dem Blick nehmen; das kann man ja immer sagen –, dass die Steuereinnahmen weiter sprudeln werden und dass die Zinsen niedrig bleiben. Das ist auch eine Form von Best-case-Politik.

In dem Zusammenhang möchte ich mit Ihnen mal einen Blick über den nordrhein-westfälischen Tellerand werfen: In den letzten Wochen hat die chinesische Volkswirtschaft zweimal kräftig gehustet. Was, wenn daraus eine Lungenentzündung wird? Mit Sicherheit – das können wir ohne große Vorhersagekenntnisse sagen – werden die phänomenalen Wachstumsraten der letzten Jahre in China nicht zu halten sein.

Wie sollen dann hier – Stichwort „Export“, Deutschland und NRW hängen ja am Export wie ein Schwerverletzter am Infusionstropf – die Wachstumsraten gehalten werden, auch vor dem Hintergrund, dass das weltweite Finanzkapital mit einem Volumen von 3,5 bis 4 größer als die Realwirtschaft seine Renditeansprüche geltend macht und nach Investitionsmöglichkeiten sucht?

Sie, Herr Finanzminister, müssen bis 2019 – verfassungsrechtlich abgesichert – ein ausgeglichenes Budget vorlegen. Hand aufs Herz: Wie wollen Sie das machen? Wir brauchen eine expansive Finanz-

politik. Ich greife nur eine Handlungsempfehlung, die sowohl im Piratensondervotum als auch in dem unseres Sachverständigen steht, heraus: Eine baldmöglichste Wiedereinführung der Vermögenssteuer ...

(Ralf Witzel [FDP]: Wer soll das denn bezahlen, was Sie alles fordern?)

– Herr Witzel, lassen Sie mal die Renditeromantik. Hören Sie mal zu, dann können Sie noch was lernen.

(Henning Höne [FDP]: Nicht von Ihnen!)

Ich bin im Endeffekt ganz froh über den Kommissionsbericht, denn durch die beiden Sondervoten wird er eigentlich doch noch rundgemacht. Ich wünsche allen Beteiligten viel Spaß beim Lesen und bedanke mich aufs Schärfste für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Paul. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans,¹⁾ Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Landesregierung schließe ich mich zunächst einmal dem Dank an, der eben den Mitgliedern der Enquetekommission gegenüber ausgesprochen worden ist.

Auch ich finde, dass es immer wieder gut ist, sich von Zeit und Zeit sehr systematische Gedanken darüber zu machen: Wie werden die nächsten Jahre, die nächsten anderthalb Jahrzehnte, die vor uns liegen, verlaufen? Es gibt eine Reihe von Dingen, bei denen man dann, wenn man diese Überlegungen nicht anstellt, doch immer nach hinten gucken und fragen muss: Was hätte man eigentlich wissen können, und was ist einfach über uns hereingebrochen?

Ich will aber dazu auch sagen – wir haben gestern schon darüber gesprochen –: Es geht hier um Flexibilität, es muss um Flexibilität gehen, aber auf einer soliden Grundlage. Ich kann für die Landesregierung zu dieser Diskussion erklären: Die gibt es auch. Es ist richtig, dass Sie die Einhaltung der Schuldenbremse als Grundvoraussetzung dafür genommen haben. Das ist eben ein paarmal unterstrichen worden, das ist richtig so, es steht im Grundgesetz. Daran haben auch wir gearbeitet. Deswegen kann ich Herrn Hafke in diesem Punkt nicht zustimmen.

Es ist immer schön, wenn man mit großen Zahlen arbeiten kann. Das ist in Nordrhein-Westfalen nun einmal so: Wir sind hinter dem Bundeshaushalt der zweitgrößte Haushalt einer – sozusagen – Gebietskörperschaft. Mit jetzt 67 Milliarden € haben wir eine Größenordnung, die es in anderen Ländern nicht

gibt. Bei 1,5 Milliarden € Kreditaufnahme – gemessen an den 67 Milliarden € – fehlen an jedem Euro gerade noch 2,5 Cent. Das muss man mit anderen vergleichen. Das hat es im Übrigen in diesem Land in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben, um das eindeutig zu sagen.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich sage auch: Was heißt „solide Grundlage“? Es gibt nicht nur den Bericht der Enquetekommission, es gibt auch einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht, der nach OECD-Kriterien aufgestellt wird. Er ist 2010 aufgestellt worden, als diese Regierung ins Amt kam. Der Nachhaltigkeitsbericht geht nicht davon aus, dass sich die Krise des Jahres 2008/2009 immer weiter fortsetzt, sondern er hat sich natürlich damit beschäftigt: Wie sieht denn dann die Zukunft aus?

Als wir 2010 ins Amt kamen, ging dieser Bericht davon aus, dass es noch einen Kreditbedarf von 7,4 Milliarden € im Jahr 2020 gibt. Als Sie 2013/2014 über diese Frage diskutiert haben, haben Sie schon davon ausgehen können, dass es 2020 noch einen Kreditbedarf von 0,8 Milliarden € gibt. Jetzt sind wir bei einem Nachhaltigkeitsbericht, der für das Jahr 2020 einen Überschuss von 0,2 Milliarden € vorsieht. Wenn das nicht das Schaffen einer soliden Grundlage ist, was ist es denn dann?

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir haben gestern gesehen, auf dieser Grundlage müssen wir flexibel sein, brauchen wir Ideen und ein Nachdenken.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass Sie 180 Handlungsempfehlungen erarbeitet und diskutiert haben. Dass dies nicht einfache Mathematikaufgaben sind, sieht man daran, dass der Bericht 200 Seiten und 100 Seiten Sondervoten hat. Auch wenn man kollegial, hinter verschlossenen Türen und zielorientiert gemeinsam arbeitet, zeigt sich: Das hat viel damit zu tun, was man erwarten muss und kann. Bei vielen der 180 Handlungsempfehlungen versucht man, nach den vorhandenen Möglichkeiten zu quantifizieren und zu überlegen, was das bedeutet, was es kostet und bringt. Aber es sind eben auch viele Handlungsempfehlungen dabei, die schlicht und ergreifend zuerst einmal nur etwas kosten. Auch da sage ich, es gibt kein Denkverbot.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Man darf jetzt nicht sagen: Die 180 Handlungsempfehlungen sind da. Ihr müsst euch nur hinsetzen und sie der Reihe nach abarbeiten. – Das gäbe ein ziemliches Tohuwabohu. Es geht darum, die Handlungsempfehlungen auf dieser Grundlage zu diskutieren, weiterzumachen und es nicht jetzt oder mit dem Ende einer Legislaturperiode enden zu lassen. Insofern ist das eine wichtige Arbeit.

Ich habe hier schon an mehreren Stellen gesagt, ich bin nicht nur fünf Jahre Finanzminister dieses Landes. Ich habe vor mehr als 30 Jahren meine Tätigkeit bei der Landesregierung begonnen. Wir haben 1986 einen Demografiebericht erstellt. Er war sehr detailliert und enthielt sehr viele interessante Fragestellungen und Handlungsempfehlungen. Soweit ich mich erinnere – man müsste es noch einmal genau überprüfen –, ist der Demografiebericht 1986 davon ausgegangen, dass das Land im Jahr 2000 im günstigsten Fall 15 Millionen Einwohner hat, gegebenenfalls aber auch nur 12 Millionen Einwohner. Wir wissen, dass es im Jahr 2015 nun 17,5 Millionen Einwohner sind und eine Steigerungsrate absehbar ist. Möglicherweise gibt es jetzt sogar noch einmal Überarbeitungen, die eine Vergrößerung ausweisen.

Wir werden uns nicht hinstellen und sagen können: Wir sind fertig, hier ist der Steinbruch und nun wird weitergearbeitet.

Ich finde es richtig, dass diese Arbeit geleistet worden ist. Das sage ich noch einmal. Ich finde es auch gut, wie diskutiert worden ist. Ich finde auch die angesprochenen Themen sehr gut. Sie umfassen nicht nur den finanzpolitischen Rahmen, münden aber eben immer wieder in die Finanzpolitik. Es sind Themen von Arbeit und Wirtschaft. Ja, man kann sich hinstellen und fragen: Was hätten wir erreicht, wenn wir so gewachsen wären, wie die anderen gewachsen sind? – Dann muss man sich aber auch ansehen, warum es nicht so ist. Die Formel, das liege daran, dass eine Landesregierung die Zukunftsweichen nicht richtig gestellt habe, ist für eine Opposition legitim. Sie trifft aber nicht den Kern dessen, worum es in diesem Land geht.

Auch mir macht die Tatsache Sorgen, dass es Dinge gibt, die unter dem Durchschnitt liegen. Ich möchte schon darüber nachdenken und offen diskutieren können, was man daran ändern kann. Diejenigen, die mich kennen, wissen auch, dass ich das tue. Wir wissen aber, die in diesem Land ohnehin starke Finanzkraft ist dadurch geschwächt, dass wir einen größeren Anteil von Menschen haben, der Transferempfänger und nicht Steuerzahler ist. Warum? Weil der Strukturwandel dazu geführt hat, dass Menschen diesen Wandel, der schon ein halbes Jahrhundert oder noch länger dauert, nicht mitvollziehen konnten.

Sie sprachen von der Notwendigkeit, Migranten zu integrieren und zu fördern sowie den Strukturwandel zu fördern. Man muss sagen, das machen Sie nicht mit Vorschlägen der Ausgabenminderung. Das sind teure Investitionen. Solange diese nicht fruchten, wird das gesamte Steueraufkommen – bezogen auf alle Menschen in diesem Land, nicht nur auf die Steuerzahler, sondern auch auf die anderen – im Durchschnitt unter dem Wert anderer Bundesländer liegen. Das ist aber keine Folge der Politik.

Ich stelle mich hier mit tiefer Überzeugung hin und sage: Wäre das, was in den letzten Jahrzehnten geleistet wurde, nicht geleistet worden, wäre die Gruppe derjenigen kleiner, die Arbeit haben und in modernen Industrien und Dienstleistungen arbeiten, und die Gruppe der Transferabhängigen größer. Dann wäre der Durchschnitt schlechter. Dass es hier noch Luft nach oben gibt, muss uns umtreiben, bis wir sagen können, wir sind anderen überlegen, die nur auf- und nicht umbauen mussten.

Ich will noch etwas zur Rücklage, zur Vorsorge für Pensionen sagen. Es ist wenigstens schon einmal deutlich geworden, es geht nicht um die Sicherheit von Pensionen. Die sind grundgesetzlich und gesetzlich geregelt. Sie haben überhaupt nichts mit einem Fonds zu tun, der dafür da ist. Der Fonds dient nur dazu, es in den Haushaltsjahren angemessen und richtig zu verteilen.

Wenn Sie darüber reden und meinen, es sei zu viel oder zu wenig darin, dann nehmen Sie bitte meine Entscheidung zur Kenntnis, die ich in der vorletzten Woche bekanntgegeben habe. Statt die Rücklage von 6 Milliarden € in den nächsten Jahren aufzubrechen, bringen wir sie vollständig in den Fonds ein. Davon war gestern keine Rede. Davon ist heute keine Rede. Davon sollte aber die Rede sein, wenn man über die Seriosität der Planung der Zukunft redet. Zieht man einen Vergleich zu anderen Ländern, sieht man, wie viel mehr Nordrhein-Westfalen genau an diesem Punkt tut und in Zukunft tun wird als andere.

Deswegen bitte ich Sie, die spürbare Seriosität in der Diskussion, die Sie im Kreis dieser Enquete-Kommission hatten, nicht am Eingang dieses Plenarsaals abzugeben, wenn es um die Seriosität der Interpretation geht. Wir sollten auch an diesem Punkt schauen, dass wir sauber mit den von Ihnen erarbeiteten Fakten und Hinweisen umgehen und auf dieser Grundlage diskutieren.

Ich könnte es weitertreiben und den Bereich Infrastruktur nennen. Sie sprechen absolut wichtige Dinge an. Sehe ich mir aber das eine oder andere Sondervotum an, weiß ich eben auch, zum Teil sind es Dinge, gegen die ich absoluten Widerspruch anmelden würde. Bei einem Sondervotum der FDP lese ich beispielsweise, dass man sich mit regional unterschiedlichen Einkommenssituationen im öffentlichen Dienst gar nicht mehr auseinandersetzen muss, weil man dort leben kann, wo es billig ist, und dort arbeiten kann, wo es teuer ist.

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN])

Das halte ich mit einer ökologischen Verkehrspolitik nicht unbedingt für vereinbar.

Es gibt ein paar Punkte, über die man auch streiten muss. Aber da hätte ich dann auch eine andere Position.

Trotzdem noch einmal: Die Grundlage für diese streitige Diskussion – sicher nicht nur für ein einfaches Abarbeiten der Reihe nach – ist geleistet worden. Dafür danke ich.

Jetzt gibt es in den nächsten Wochen und Monaten und auch Jahren genügend Gelegenheit, sich anzugucken: Wie kann man punktuell damit umgehen? Was ändert sich ständig an Voraussetzungen, die heute lange schon wieder nicht mehr die sind, unter denen Sie mit der Arbeit begonnen haben? Aber wer weiß das besser als jemand, der das bei einer Haushaltsplanung ebenso zu verantworten und zu vertreten hat?

Deswegen noch einmal: Herzlichen Dank für die geleistete Arbeit und gemeinsam viel Vergnügen bei der Diskussion der Punkte, die dabei herausgekommen sind!

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der CDU und den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Kollegin Jansen.

Daniela Jansen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der demografische Wandel ist keine Naturkatastrophe, die über uns hereinbricht, sondern wir können dagegen steuern mit demografischer Vorsorgepolitik. Wenn wir wissen, dass uns in Zukunft die Fachkräfte fehlen, dann müssen wir gegensteuern. Aber woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Wir haben bislang viel über die Bereiche öffentlicher Dienst, Haushalt, Finanzprobleme oder auch finanzielle Herausforderungen gehört. Ich würde mich gerne auf die Bereiche Wirtschafts- und Arbeitspolitik sowie Gesundheitspolitik konzentrieren.

Die Aufgabe der Politik ist es, dass das Erwerbspersonenpotenzial stärker ausgeschöpft wird. Hinter diesen sehr technischen Termini steckt natürlich ein handfestes Problem. Denn einige Gruppen am Arbeitsmarkt sind in NRW zu wenig präsent. Hierzu gehören auch die Frauen. Ich gebe Ihnen gerne ein Zitat aus den Handlungsempfehlungen zu dieser Thematik:

„Staatliches Handeln muss aktiv zur Verwirklichung gleicher Chancen für Frauen beitragen. Dazu zählt auch, Wahlfreiheit zu ermöglichen und Fehlanreize zu vermindern.“

Ich möchte übrigens auch ein ausdrückliches Lob an die Kollegen und Kolleginnen der CDU aussprechen, die hier in der Enquete deutlich weiter sind als die Kollegen in Bayern.

Im Rahmen der Enquete haben immer wieder Sachverständige zu den Themen angehört. Deshalb möchte ich hier auch ausdrücklich auf Prof. Gerhard

Bosch verweisen, der Folgendes festgestellt hat – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Mit dem Betreuungsgeld und der Heraufsetzung der Minijobgrenze wurden die Subventionen für dieses überholte Modell – zur Erklärung: Hauptverdiener und Zuverdienst der Ehefrau – sogar noch einmal kräftig erhöht. Die Kombination von abgeleiteter Krankenversicherung, Ehegattensplitting und Minijobs setzt starke Anreize für marginale Teilzeithverhältnisse und diskriminiert sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

Ich bin sehr froh, dass alle Fraktionen, die in dieser Enquetekommission mitgearbeitet haben, das genauso gesehen haben, meine Damen und Herren, und deswegen fordern wir in den Handlungsempfehlungen auch unter anderem die Unternehmen dazu auf, die Familienverträglichkeit von Arbeitszeitmodellen noch stärker ins Auge zu fassen.

Ich glaube, dass bei weiteren Punkten, wie zum Beispiel der Teilzeitausbildung und auch der Entwicklung von Konzepten für den Wiedereinstieg nach Familienunterbrechung und beruflicher Weiterentwicklung, das Land NRW bereits jetzt in einem sehr guten Fahrwasser ist. Durch die Kompetenzzentren „Frau und Beruf“ und die Förderung des Projekts TEP – Teilzeitausbildung – haben Frauen und auch Männer die Möglichkeit, sich weiterzuentwickeln und ihren beruflichen Weg zu gehen.

Auch der weitere Ausbau von Kinderbetreuung für kleine und größere Kinder spielt eine Rolle in unseren Handlungsempfehlungen, damit es weniger unfreiwillige Teilzeitarbeit und Erwerbsunterbrechungen gibt.

Der Kollege Schmitz hat ja schon darauf hingewiesen. Er ist ein Vertreter der jungen Generation. Insofern hoffe ich, dass auch Sie das in Zukunft verstärkt werden nutzen können.

Dass wir die Themen „Minijobs“ und „Ehegattensplitting“ nicht angepackt haben, lag keinesfalls am mangelnden Willen, sondern an der fehlenden Zuständigkeit. Ich hoffe also, dass unsere Enquete auch auf Bundesebene Gehör und Beachtung finden wird, und bin mir sicher, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, das auch so sehen.

Eine weitere Gruppe, die es bislang am Arbeitsmarkt schwer hat, sind die Langzeitarbeitslosen. Während die Arbeitslosigkeit in NRW zum Glück insgesamt zurückgeht, gibt es nach wie vor eine sehr hohe Anzahl von langzeitarbeitslosen Menschen, die nicht ihren Platz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden. Deshalb fordern wir auch, dass ein sozialer Arbeitsmarkt eingeführt wird. Ziel dabei ist es, dass auch diejenigen Menschen am Arbeitsmarkt teilhaben können, die eine lange Zeit arbeitslos waren und trotz intensiver Bemühungen keinen Job gefunden haben.

Dabei sehen wir durchaus die zwei Seiten der Medaille. Auf der einen Seite sollen sie individuell gefördert werden und auf der anderen Seite müssen wir generell Chancen und Perspektiven schaffen. Denn Teilhabe am Arbeitsleben bedeutet gesellschaftliche Teilhabe, meine Damen und Herren.

Hier unterscheiden wir uns auch als SPD und als Grüne-Fraktion deutlich von der FDP-Fraktion, die das in einem Sondervotum erklärt hat. Denn Sie, meine Herren, haben in der Diskussion um diesen Punkt deutlich gemacht, dass Sie Zeitarbeit und befristete Beschäftigung sowie Teilqualifikationen als Königsweg zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ansehen. Das sehen wir explizit nicht so.

Eine weitere unterrepräsentierte Gruppe am Arbeitsmarkt sind die Zuwanderer und Menschen mit Migrationshintergrund. Zu diesen haben wir auch einige Handlungsempfehlungen gemacht. Ich gehe aber davon aus, dass die Kollegin Velte darauf noch intensiv eingehen wird. Insofern erspare ich Ihnen meine Ausführungen hierzu.

Ich komme deswegen lieber auf mein zweites großes Thema, nämlich die Gesundheitspolitik. Da wir bereits mit dem GEPA und weiteren Gesetzen eine aktive Rolle in der Landespolitik wahrgenommen haben – vor allem auch in der jüngsten Vergangenheit –, möchte ich Ihnen hier nur Auszüge präsentieren, die mir aber besonders wichtig sind.

Wir haben uns mit einem Thema sehr intensiv beschäftigt, das bis jetzt eigentlich eher ein Stiefkind der Gesundheitspolitik war, nämlich mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst. Durch diese eher stiefmütterliche Behandlung bekommt er auch nicht die Aufmerksamkeit, die er eigentlich verdient hätte.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst ist zuständig für die Beobachtung der gesundheitlichen Verhältnisse vor Ort, dort, wo wir leben, in den Kommunen, von der Grippeepidemie bis hin zur Überwachung von Hygienevorschriften. Er stellt Gesundheitszeugnisse aus und kümmert sich auch um die angemessene gesundheitliche Versorgung für einkommensarme oder sozial ausgegrenzte Menschen.

Wegen der wachsenden Bedeutung des Gesundheitswesens und vor allem auch der steigenden Bedeutung der Prävention im Bereich der Pflegebedürftigkeit haben wir auch hierzu Handlungsempfehlungen entwickelt, beispielsweise: Der Öffentliche Gesundheitsdienst kümmert sich um gesundheitsbezogene Angebote für die Bevölkerung, heruntergebrochen auf das Quartier.

Die Kommission erkennt ausdrücklich die Verantwortung des ÖGD an und fordert deshalb auch eine angemessene personelle und finanzielle Ausstattung.

Um es ganz kurz zu machen: Wir schließen uns einfach den Empfehlungen der 23. Landesgesund-

heitskonferenz an und bitten die Kommunen, für eine entsprechende Ausstattung zu sorgen.

Der ÖGD ist außerordentlich wichtig für die gesundheitliche Versorgung der Menschen vor Ort und auch für die Umsetzung eines inklusiven Gesundheitswesens gerade für Menschen, denen es nicht so gut geht.

Vielleicht erlauben Sie mir noch ein sozusagen persönliches Schlusswort. Auch ich habe die Arbeit in der Enquetekommission sehr geschätzt. Es ist schön, sich einmal fernab von dem politischen Alltag, von Anträgen, die verabschiedet werden müssen und zu denen man flammende Reden und Gegenreden halten muss, auch einmal etwas tiefer mit bestimmten Themen zu beschäftigen. Dabei haben mir insbesondere die Themen „Arbeit“ und „Gesundheitspolitik“ sehr viel Spaß gemacht. Ich glaube, dass es auch bei den anderen Kollegen in Ansätzen diese Freude an der Thematik gegeben hat. Insofern Ihnen allen ein herzliches Dankeschön und ein schönes Wochenende. – Danke.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Jansen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht als wahrscheinlich letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Kollegin Velte.

Jutta Velte (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da ich nicht mehr viel Zeit habe, mache ich es kurz. Deswegen das Wichtigste am Anfang: Es hat mir Spaß gemacht, mit allen in der Enquete zusammenzuarbeiten, was meine Kenntnisse über ideologiegeleitetes Handeln erheblich erweitert hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube aber, dass wir es uns im Zusammenhang mit der Demografie-Enquete, wie wir sie auch kurz genannt haben, eigentlich nicht leisten können, ideologische Pfade zu beschreiten, die aus irgendwelchen vergangenen Zeiten resultieren. Wir schrumpfen in Teilen dieses Landes, während wir in anderen Teilen wachsen. Wir haben versucht, gerade diese Spannungsverhältnisse – dass dieses Land nicht überall gleich tickt – mit unseren Handlungsempfehlungen ein Stück weit zu beschreiben.

Es hilft nicht, eine linke Ideologie aus den 68er-Jahren zu hören oder eine sogenannte neoliberale – obwohl es das Wort nicht gibt – zu hören, die sagt: Wir müssen nur das laufende Kapital in irgendwelche Infrastrukturvorhaben stecken, und alles geht.

Es wird uns auch nichts nutzen, auf der einen Seite pausenlos über Wirtschaftswachstum und auf der anderen Seite über den Landeshaushalt zu reden.

Aber es wird uns etwas nutzen, sich über die Unterschiede im Land Gedanken zu machen und darüber, wie wir aus den Schrumpfung- und Wachstumsprozessen, aus der Veränderung von Gesellschaft, Altersstrukturen, ethnischen Zusammensetzungen hin zu neuen Gesellschaftsstrukturen, die wir mit der dritten bzw. vierten Migrantengeneration hier entwickeln, Kapital schöpfen können und zu versuchen, es für unser Land in wertvolles Kapital zu verwandeln, und zwar auf der Seite der Menschen in der Bildung und auch bei der Infrastruktur.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU)

Mein Lieblingskapitel ist deswegen – das mögen mir die anderen verzeihen – das Infrastrukturkapitel, zu dem wir auch ein umfangreiches Gutachten bekommen haben. Es beschäftigt sich sehr dezidiert mit der Frage: „Was passiert eigentlich in den Kommunen – wirtschaftlich, finanziell, im Bildungsbereich –, die schrumpfen, und was passiert auf der anderen Seite in denen, die wachsen?“ und schlägt vor, sehr differenziert mit den Fragen der Daseinsvorsorge umzugehen.

Ein Kanal, für den die Gebühren für alle Kanalteilnehmer – ihre Zahl sinkt ständig – immer höher werden, sorgt eher dafür, dass die Schrumpfungprozesse in dieser Region verstärkt werden. In einer anderen Region – ich gucke den Kollegen aus Düsseldorf an – muss man die Frage beantworten, wie schnell weitere Kanäle gebaut werden können, um die vielen Menschen, die hierher wollen, unterzubringen.

(Heiterkeit von Norwich Rüße [GRÜNE])

Um diese Frage müssen wir uns ja kümmern.

Zur Daseinsvorsorge haben wir extra eine Handlungsempfehlung erstellt. Ich schaue Matthi Bolte an, der immer sagt: Auch digitale Infrastruktur ist Infrastruktur.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Jutta Velte (GRÜNE): Das ist Daseinsvorsorge. Da reicht es nicht aus – wo ist der Kollege von der CDU? –,

(Hendrik Schmitz [CDU]: Hier!)

immer nur mit Wirtschaftswachstum zu argumentieren, sondern es geht natürlich im Rahmen der Daseinsvorsorge auch darum, die Bürgerinnen und Bürger an Industrie 4.0 teilhaben zu lassen,

(Beifall von den GRÜNEN)

insbesondere bei den neuen Fragen der Bürgerbeteiligung. Wie kommen wir eigentlich zusammen? Wie gestalten wir diese neue Gesellschaft?

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit ist überschritten.

Jutta Velte (GRÜNE): Die Redezeit ist jetzt überschritten. – Gestatten Sie mir noch ganz kurz, allen Kommissionsmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit zu danken, dem Sekretariat meinen ausdrücklichen Dank aussprechen und die Hoffnung zu formulieren, nicht mehr in alte Ideologien hineinzulaufen, sondern zu versuchen, das Erarbeitete positiv nach vorne zu bringen – manchmal auch zusammen, wenn es geht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und der CDU – Vereinzelt Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Velte. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 5.

Ich stelle fest, dass der Abschlussbericht der Enquetekommission III damit nicht nur vorgestellt, dem Parlament und der Öffentlichkeit übergeben, sondern auch angemessen debattiert wurde.

Ich würde mich gerne im Namen des Hohen Hauses dem Dank, der mehrfach geäußert worden ist, anschließen und insbesondere Frau Kollegin Birkhahn, der Vorsitzenden, unseren gemeinsamen Dank aussprechen, aber alle Kommissionsmitglieder, gewählte und beratende Expertinnen und Experten, mit einbeziehen. Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Gut, dass wir Herrn Dr. Kober haben. Denn über die Kenntnisnahme müssen wir noch ganz formell abstimmen. Ich dachte, das sei eigentlich durch die vielen Wortbeiträge deutlich geworden. Aber ich frage mal: Wer möchte gegen die Kenntnisnahme stimmen? – Niemand. Ich wüsste auch gar nicht, warum man das nach einer solchen Debatte tun sollte. Möchte sich zur Kenntnisnahme jemand enthalten? – Auch das ist nicht der Fall. Damit haben wir formal unseren Regeln Genüge geleistet und offiziell darüber abgestimmt, dass wir die **Kenntnisnahme** alle miteinander durchgeführt haben.

Damit schließe ich Tagesordnungspunkt 5.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 6 offiziell aufrufe, muss ich mich in meiner Eigenschaft als sitzungsleitende Präsidentin an Herrn Kollegen Düngel wenden. Ich anerkenne den guten Willen – der Hinweis, dass auch stilisierte Parteilogos hier aus gutem Grund nicht möglich sind, hat Sie erreicht –, dass Sie das T-Shirt gewechselt haben. Das sind die T-Shirts, die gestern getragen wurden. Gestern haben wir das als Präsidiumsmitglieder und als sitzungsleitende Präsidenten hingenommen, weil es sich nicht um Rednerinnen und Redner gehandelt hat.

Ich will gerne in der nächsten Ältestenratssitzung noch einmal erläutern, warum selbst politische Symbole respektive plakative Aussagen, die wir alle teilen, hier am Ort des Wortes und des Widerwortes und der parlamentarischen Auseinandersetzung nicht möglich sind, weil sie nämlich uns als diejenigen, die die Sitzung zu leiten haben, in die Verlegenheit bringen, am Ende zu entscheiden: Was sind gewollte und was sind ungewollte, was sind „richtige“ und was sind „falsche“ Botschaften? Deshalb gibt es hier aus gutem Grund die Regel, dass all diese außerparlamentarischen Symbole und Aktionen nicht zugelassen sind.

Herr Kollege Düngel, wie gesagt: Ich anerkenne den guten Willen, den Sie gezeigt haben. Ich bitte Sie aber noch einmal, in sich zu gehen, weil Sie natürlich als Redner Ihrer Fraktion nachher sprechen werden. Wenn das T-Shirt aber bleibt, werde ich die Regie bitten, so zu zoomen, dass man Ihren Kopf sieht und Ihre Rede im Stream verfolgen kann, Sie mich aber nicht in die Notwendigkeit bringen, zu sagen: Sie dürfen mit dem T-Shirt nicht reden. – Nur, damit alle verstehen, worum es geht.

(Beifall von der CDU)

Ich rufe damit dann endgültig auf den Tagesordnungspunkt

6 Evaluation familienpolitischer Leistungen – Wie bewertet die Landesregierung die Zielverwirklichung der familienpolitischen Leistungen in Nordrhein-Westfalen?

Große Anfrage 15
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/8510

Antwort
der Landesregierung
Drucksache 16/9549

Ich eröffne die Aussprache, und Herr Kollege Hafke hat für die FDP-Fraktion das Wort.

Marcel Hafke (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle setzen uns für ein familienfreundliches Nordrhein-Westfalen ein. Dabei muss es vor allem darum gehen, dass alle Kinder faire Chancen bekommen. Familienförderung ist also eine zentrale landespolitische Gestaltungsaufgabe. Ausdruck davon sind die Förderleistungen, die in einer Vielzahl von Programmen und Maßnahmen vom Land finanziert werden. Die Vielzahl an Förderleistungen führt jedoch auch zu einer Unübersichtlichkeit und in dem einen oder anderen Fall auch zu Ineffektivität. Die Mittel, die wir zur Förderung für unsere Familien haben, müssen wir aber bestmöglich einsetzen.

Wir waren bereits im Februar 2013 der Auffassung, dass die Landesregierung eine Gesamtevaluation

der familienpolitischen Leistungen in Nordrhein-Westfalen durchführen sollte, und haben das mit unserem Antrag „Bilanz für die Familie“ gefordert. Dieser Antrag wurde leider mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. Wir hielten und halten es jedoch nach wie vor für sinnvoll, eine solche Evaluation durchzuführen. Deshalb wollten wir mit dieser Großen Anfrage einmal detailliert in Kenntnis gesetzt werden, wie die familienpolitischen Leistungen des Landes denn in ihrer Wirksamkeit betrachtet und bewertet werden.

Das Ergebnis ist allerdings ernüchternd: In Nordrhein-Westfalen gibt es 31 familienpolitische Leistungen. Das Land stellt dafür rund 300 Millionen € jährlich zur Verfügung. Doch die Landesregierung weiß nicht, ob sie mit den Maßnahmen ihre Ziele auch erreicht. Nein, schlimmer noch: Bei manchen Maßnahmen können Sie ja noch nicht einmal Ihre eigenen Ziele benennen. Von den 31 Maßnahmen werden nämlich 14 schlichtweg überhaupt nicht evaluiert oder bewertet. Sie verweigern die Antwort auf unsere Frage. Das muss man in dieser Form leider auch so feststellen.

Sie behaupten, das sei darauf zurückzuführen, dass der Fragenkatalog auf Bundesebene für eine Evaluation auf Landesebene ungeeignet sei. Das mag ja teilweise stimmen; aber wir hatten gerade deshalb für jede Maßnahme, Frau Ministerin, gefragt, welche Ziele die Landesregierung alternativ denn selbst mit diesen Maßnahmen verbindet und ob diese selbstgesteckten Ziele erreicht werden. Darauf haben Sie überhaupt keine Antwort gegeben. Diesen Teil der Großen Anfrage haben Sie einfach ignoriert, was ich, ehrlich gesagt, schon recht dreist finde.

Am ärgerlichsten ist das bei der Elternbeitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr. Seit Jahren streiten wir in diesem Hause über Sinn und Unsinn dieser Maßnahme. Sie könnten uns doch endlich eines Besseren belehren und diese Maßnahme evaluieren lassen: Sind dank dieser Maßnahme einkommensschwache Familien wirklich entlastet? Hat die Zahl der Kinder aus diesen Familien in den Kitas tatsächlich zugenommen? Oder hat die Elternbeitragsfreiheit am Ende nicht doch dazu geführt, dass lediglich einkommensstärkere Familien entlastet wurden, sonst aber keine Wirkung erzielt wird?

(Beifall von der FDP)

Allein die Kompensation der Elternbeitragsfreiheit beträgt 160 Millionen €, von denen fraglich ist, ob diese überhaupt irgendetwas bewirken. Hier können Sie sich auch nicht herausreden, dass das nicht zu evaluieren sei. Das ist es nämlich.

Bei sieben weiteren Maßnahmen verträsten Sie uns dann auf die Evaluation im Rahmen von „Kein Kind zurücklassen!“. Dort ergeben sich – Zitat – „möglicherweise Erkenntnisse“. Welch ein Offenba-

rungseid, Frau Ministerin! Sie wissen anscheinend selbst nicht einmal, was im Zuge der Begleitforschung zu „Kein Kind zurücklassen!“ evaluiert werden soll und was nicht. Die von Ihnen bei der Beantwortung der Großen Anfrage spärlich präsentierten Evaluationen sind dann auch noch oberflächlich und basieren oftmals auf uralten Daten.

Woraus schließen Sie zum Beispiel, dass die Elternbriefe heutzutage noch wie im Jahr 2007 von den Eltern genutzt werden? Das Mediennutzungsverhalten ist doch mittlerweile ein ganz anderes. Womöglich ist das virtuelle Elternbegleitbuch nun eine viel wichtigere Informationsquelle. Hier können Sie uns aber noch nicht einmal benennen, wie oft dieses überhaupt heruntergeladen wurde. Sie lassen die Dinge einfach laufen, wie sie sind, und hinterfragen nichts.

Die Landesregierung hat ganz eindeutig kein Interesse, die Wirksamkeit ihrer Maßnahmen kritisch zu hinterfragen. Mir ist diese Verweigerungshaltung unverständlich. Der gesunde Menschenverstand rät einem doch, die eigene Förderpraxis auf den Prüfstand zu stellen.

Also: Die Antwort ist nichtssagend bis dreist. Ihre Haltung ist unverständlich, und ich ahne, dass Ihnen gleich auch nicht mehr viel einfallen wird, als die Leistungen der Landesregierung so ganz einfach aus dem Bauch heraus abzufeiern.

Mit Ihrer Verweigerungshaltung verpassen Sie zwei Chancen: Sie könnten uns und den Bürgern beweisen, dass Ihre Politik wirklich so toll ist, wie Sie sagen. Und wichtiger: Sie könnten schauen, ob das Geld, das das Land einsetzt, auch wirklich wie geplant und mit Wirkung da ankommt, wo es gebraucht wird, nämlich bei den Familien.

Wir werden das Thema auch noch einmal im Ausschuss diskutieren. Ich würde mich freuen, wenn wir dann ganz sachlich darüber reden würden, wie wir die Wirksamkeit der familienpolitischen Leistungen überprüfen und dann eventuell auch steigern könnten. Meine Damen und Herren, die Hoffnung stirbt zuletzt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hafke. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Maelzer.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Große Anfrage, mit der wir uns heute beschäftigen, fordert die Evaluation der familienpolitischen

(Zuruf von der SPD)

– Ja, sie heißt nun einmal so! – Leistungen in Nordrhein-Westfalen. Und mir drängt sich gerade nach der Rede der Eindruck auf, dass die FDP glaubt,

gute Familienpolitik zeichne sich durch möglichst viel beschriebenes Papier aus. Statt inhaltlicher Vorschläge hören wir immer öfter: Das muss man alles noch einmal evaluieren.

Sachverhalte wissenschaftlich und zielorientiert zu hinterfragen und daraus neue Ideen zu entwickeln, ist auch gar nichts Schlechtes. Deswegen haben wir als SPD die Einsetzung einer Enquetekommission für Familienpolitik beantragt, die sich aktuell mit Zukunftsfragen der Familienpolitik befasst und dabei auch von Wissenschaftlern unterstützt wird.

Marcel, den Vogel musst du mir nicht zeigen. Wenn du etwas sagen möchtest, dann stelle doch bitte eine Zwischenfrage.

Aber wie das in der Wissenschaft so ist, lieber Marcel, man muss wissen, ob man über das geeignete Instrumentarium verfügt. Die FDP möchte den Einfluss der NRW-Familienpolitik auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Förderung des Wohlergehens der Kinder und Familien, deren wirtschaftliche Stabilität, den Familienlastenausgleich sowie die Erfüllung von Kinderwünschen messen. Damit möchten Sie die Indikatoren einer Studie auf Bundesebene auf alle 31 verschiedenen familienpolitischen Leistungen des Landes übertragen.

Meine Damen und Herren, zu den landespolitischen Leistungen gehört etwa die Schwangerschaftskonfliktberatung. Jetzt stellt die FDP die Frage, ob durch Schwangerschaftskonfliktberatung die wirtschaftliche Stabilität von Familien erhöht wird. Sie fragt allen Ernstes, ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Schwangerschaftskonfliktberatung erhöht wird. Sie fragen, ob die Teilhabechancen von Kindern durch Schwangerschaftskonfliktberatung erhöht werden. Liebe FDP, ich will das nicht ins Lächerliche ziehen, denn dafür ist das Thema viel zu ernst, aber solche Fragen sind doch alles andere als zielorientiert. Das muss man doch auf den ersten Blick erkennen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Natürlich wurde das auf der Bundesebene auch nicht so gemacht. Von den 156 familienpolitischen Leistungen des Bundes wurden lediglich 14 diesem Bewertungsraster unterzogen. Es handelte sich im Schwerpunkt um finanzielle Leistungen wie das Elterngeld, das Ehegattensplitting oder die beitragsfreie Mitversicherung.

Das Land fördert hingegen vor allem Beratung und Infrastruktur für Familien. Es gibt aus meiner Sicht zwei Leistungen des Landes, die eine Ähnlichkeit mit den untersuchten Bundesleistungen aufweisen, das sind das beitragsfreie Kitajahr und die Zuschüsse für benachteiligte Familien, wenn sie Familienberatung in Anspruch nehmen.

Es war ja klar, Marcel Hafke, dass Sie sich am beitragsfreien Kitajahr abarbeiten würden. Aber, meine Damen und Herren, das beitragsfreie Kitajahr wirkt.

Es entlastet vor allen Dingen Familien mit mittlerem und niedrigem Gehalt. In Nordrhein-Westfalen gibt es viele Familien, deren Einkommen unterhalb des steuerfreien Existenzminimums liegt. In 70 % der Jugendämter müssen Familien, die noch nicht einmal über das steuerfreie Existenzminimum verfügen, Elternbeiträge bezahlen. Gerade diesen Familien hilft das beitragsfreie Kitajahr am meisten.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie es mir nicht glauben, Sie können es beim DJI oder auch bei Bertelsmann nachlesen. Ansonsten haben Sie immer noch die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage.

Bei der Familienberatung zeigt sich, in Nordrhein-Westfalen gibt es mehr Angebote als in anderen Bundesländern, in Nordrhein-Westfalen gibt es mehr kostenfreie Angebote als in anderen Bundesländern, und in Nordrhein-Westfalen nehmen mehr Familien mit besonderen Belastungen Familienberatung wahr als in anderen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, Familienberatung ist ein wichtiger Bestandteil der Präventionskette. Diese Daten zeigen: Wir sind in Nordrhein-Westfalen bei der Vorbeugung auf einem guten Weg.

„Kein Kind zurücklassen“ – das ist der Anspruch, den die SPD in der Familienpolitik hat. Diesem Ziel kommen wir Schritt um Schritt näher. Wir haben die Mittel für Kitas von 1 Milliarde auf 2 Milliarden € nahezu verdoppelt. Das unterscheidet uns übrigens vom Bund. Dort möchte Wolfgang Schäuble 1 Milliarde € nehmen, die eigentlich für Familien vorgesehen waren, um damit Haushaltslöcher zu stopfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist der Unterschied zwischen einer SPD-geführten und einer CDU-geführten Regierung.

Ob Familienpolitik gelingt, sehen Sie nicht auf eng beschriebenen Papier. Sie sehen es, wenn Sie rausgehen zu den Menschen. Die Familienpolitiker der SPD konnten sich zuletzt in meinem Wahlkreis davon überzeugen, dass unsere Politik wirkt. In Detmold haben wir die Kita am Hiddeser Berg besucht.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege, denken Sie an die Redezeit!

Dr. Dennis Maelzer (SPD): In der Einrichtung spricht die übergroße Zahl der Kinder Deutsch nicht als Muttersprache. Die Einrichtung ist aber unter anderem plusKITA und erhält zusätzliche Mittel für Sprachförderung. In den begeisterten Augen der Kinder haben wir den Erfolg unserer Politik gesehen, wenn sie die Erfolgserlebnisse bei den Sprachübungen erlebt haben. Da zeigt sich unsere Politik in der Praxis, nicht auf beschriebenem Papier.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Dr. Maelzer, es gab von Herrn Kollegen Hafke den Wunsch nach einer Zwischenfrage, die ich noch ermöglichen würde, wenn Sie sie zulassen.

Dr. Dennis Maelzer (SPD): Ja. Es wäre schlimm, wenn ich ihm die nicht gestatten würde, wenn ich sie zweimal eingefordert habe.

Marcel Hafke (FDP): Zuerst einmal möchte ich mich für meinen Fingerzeig entschuldigen. Das war keine Absicht, sondern geschah im Eifer des Gefechts. Du weißt ja, dass ich da manchmal etwas emotionaler bin.

Es ist das Thema „Elternbeitragsfreiheit“ angesprochen worden. Die Argumentation – ich hatte das in meinem Wortbeitrag ausgeführt – lautete, dass SPD und Grüne wieder aus dem Bauch heraus argumentieren werden.

Warum ist die Landesregierung nach Ihrer Auffassung nicht in der Lage, in einer Großen Anfrage diese angeblichen Evaluationsergebnisse und die wissenschaftlich bemessenen Ergebnisse, die es angeblich gibt, in einer Großen Anfrage offiziell für die interessierte Fachöffentlichkeit zu nennen?

Dr. Dennis Maelzer^{*)} (SPD): Vielen Dank für die Zwischenfrage. – Es ist so – vielleicht lesen wir die Große Anfrage und die Antwort darauf unterschiedlich –, dass die konkreten Punkte, was die Ziele und Möglichkeiten, die mit der Beitragsfreiheit verbunden sind, in der Antwort auf die Große Anfrage klar dargestellt sind. Dabei darf man sich vielleicht nicht nur auf einen Satz beziehen, sondern muss dann den gesamten Fragen- und Antwortkomplex durchlesen.

Ich gehe davon aus, dass die Studien vom Deutschen Jugendinstitut und von der Bertelsmann Stiftung auch der FDP-Fraktion bekannt sind, zumindest dass nicht in Abrede gestellt wird, dass diese Studien überhaupt existieren.

Ich will das an einem Beispiel verdeutlichen. Ich komme aus Lippe. Ich komme zum Glück aus der Stadt Detmold, wo es eine Beitragsfreiheit bis 25.000 € gibt. Bei vielen anderen lippischen Jugendämtern sind es 17.000 €. Ab 17.000 € müssen Eltern Beiträge zahlen. Das steuerfreie Existenzminimum liegt bei knapp über 20.000 €. Wenn man an der Stelle nicht erkennt, dass dann, wenn der Gesetzgeber sagt, das steuerfreie Existenzminimum sei höher als die Beitragsfreiheit in vielen Kitas, insbesondere ärmere Familien von der Beitragsfreiheit profitieren, dann verstehe ich das in der Tat nicht mehr.

(Beifall von der SPD)

Ich finde – es ist immer gut, wenn die Redezeit dadurch verlängert wird, dass ich antworten kann –

es auch scheinheilig, wenn die FDP immer mit solchen Argumenten kommt. Denn als wir über das beitragsfreie Kitajahr diskutiert haben, lautete der Vorschlag der FDP, wir sollten Höchstgrenzen für Elternbeiträge einführen. Höchstgrenzen? Davon hat keine arme Familie etwas. Von Höchstgrenzen haben nur Spitzenverdiener etwas, aber das ist der Unterschied zwischen SPD- und FDP-Politik. Insofern ist es schön, dass wir diesen jetzt noch einmal deutlich machen konnten.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Maelzer. – Für die CDU-Fraktion spricht Bernhard Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin nach der Wortmeldung des Kollegen aus der SPD-Fraktion geneigt, mein Manuskript an die Seite zu legen, aber das möchte ich doch nicht tun, sondern mich auf die Sache konzentrieren.

Erst einmal herzlichen Dank an die FDP. Sie hat sich mit ihrer Großen Anfrage, die 386 Fragen umfasst, große Mühe gemacht. Wenn ich auch der Landesregierung bei ihrer Beantwortung diese große Mühe unterstellen könnte, wäre ich sehr zufrieden.

(Beifall von der CDU)

Aber, meine Damen und Herren, dieser große Aufschlag ist jetzt zum Aufschlag geworden, damit wir uns tiefer mit dem Zielerreichungsgrad der landesweiten familienpolitischen Leistungen beschäftigen können. Denn aus den Antworten und der Ahnungslosigkeit der Landesregierung wird deutlich,

(Lachen von der SPD)

dass es dringend notwendig ist, dass wir uns damit beschäftigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren der Regierungskoalition, Herr Hafke hat darauf hingewiesen: Wenn Sie den früheren Antrag der FDP, „Bilanz für die Familien“, mitgetragen hätten, dann wären wir heute deutlich weiter. Aber Sie haben es damals abgelehnt. Schließlich darf es nicht wahr sein, dass ein FDP-Antrag durchgeht; das geht ja nicht in diesem Hohen Hause. Also musste ein fachlich begründeter Antrag hier in diesem Hohen abgelehnt werden. Sie sollten diesen Stil einmal überdenken.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch zeigt sich, meine Damen und Herren, dass die Behauptung der SPD in der damaligen Debatte, alle Maßnahmen und Programme würden von der Landesregierung ständig evaluiert, falsch ist. Das ist nicht richtig. Ihre Behauptungen und Ablehnungs-

gründe zum damaligen Zeitpunkt waren an den Haaren herbeigezogen.

Meine Damen und Herren, in der Antwort der Landesregierung wird behauptet, dass die Anliegen von Familien bei wirtschaftlichen und politischen Vorhaben regelmäßig berücksichtigt würden. Die Antworten, wie und wo Sie das getan haben, bleiben Sie von Rot-Grün aber schuldig.

Positiv allerdings beurteilen wir, dass Sie von der Landesregierung mit uns nicht der Auffassung sind, dass eine Vielzahl der 156 familienpolitischen Leistungen auf Bundesebene wirkungslos seien. Schön wäre es allerdings gewesen, wenn Sie diese Maßnahmen aus Ihrer Sicht konkret benannt hätten.

Meine Damen und Herren, bei der Gruppenbeantwortung geben Sie unserer Auffassung nach zu oft allgemeine Ansichten, Feststellungen und Behauptungen von sich, die Sie aber nicht näher begründen, erklären oder belegen. Das, was Sie uns mit der Beantwortung der Großen Anfrage gegeben haben, ist einfach zu wenig.

Besorgniserregend ist zudem, dass Sie manche Programme, bei denen Sie positive Effekte nachweisen, im aktuellen Tagesgeschäft einfrieren oder das Ausbautempo verlangsamen. Im Gegensatz dazu wird deutlich, dass Sie Projekte, die keine oder nur sehr geringe Effekte hinsichtlich der Zielformulierung haben, in der Priorität heben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Was genau?)

Das ist ein Widerspruch, den wir diskutieren müssen.

Bei der überwiegenden Zahl der 31 gelisteten Maßnahmen ist die Landesregierung nicht in der Lage, die Wirkung bzw. die Effekte der jeweiligen Landesförderung zu benennen. Das ist besorgniserregend.

Alles in allem zeugt die Antwort der Landesregierung von einer gewissen Ahnungslosigkeit. Man darf schon gespannt sein, wie der angekündigte Familienbericht der Landesregierung aussehen wird.

Die Fragen der Großen Anfrage müssen von der Landesregierung endlich ehrlich und umfassend beantwortet werden. Deshalb haben wir bereits beantragt, dass die Große Anfrage im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend weiter und intensiver beraten wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Herzlichen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Familienpolitische Leistungen sind Leistungen, die Familien befähigen, ihre

wichtige, schöne, aber oftmals auch schwierige Aufgabe zu meistern und zu bewältigen. Wir wissen, Erziehungskompetenz von Eltern tradiert sich in unseren Zeiten nicht automatisch von Generation zu Generation, und deswegen ist es wichtig, dass Eltern Austausch haben, dass sie Begleitung haben, dass sie Unterstützung haben. Eltern müssen in ihrer Rolle gestärkt werden. Denn Eltern zu sein bedeutet heute auch oft, unsicher zu sein. Die besten Eltern sind manchmal überfordert.

Wir setzen mit unserer rot-grünen Familienpolitik Schwerpunkte – Schwerpunkte eindeutig im Bereich der Chancengerechtigkeit. Wir setzen den Schwerpunkt, dass die benachteiligten Kinder eine Chance bekommen, ihre Potenziale in unserer Gesellschaft zu entwickeln, und dass sich Armut, die oftmals ein großes Thema gerade in Familien mit mehreren Kindern ist, nicht vererbt.

Wir setzen auf eine Politik, die auch sozial benachteiligten Familien eine Teilnahme an Bildungsangeboten ermöglicht. Hier ist zum Beispiel das von der rot-grünen Landesregierung ins Leben gerufene Programm „Elternstart NRW“, im Rahmen dessen Eltern mit Säuglingen von Beginn an gebührenfreie Unterstützung, Beratung und gegenseitigen Austausch geboten wird, zu nennen.

Wir haben die Familienzentren gerade in den benachteiligten Stadtteilen ausgebaut. Dort werden die Familien gestärkt, um ihre zahlreichen Aufgaben wirklich gut bewältigen zu können. Auch an benachteiligte Familien richtet sich das Angebot „plusKITA“. Seit dem Zweiten KiBiz-Änderungsgesetz finanzieren wir mit 55 Millionen € gerade dort die Einrichtungen – wir stärken sie personell –, wo besonders viele arme, benachteiligte Kinder betreut werden.

Last, but not least nenne ich das Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen!“. Damit werden die Netzwerke, die wichtige Arbeit für besseren Kinderschutz und für die Armutsprävention leisten, kommunal gestärkt.

Meine Damen und Herren, wir setzen natürlich auch auf Geschlechtergerechtigkeit. Auch das ist ein wesentliches Thema unserer rot-grünen Familienpolitik. Wir wollen den vielen Frauen, die mehr arbeiten wollen, und den Vätern, die mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen wollen, ermöglichen, dies auch zu tun.

Deswegen ist es ein ganz wichtiges Thema. Das muss man immer wieder sagen. Der Quantensprung im U3-Ausbau – 85 % Aufwuchs bei den Betreuungsplätzen – ist eine Stärkung von jungen Familien, weil es ihnen ermöglicht, die wichtige Erziehungsarbeit mit dem Beruf in Einklang zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine lieben Kolleginnen, ich möchte hier jetzt nicht alle 131 familienpolitischen Leistungen, die in diesem Bericht auch alle aufgezählt sind, noch einmal

erwähnen. Deswegen habe ich mich jetzt auf diese Bereiche beschränkt. Aber ich finde, man kann in dieser Woche nicht über Familienpolitik reden, ohne über Herrn Schäuble zu sprechen. Das muss in aller Deutlichkeit gesagt werden.

Natürlich sind wir alle froh, dass das Betreuungsgeld jetzt gekippt ist, eine Maßnahme, die als Bildungsverhinderungsmaßnahme wirken sollte und die Eltern unterstützt hat, ihr Kind gerade nicht in der Kita fördern, bilden und betreuen zu lassen. Das ist gut so. Aber gleichzeitig den Geldbetrag, der dafür im Haushalt für Familien reserviert war – dieser Betrag war für Kinder und Familien reserviert –, jetzt nutzen zu wollen, um Haushaltslöcher zu stopfen, das ist zutiefst familienfeindlich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Das ist keine Politik für Familien, sondern das zeigt nur ein weiteres Mal, dass Herrn Schäuble seine schwarze Null im Haushalt wichtiger ist als angeblich ein Kernbereich von CDU-Politik. Das war einmal die Familienpolitik. Da ist die CDU jetzt gelandet. Ich finde es schändlich und empörend, dass es nicht gelingt, diese Millionen Euro den Ländern zu geben, damit wir das, was hier die CDU-Fraktion permanent reklamiert, nämlich mehr Ressourcen in die Kindertagesstätten zu geben, endlich einmal mit Unterstützung aus Berlin umsetzen können.

An dieser Stelle frage ich mich: Wo ist eigentlich die CDU-Fraktion aus Nordrhein-Westfalen? Permanent wird in Anträgen mit vielen warmen Worten beschworen, die Kitas brauchen mehr Ressourcen. Wo ist Herr Laschet, der Landesvorsitzende, der hiesige Fraktionsvorsitzende, wenn es darum geht,

(Zuruf von Walter Kern [CDU])

das auch einmal in Berlin zu reklamieren? Er gibt sonst zu jedem Thema seinen Senf dazu, aber wenn es um nordrhein-westfälische Familien und Kinder geht, dann ist von Herrn Laschet nichts zu hören.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Andrea Asch (GRÜNE): Man kann hier als Opposition viel behaupten, aber in Berlin muss man sich behaupten. Das gelingt der CDU-Fraktion hier aus dem Landtag deutlicherweise nicht, meine Damen und Herren, und das finde ich empörend.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Piraten spricht jetzt Herr Kollege Dünkel.

Daniel Düngel (PIRATEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst gestatten Sie mir noch ein Vorwort. Ein anderes T-Shirt kann ich heute leider nicht mehr bieten. Die Notlösung, dass Frau Brand mir eine Bluse von sich leihen wollte, hilft uns allen heute leider Gottes nicht weiter. Ich hoffe allerdings, dass zwei Tage nach der großen Flüchtlingsdebatte hier im Landtag auch heute noch „Refugees welcome“ sind.

Wie auch immer, wir beschäftigen uns mit der Großen Anfrage der FDP-Fraktion. Es ist schon viel gesagt worden. Ich bin immer ein bisschen beunruhigt, aber ich muss natürlich meinen Kollegen Vorrednern der CDU- und der FDP-Fraktion im Wesentlichen recht geben. Wir haben hier eine Antwort der Landesregierung vorliegen, die in ganz vielen Fällen eigentliche Antworten wirklich schuldig bleibt.

Was tut diese Landesregierung ganz konkret für eine gelingende Familienpolitik? Wissen Sie, was die Familien in unserem Land benötigen? Wissen Sie, was ihnen schadet? Sind Sie in der Lage, unsere Familien in eine gute Zukunft zu führen? Wissen Sie, wie Ihre Leistungen, die Sie einbringen, tatsächlich wirken? – Nein, Sie wissen es nicht. Sie schreiben sogar in der Großen Anfrage über viele Seiten schwarz auf weiß, dass Sie dies nicht können und nicht wissen.

An dieser Stelle noch einmal danke, Marcel Hafke und deiner Fraktion, für die Große Anfrage. Wir haben im Ausschuss schon mehrfach über die Evaluationen gesprochen – immer erfolglos, denn eine Bereitschaft war nie da. Hier haben wir die Antworten noch einmal schwarz auf weiß. Wir haben da durchaus viel Übereinstimmung. Es gibt aber auch fachpolitische Dissense. Das ist völlig okay. Du hast vorhin die Beitragsfreiheit im Kindergarten und in Kitas angesprochen. Das sehen wir als Piratenfraktion ganz anders: Bildung muss grundsätzlich kostenfrei sein.

Diese Landesregierung weiß nicht, was sie mit ihrer Familienpolitik bewirkt. Wir haben das in den Ausführungen von Rot-Grün hier wieder gehört. Es wird von plusKITA geredet. Wir haben sogar von Bundespolitik eine ganze Menge gehört. Ja, das, was Schäuble im Bund vorhat, ist Mist. Das ist doch keine Frage. Aber es steht nicht in der Großen Anfrage und gehört nicht zur Debatte über die landespolitischen Maßnahmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Unterm Strich dieser Großen Anfrage bleibt festzuhalten: Bei der Vielzahl der familienpolitischen Leistungen hier in Nordrhein-Westfalen sind zwei Leistungen wirklich fachlich wie politisch klar und ziel führend evaluiert. Wir werden im Ausschuss noch die Gelegenheit haben, darüber zu reden. Dann können wir gerne über jede einzelne politische Maßnahme diskutieren und uns austauschen. Die

Große Anfrage gibt da wirklich eine ganze Menge her.

Ich möchte allerdings auch noch einmal auf die Haushaltsdebatte von gestern zurückkommen. Mein Kollege Marsching hat auf die vielen Schwachpunkte im Bereich der Digitalisierung hingewiesen. Selbst auf Nachfrage gab es nichts Konkretes seitens der Ministerpräsidentin. Die Ministerpräsidentin hielt die Haushaltsdebatte für den falschen Raum. So sagte sie bezogen auf die Frage der Digitalisierung.

Auch in Ihrem Ministerium, Frau Ministerin Schäfer, hat das groß ausgerufene NRW 4.0 offenbar keinen Platz. Lediglich zwei landespolitische Maßnahmen beziehen sich hierauf. In Bezug auf die Förderung der virtuellen Beratungsstelle beschreiben Sie lediglich Ziele. Bei der Familienbildung sprechen Sie von zu entwickelnden Zukunftskonzepten zu Familie 2.0. Sie hinken der Debatte fünf bis vielleicht zehn Jahre hinterher.

Wir Piraten fordern Transparenz, eine Evaluation familienpolitischer Leistungen, die diesen Namen verdient. Wir fordern die Abschaffung der Armut benachteiligter Familienformen. Wir fordern die Abschaffung von Kinderarmut und die umfassende Implementierung der UN-Menschenrechtskonvention über die Rechte der Kinder in der Verfassung Nordrhein-Westfalens, die Bereitschaft, innovativen Förderkonzepte wie der Kindergrundsicherung oder dem bedingungslosen Grundeinkommen eine Chance zu geben.

Ein umfassendes Konzept der Familienbildung für digitale Kompetenz und Bildung aller Familienformen aus allen Bevölkerungsschichten in diesem Land ist überfällig.

Mit uns Piraten wird das Land Nordrhein-Westfalen in die digitale Revolution 4.0 eintreten können. Die offene Frage bleibt, Frau Ministerin Schäfer: Was wollen Sie und Ihr Ministerium tun, um die Familien in Nordrhein-Westfalen auf NRW 4.0 vorzubereiten? Vielleicht hören wir etwas dazu. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Düngel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Mit der Großen Anfrage 15 hat die FDP-Fraktion die Landesregierung aufgefordert darzulegen, welchen Beitrag 31 Programme und Projekte des Landes zu bestimmten familienpolitischen Zielen leisten.

Diese Ziele, die in der Großen Anfrage im Einzelnen benannt werden, entsprechen exakt den Zielen, die

die Bundesregierung für ihre Gesamtevaluation familienpolitischer Leistungen formuliert hat. Offensichtlich ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass sich Ziele und Methodik der Gesamtevaluation des Bundes ohne Weiteres auf die Landesebene übertragen lassen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

– Ja, so haben Sie es doch formuliert in Ihrer Eingangsbemerkung. Aber an der Stelle irren Sie, denn bei der Gesamtevaluation auf Bundesebene wurden mit enormem Aufwand einige wenige Leistungen untersucht, die sich von denen des Landes grundlegend unterscheiden.

Der Bund gewährt anders als das Land in erster Linie monetäre Leistungen, die einzelnen Familienmitgliedern individuell zufließen oder sie bei steuerlichen Regelungen finanziell entlasten. Solche familienpolitischen Interventionen üben natürlich unmittelbaren und direkten Einfluss auf ein Gesetzesziel aus, wie zum Beispiel die Erhöhung des Haushaltseinkommens durch eine finanzielle Transferleistung.

Beim Elterngeld kann man das ja noch untersuchen und evaluieren, aber das beitragsfreie Kitajahr trifft alle Eltern, die ihre Kinder in eine Kita schicken, und das ist ein absoluter Entlastungsbeitrag. Ich frage mich, warum ich das dann noch einmal evaluieren soll. Das weiß ich auch von vornherein, Herr Hafke. Da brauche ich keine Evaluation. Das ist doch evident, und das liegt doch auch auf der Hand.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Demgegenüber werden auf Landesebene – jetzt noch einmal der Unterschied – vor allem Maßnahmen mit der familienpolitischen Infrastruktur gefördert, wie zum Beispiel Beratungs- oder Bildungsangebote.

Lieber Herr Düngel, da bin ich der Meinung, dass diese Beratungs- und Bildungsangebote in direkter Kommunikation stattfinden sollten. Da bin ich nicht der Meinung, dass man hier noch einmal die große Digitalisierung üben muss, weil es ganz wichtig ist, dass sich Menschen an dieser Stelle auch begegnen.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Frau Ministerin, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Hafke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ich würde gerne fortfahren. Das machen wir am Ende, Herr Hafke, einverstanden?

Solche Interventionen, wie wir sie in Beratungs- und Bildungsangeboten machen können, machen allerdings mehr oder weniger lange instrumentelle Ketten notwendig. Verschiedene Einzelmaßnahmen

müssen gut aufeinander abgestimmt sein, ineinandergreifen, um das beabsichtigte Ziel zu erreichen. Und für die Evaluation als solche macht es natürlich einen großen Unterschied. Monetäre Leistungen wie Elterngeld und Kindergeld sehen überall gleich aus, aber was die Infrastruktur für Familien angeht, verfügt jede Kommune über eine Vielzahl unterschiedlicher Angebote für Kinder und Familien. Deswegen können Effekte einzelner Maßnahmen auch nicht isoliert bewertet werden, sondern das sieht von Kommune zu Kommune auch unterschiedlich aus.

Wir können Rahmenbedingungen begleiten, aber diese Evaluation in der Tiefe als Land können wir an der Stelle kommunalscharf nicht leisten. Deswegen wollen wir bei dem Projekt „Kein Kind zurücklassen!“ feststellen, welche Effekte sich in der einzelnen Kommune daraus ableiten lassen.

Im Übrigen sind sich Fachleute schon darüber einig, dass die Wirkung sozialer Arbeit immer das Ergebnis von vielen Faktoren ist. Je komplexer das Zusammenspiel der Einflussfaktoren, desto schwieriger ist es, spezifische Aussagen über mögliche einzelne Effekte zu machen. Also, das Modell der Gesamtevaluation des Bundes – das haben wir Ihnen in der Großen Anfrage noch einmal dargelegt – ist auf das Land schlicht nicht übertragbar.

Im Zusammenhang mit der Großen Anfrage haben Sie auch Ihr Unverständnis darüber geäußert, dass wir unsere Maßnahmen grundsätzlich nicht evaluieren wollen. Auch das – das belegen wir mit der Antwort auf die Anfrage – ist nicht der Fall. Eine Reihe von Programmen und Maßnahmen werden auch evaluiert. Das können Sie auch nachlesen.

Aber wenn Sie fragen: Ist denn der Elternbrief überhaupt nicht aktuell?, dann kann ich Ihnen sagen: Wir geben für den Elternbrief – ich muss das noch einmal nachgucken, dass ich auch keine falsche Zahl sage – 175.000 € aus; anteilig finanzieren wir ihn mit. Die Tatsache, dass wir eine Nachfrage über 135.000 € zusätzlich für diese Elternbriefe haben, ist für uns schon ein großer Indikator, dass dieser Elternbrief sehr gut angenommen wird und auch in den Kommunen zur Unterstützung der Familien eingesetzt wird. Solche Dinge sind natürlich auch handlungsleitend für uns. Insofern finde ich Ihre Einwände da nicht ganz passend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Also, wir machen die Evaluation mit Maß und mit Ziel, aber nicht blind anhand von Mustern.

Wenn Herrn Tenhumberg sagt, dass es toll sei, dass man 396 Fragen zusammengestellt hat: Herr Tenhumberg, haben Sie denn die Große Anfrage gelesen? Da tauchen für jede familienpolitische Leistung dieselben 11 Fragen auf. Das ist jetzt wirklich nicht so schwierig, das zu tun. Und was der Elternbrief mit der Fertilitätsrate oder mit wirtschaftlicher Stabilität zu tun hat, das weiß ich auch nicht so

ganz genau. Das ist nicht ganz passend, wie Sie es angelegt haben, es ist ziemlich Schema F, wenn ich das an der Stelle einmal abschließend so sagen darf. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Hafke die Möglichkeit, seine Frage zu stellen.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Ministerin. Eine kurze Anmerkung: Ich habe nie behauptet, dass es schwer war, die Fragen zu erstellen. Aber ich glaube, es geht schon darum, systematisch darauf zu blicken.

Wenn ich es einmal so sagen darf: Ich habe in meiner Ausführung dargestellt, dass fast die Hälfte der landeseigenen Maßnahmen nicht evaluiert wird. Das kann man aus der Beantwortung von Ihnen entnehmen. Wir haben hinter jeder Maßnahme – weil wir es für alle gleich gemacht haben – geschrieben: Wenn die Bundesziele und -indikatoren nicht passen, haben wir extra gefragt: Wie sehen die eigenen Landesziele und die eigenen Indikatoren auf Landesebene aus?

Sich damit herauszureden, dass die Bundespunkte nicht passen, ist meines Erachtens nicht ausreichend. Deswegen frage ich Sie: Warum haben Sie nicht beantwortet, wie die eigenen landespolitischen Ziele sowie Indikatoren aussehen, zum Beispiel bei der Beitragsfreiheit, wo man relativ konkret eine Evaluierung machen kann.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hafke, ich bin gut gelaunt. Deshalb sage ich Ihnen nur ganz freundschaftlich: Das war eher eine Kurzintervention denn eine lang hergeleitete Frage. Aber es ist okay. Frau Ministerin wird antworten.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Sie haben nachgefragt, ob man die fünf Ziele der Bundesregierung nicht über alle familienpolitischen Leistungen legen kann. Diese Antwort haben Sie bekommen. Das ist Punkt eins.

Punkt zwei: Ich habe Ihnen eben deutlich gemacht, dass in der Frage der Evaluation der landespolitischen Leistungen bei Familienbildung und Familienberatung die Angebote vor Ort so unterschiedlich strukturiert sind, dass es gar nicht möglich ist, eine solche Gesamtevaluation zu den einzelnen Punkten zu bekommen, wie sie Ihnen nach Muster vorschwebt. Das funktioniert so nicht. Das wird nicht gehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt hat der Kollege Tenhumberg von der CDU-Fraktion um das Wort gebeten. Er hat noch eine Restredezeit von einer Minute und 14 Sekunden.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin, ich würde auch gerne zum FC Landtag gehen, weil ein interessantes Spiel hier in Düsseldorf ansteht. Aber Herr Maelzer hat mich angeregt, noch etwas anzusprechen. Herr Maelzer, Sie können nicht auf der einen Seite die unterschiedlichen Beiträge, zu denen man veranlagt wird – 17.000, 25.000 € –, beklagen und auf der anderen keinen Lösungsvorschlag unterbreiten.

Ich sage Ihnen aber an einer Stelle, wo Sie unsozial sind und wo Sie eine Fehlinterpretation vornehmen. Wenn Sie die Elternbeitragsbefreiung wollen, dann müssen Sie die Frage beantworten, wer davon profitiert. Da argumentieren Sie umgekehrt: nämlich die Reichen, die einkommensstarken Familien begünstigen Sie, und Sie haben nicht einmal eine Antwort darauf, in welchem Umfang Sie das können.

(Beifall von der CDU)

Herr Maelzer, wenn Sie das Gutachten von Bertelsmann ansprechen, dann ist es auch nicht redlich, dass Sie die wenigen positiven Aspekte hier zitieren, aber 90 %, wo Nordrhein-Westfalen nicht gut dasteht, einfach unterlassen. Ich bin gespannt: Wir können im Ausschuss gerne das Bertelsmann-Gutachten auch noch diskutieren, um Ihre Unfähigkeit in dieser Sache zu dokumentieren.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Tenhumberg, ich konnte Sie gerade nicht unterbrechen, weil Sie im Redefluss waren. Aber Frau Kollegin Asch würde Ihnen gerne noch eine Zwischenfrage stellen.

Bernhard Tenhumberg (CDU): An einem Freitagnachmittag lasse ich das ausnahmsweise zu.

(Heiterkeit)

Präsidentin Carina Gödecke: Bitte schön.

Andrea Asch (GRÜNE): Wie großzügig, lieber Bernd Tenhumberg. Lieber Kollege Tenhumberg, wie beurteilen Sie denn die Tatsache, dass die bisher Kindern und Familien zugutegekommene Leistung des Betreuungsgeldes, die im Haushalt für diesen Zweck verankert war, von Herrn Schäuble nun

für das Stopfen der Haushaltslöcher in unterschiedlicher Weise vorgesehen ist?

Bernhard Tenhumberg (CDU): Liebe Frau Asch, Sie wissen ganz genau, dass in Berlin eine Große Koalition besteht und dass wir in angenehmen Gesprächen sind, um für Familien etwas zu erreichen.

Ich bin mir sehr sicher, dass mithilfe derjenigen, die eine soziale Politik in der Bundesrepublik Deutschland wollen und auch für Nordrhein-Westfalen viel Gutes tun wollen, weil Nordrhein-Westfalen wegen der miserablen Haushaltspolitik dazu nicht in der Lage ist, hier aus Berlin Unterstützung kommt. Wenn ich daran erinnern darf, Frau Asch: Sie haben immer gesagt, mit Landesgeld wollen wir etwas machen. Schauen Sie doch einmal in den Haushaltsplan dieses Fachbereiches herein.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ihre Antwort auf meine Frage!)

Sie haben jede Position eins zu eins nur auf das Jahr 2016 übertragen und haben auch im Ausbau der U3-Betreuung keinen einzigen Euro eingestellt, weil das alles Bundesmittel sind. Das ist doch auch die Wahrheit.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Tenhumberg. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. – Oh, Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Die Ministerin darf natürlich jederzeit sprechen.

Ute Schäfer, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ich spreche jetzt noch einmal für das Protokoll, weil Herr Tenhumberg gerade gesagt hat, dass für den Ausbau der U3-Betreuung alles nur Bundesmittel eingesetzt werden.

Herr Tenhumberg, ich weiß nicht, wo Sie in den vergangenen fünf Jahren gewesen sind, aber im Landtag, im Ausschuss haben wir immer deutlich gemacht, dass das Land für diesen Ausbau – ich meine jetzt investiv – über 400 Millionen € eingesetzt hat. Das nur fürs Protokoll!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Jetzt schaue ich noch einmal genau in die Runde, damit ich auch niemanden übersehe. – Aber jetzt liegen mir wirklich keine Wortmeldungen mehr vor. Damit schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 6 und der Großen Anfrage 15 und stelle fest, dass die **Große Anfrage 15** damit **erledigt** ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende des heutigen Plenartages angelangt.

Ich berufe das Plenum wieder ein für Mittwoch, den 30. September 2015, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen noch einen angenehmen Tag. Und grüßen Sie den FC Landtag, lieber Kollege Tenhumberg!

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:27 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.